



Monatsbericht des BMF

August 2013



Monatsbericht des BMF
August 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

 Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
24. Subventionsbericht der Bundesregierung.....	6
Erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.....	12
Weiterentwicklung des deutschen Steuerrechts	25
Betriebsprüfungsstatistik 2012.....	33
Wettbewerbsfähigkeitsanalyse der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten	38
Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	58
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage.....	63
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	63
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2013	69
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juli 2013	72
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013	76
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	78
Termine, Publikationen	84
Statistiken und Dokumentationen.....	86
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	88
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	122
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential und Konjunkturkomponenten	129
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	143

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland hat seine öffentlichen Finanzen in den vergangenen Jahren auf ein solides Fundament gestellt. Bereits 2012 erzielten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen erstmals seit Jahrzehnten einen strukturellen Überschuss. Auch für die kommenden Jahre weist die im Juli 2013 erstellte Mittelfristprojektion strukturelle Überschüsse aus. Die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des europäischen Fiskalvertrags, die für Deutschland ein strukturelles Defizit von maximal 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts festlegen, werden damit in allen Jahren des Projektionszeitraums mit deutlichem Sicherheitsabstand eingehalten.

Der Bund leistet durch seine strikte Ausgabendisziplin einen wichtigen Beitrag zu dieser Entwicklung. Dies zeigt beispielhaft der 24. Subventionsbericht der Bundesregierung, den das Kabinett am 14. August 2013 beschlossen hat. Zum einen hat die Bundesregierung die zur Bekämpfung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kurzfristig erforderlichen Stabilisierungsmaßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 zügig wieder zurückgeführt. Zum anderen hat sie die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in den Folgejahren trotz neuer Herausforderungen im Rahmen der Energiewende auf insgesamt konstantem Niveau gehalten. Auf diese Weise konnte das Subventionsvolumen des Bundeshaushalts in dieser Legislaturperiode von 28,4 Mrd. € im Jahr 2009 um ein Viertel auf 21,3 Mrd. € im Jahr 2013 abgesenkt werden. Die Relation des Subventionsvolumens zum Bruttoinlandsprodukt ging damit von 1,2 % im Jahr 2009 auf heute 0,8 % zurück. Damit liegt die Subventionsquote zum Ende dieser



Legislaturperiode auf dem niedrigsten Niveau seit knapp zwei Jahrzehnten.

Auch die wachstumsfreundliche Gestaltung des Steuersystems in den zurückliegenden Jahren hat dazu einen Beitrag geleistet. Im Vordergrund der vergangenen Jahre standen insbesondere bedarfsgerechte Modernisierungen und Anpassungen in Teilbereichen des Steuerrechts mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern, Bürokratie abzubauen und bestehende Steueransprüche effektiv durchzusetzen. Verbunden wurde dies mit zielgerichteten Entlastungen für Bürger und Unternehmen - soweit dies mit dem grundlegenden Konsolidierungsvorrang vereinbar war. Die auf Verlässlichkeit und Planbarkeit ausgerichtete Steuerpolitik der Bundesregierung hat in Verbindung mit der soliden Haushaltspolitik entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland gestärkt aus der weltweiten Wirtschaftskrise hervorgegangen und heute Stabilitätsanker in Europa ist.

h. Steffen

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

► Überblick zur aktuellen Lage

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Das Bruttoinlandsprodukt ist im 2. Quartal stark angestiegen; es nahm kalender-, saison- und preisbereinigt gegenüber dem ersten Vierteljahr um 0,7% zu. Diese vergleichsweise starke gesamtwirtschaftliche Expansion spiegelt teilweise witterungsbedingte Nachholeffekte wider.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt sich unverändert günstig dar. Die Zahl der Arbeitslosen ging im Juli in saisonbereinigter Betrachtung nochmals etwas zurück, und die Erwerbstätigkeit weitete sich bis Juni weiter aus.
- Die Zunahme der Verbraucherpreisniveaus hat sich mit 1,9 % im Juli zwar beschleunigt, die Inflation liegt aber immer noch unter der Zweiprozentmarke.

Finanzen

- Im Vorjahresvergleich sind die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Juli um 1,9 % gestiegen. Insbesondere die Ländersteuern (+ 21,1%) sowie die Bundessteuern (+ 3,4 %) verzeichneten hierbei deutliche Zuwächse. Das gesamte Steureraufkommen für den Zeitraum Januar bis Juli stieg im Vorjahresvergleich um 3,2 % an.
- Die Einnahmen des Bundes stiegen bis einschließlich Juli gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,5 % und entwickeln sich damit auch weiterhin positiv. Die Ausgaben erhöhten sich im Vergleich zum Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 0,8 %. Das Finanzierungsdefizit beläuft sich derzeit auf 29,4 Mrd. €. Eine Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich hieraus nicht ableiten.
- Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit bis einschließlich Juni 2013 unterschreitet den Vorjahreswert um rund 2,8 Mrd. € und liegt derzeit bei rund + 0,1 Mrd. €.
- Ende Juli betrug die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe 1,67%; die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,23 %.

Analysen und Berichte

24. SUBVENTIONSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG

24. Subventionsbericht der Bundesregierung

Subventionsentwicklung leistet Beitrag zur wachstumsfreundlichen Konsolidierung

- Das Subventionsvolumen des Bundeshaushalts konnte nach Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise in dieser Legislaturperiode von 28,4 Mrd. € im Jahr 2009 um ein Viertel auf 21,3 Mrd. € im Jahr 2013 abgesenkt werden. Nachdem die Krisenmaßnahmen von 2009 zügig wieder zurückgeführt wurden, ist das Subventionsvolumen seit 2011 trotz neuer Herausforderungen bei der Gestaltung der Energiewende nominal konstant gehalten worden.
- In Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das Subventionsvolumen zwischen 2009 und 2013 von 1,2 % auf 0,8 % gesunken und liegt damit auf dem niedrigsten Niveau seit knapp zwei Jahrzehnten. Die Subventionsentwicklung hat damit einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Konsolidierung des Bundeshaushalts geleistet.
- Entscheidend für die Bewertung der Qualität von Subventionen sind deren wachstums-, verteilungs-, wettbewerbs- und umweltpolitische Wirkungen. Eine hieran orientierte Subventionspolitik trägt nicht nur zur Einhaltung quantitativer Konsolidierungsziele bei, sondern auch zur Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz von öffentlichen Ausgaben.

1	Einleitung	6
2	Entwicklung der Subventionen des Bundes von 2011 bis 2014	7
2.1	Subventionsentwicklung im Vergleich zur Wirtschaftskraft	7
2.2	Subventionsentwicklung nach Wirtschaftszweigen	8
3	Subventionspolitik des Bundes	9
3.1	Subventionspolitische Leitlinien	9
3.2	Erfolgskontrolle von Subventionen	10
3.3	Ökonomische Rechtfertigung von Subventionen	10
3.4	Wirtschafts- und finanzpolitische Bedeutung des Subventionsabbaus	10
4	Fazit	11

1 Einleitung

Gemäß § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat alle zwei Jahre – in zeitlichem Zusammenhang mit der Vorlage des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts – eine Übersicht über die Finanzhilfen des Bundes und die geschätzten Mindereinnahmen durch Steuervergünstigungen vor.

Der Subventionsbegriff der Bundesregierung konzentriert sich entsprechend dem gesetzlichen Auftrag auf Subventionen, die – mittel- oder unmittelbar – private Unternehmen und Wirtschaftszweige unterstützen. Als mittelbar wirkende Subventionen werden Hilfen berücksichtigt, die bestimmte Güter und Leistungen für private Haushalte verbilligen, aber mittelbar dem Wirtschaftsgeschehen zugerechnet werden können. Dies gilt etwa für die Hilfen im Wohnungsbau.

Analysen und Berichte

24. SUBVENTIONSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG

Bei den Finanzhilfen stellt der Subventionsbericht auf Bundesmittel ab, die Empfängern außerhalb der Bundesverwaltung für bestimmte Zwecke gewährt werden. Bei den Steuervergünstigungen wird dargelegt, wie hoch die Steuermindereinnahmen aus vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Steuervergünstigungen insgesamt und anteilig für den Bund sind. Im aktuellen Bericht, den die Bundesregierung am 14. August 2013 verabschiedet hat, wurden alle steuerlichen Regelungen berücksichtigt, für die das Gesetzgebungsverfahren bereits abgeschlossen ist. Dieser Artikel fasst die zentralen Inhalte des 24. Subventionsberichts der Bundesregierung zusammen.

2 Entwicklung der Subventionen des Bundes von 2011 bis 2014

Der 24. Subventionsbericht stellt die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen im Zeitraum von 2011 bis 2014 dar. Das Subventionsvolumen bleibt im Verlauf des Berichtszeitraums auf dem Niveau von 21,8 Mrd. € (2011 und 2014) konstant (vergleiche

Abbildung 1). Sowohl die Finanzhilfen als auch die Steuervergünstigungen unterschreiten in der Summe das Volumen des 23. Subventionsberichts und liegen leicht unterhalb des Vorkrisenniveaus.

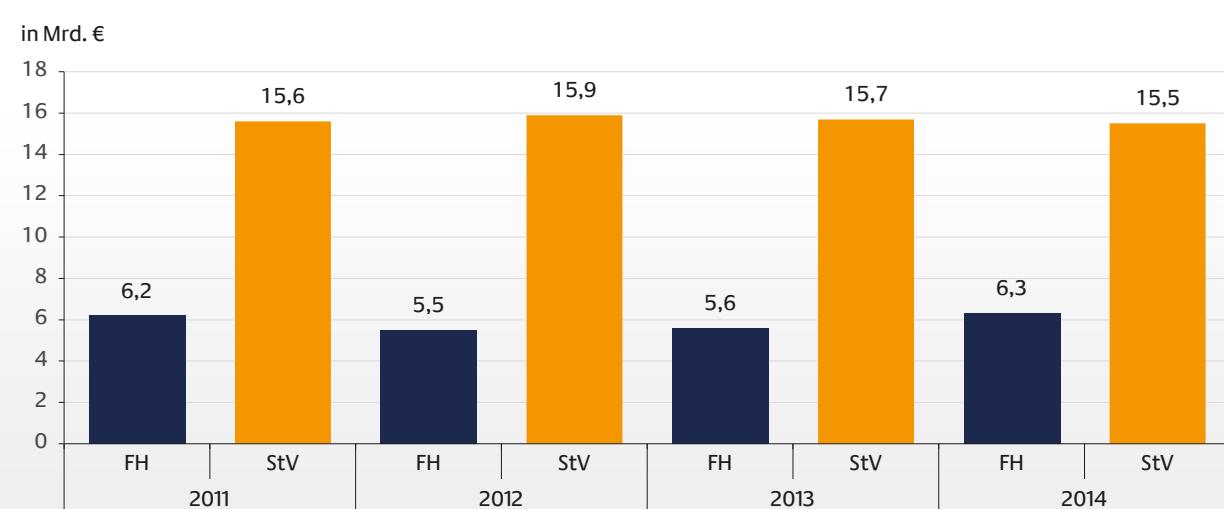
Die Finanzhilfen sinken von 2011 auf 2012 um 700 Mio. € auf 5,5 Mrd. €. Aufgrund aufgestockter und neu eingeführter Finanzhilfen insbesondere im Energiebereich, z. B. der Aufstockung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms, steigen die Finanzhilfen im Jahr 2014 wieder an. Der Anteil der Finanzhilfen an den Subventionen insgesamt liegt für den gesamten Berichtszeitraum bei 27 %.

Die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen bleiben über den Berichtszeitraum annähernd auf dem Niveau des Jahres 2011 (15,6 Mrd. € im Jahr 2011, 15,5 Mrd. € im Jahr 2014).

2.1 Subventionsentwicklung im Vergleich zur Wirtschaftskraft

Auf dem niedrigsten Niveau seit knapp zwei Jahrzehnten bewegen sich im Berichtszeitraum sowohl die Relation

Abbildung 1: Entwicklung der auf den Bund entfallenden Finanzhilfen (FH) und Steuervergünstigungen (StV) in den Jahren 2011 bis 2014



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

24. SUBVENTIONSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG

zwischen Subventionsvolumen und BIP als auch der Anteil der Finanzhilfen an den Gesamtausgaben des Bundes. Seit 1997 lag die Relation zwischen Subventionsvolumen und BIP bei 1,0 % beziehungsweise 1,1 %, im Jahr 2011 ist sie für den gesamten Berichtszeitraum auf 0,8 % gesunken. Der Anteil der Finanzhilfen an den Gesamtausgaben des Bundes lag von 2011 bis 2014 zwischen 1,8 % und 2,1 %. Der Rückgang des Anteils der auf den Bund entfallenden Steuermindereinnahmen durch Steuervergünstigungen im Verhältnis zu den Steuereinnahmen hat sich im Berichtszeitraum fortgesetzt und wird 2014 einen Wert von 5,8 % erreichen – den niedrigsten Wert seit 15 Jahren (vergleiche Abbildung 2).

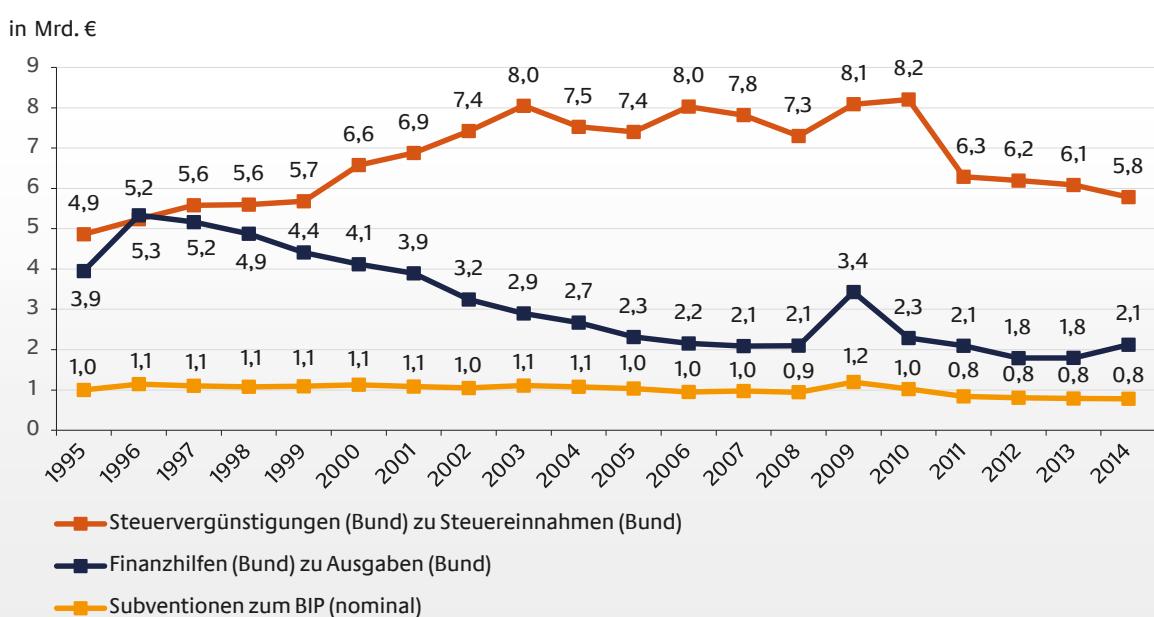
2.2 Subventionsentwicklung nach Wirtschaftszweigen

Im Jahr 2013 liegt der Anteil der Subventionen des Bundes, welcher der gewerblichen Wirtschaft zuzurechnen ist, bei rund 54 %. Die Subventionen steigen in diesem Bereich von knapp 11,2 Mrd. € im Jahr 2011 auf knapp 11,8 Mrd. € im Jahr 2014 leicht an. Die

Subventionen im Verkehrsbereich erhöhen sich im Berichtszeitraum moderat: von 2,5 Mrd. € im Jahr 2011 auf 2,6 Mrd. € im Jahr 2014. Nach der gewerblichen Wirtschaft und den sonstigen Subventionen ist der Verkehr mit einem Anteil von circa 12 % am Gesamtvolume der drittgrößte Subventionsbereich. Für den leichten Anstieg sorgten vor allem die Erhöhung des Finanzbeitrags für die Seeschifffahrt sowie eine Ausweitung der Förderung von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs und Gleisanschlüssen.

Die Entwicklung der Subventionen für das Wohnungswesen ist geprägt: durch einen Anstieg der Finanzhilfen einerseits – insbesondere aufgrund der Aufstockung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms – sowie die Reduzierung von Steuervergünstigungen andererseits. Der Rückgang bei den Steuervergünstigungen ist wesentlich auf das Auslaufen der Eigenheimzulage zurückzuführen. Insgesamt reduzieren sich die Subventionen für das Wohnungswesen im Berichtszeitraum um 600 Mio. € auf 1,5 Mrd. € im Jahr 2014.

Abbildung 2: Subventionsquoten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

24. SUBVENTIONSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG

Im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sinken die Subventionen von 1,4 Mrd. € im Jahr 2011 auf 1,2 Mrd. € im Jahr 2014. Der Rückgang beruht im Wesentlichen auf dem Auslaufen des sogenannten Grünlandmilchprogramms des Bundes, das in den Jahren 2010 und 2011 Hilfen zur Einkommensstabilisierung und Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei Betrieben der Milchwirtschaft gewährte.

Im Bereich Sparförderung und Vermögensbildung sind die Finanzhilfen im Berichtszeitraum leicht gesunken, die Steuervergünstigungen hingegen gestiegen. Ursächlich für den Anstieg der Steuervergünstigungen ist eine Zunahme der Anspruchsberechtigten bei der steuerlichen Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge („Riester-Rente“). Bei den Finanzhilfen wirkt sich ein geringeres Volumen der Wohnungsbauprämie aus. Insgesamt liegen die Subventionen im Bereich Sparförderung und Vermögensbildung im Jahr 2014 bei 0,9 Mrd. €.

Die sonstigen Steuervergünstigungen steigen im Berichtszeitraum von gut 3,6 Mrd. € auf knapp 3,9 Mrd. €. Die Positionen mit dem größten Volumen in diesem Bereich sind der ermäßigte Umsatzsteuersatz für kulturelle und unterhaltende Leistungen sowie die Steuerbefreiung der gesetzlichen oder tariflichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit.

3 Subventionspolitik des Bundes

Die Subventionspolitik der Bundesregierung ist im Berichtszeitraum vor allem von der Umsetzung der Beschlüsse zur Energiewende beeinflusst. Ziel der Bundesregierung ist es, eine klima- und umweltverträgliche, zuverlässige sowie wirtschaftliche Energieversorgung sicherzustellen, ohne dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gefährden.

Vor dem Hintergrund der stabilen wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der Umsetzung der Energiewende hat die Bundesregierung eine differenzierte Subventionspolitik betrieben. Sie hat einerseits das Volumen einiger Subventionen leicht zurückgeführt, andererseits vorübergehend Hilfen für Unternehmen und Verbraucher vor allem im Energiebereich neu eingeführt beziehungsweise aufgestockt. Diese Subventionen dienen der beschleunigten Umsetzung der Energiewende ebenso wie der Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen. Die maßvolle Rückführung von Subventionen in einigen Bereichen sowie die Aufstockung in anderen führen dazu, dass das Subventionsvolumen im Berichtszeitraum (2011 bis 2014) ungefähr auf gleichem Niveau verbleibt. In der Summe liegt es unterhalb des Volumens des 23. Subventionsberichts sowie leicht unter dem Vorkrisenniveau. In Relation zu den Einnahmen beziehungsweise Ausgaben des Bundeshaushalts nimmt das Subventionsvolumen weiter ab. Die Subventionsentwicklung leistet damit sowohl einen positiven Beitrag zur Haushaltskonsolidierung als auch zur Stärkung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Sie ist Teil des wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurses der Bundesregierung.

3.1 Subventionspolitische Leitlinien

Die Bundesregierung folgt bei ihrer Subventionspolitik Leitlinien, die der Erhöhung der Transparenz, des Rechtfertigungsdrucks und der Steuerungsmöglichkeiten im Subventionswesen dienen. Sie sind als Selbstbindung der Bundesregierung für die von ihr zu verantwortenden Maßnahmen zu verstehen. Gemäß den Leitlinien gewährt die Bundesregierung neue Subventionen nur, wenn sie sich gegenüber sonstigen Maßnahmen als das am besten geeignete Instrument darstellen und durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden können. Neue Subventionen sollen

Analysen und Berichte

24. SUBVENTIONSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG

vorrangig als Finanzhilfen gewährt sowie befristet und degressiv ausgestaltet werden. In den subventionspolitischen Leitlinien hat sich die Bundesregierung zudem zu einer regelmäßigen Erfolgskontrolle von Subventionen verpflichtet.

3.2 Erfolgskontrolle von Subventionen

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum des 24. Subventionsberichts 44 der 62 Finanzhilfen intern oder extern evaluiert, was einem Anteil von 71% entspricht. Das Volumen der evaluierten Finanzhilfen macht 83,2% des gesamten Fördervolumens aus. Dies stellt gegenüber dem 23. Subventionsbericht einen deutlichen Anstieg um über 30 Prozentpunkte dar. Bei 29 % der Finanzhilfen mit kleinerem Volumen wurde keine Evaluation durchgeführt. Zum einen handelt es sich teilweise um neue Maßnahmen, die erst nach einer Anlaufphase sinnvoll zu evaluieren sind oder die über einen so kurzen Zeitraum laufen, dass eine Evaluierung – wenn überhaupt – erst nachträglich erfolgt. Zum anderen gehören Maßnahmen dazu, die bereits ausgelaufen, aber teilweise noch nicht ausfinanziert sind, weswegen eine Evaluierung nicht mehr vorgesehen ist. Der Anteil der nicht evaluierten Finanzhilfen liegt bei 16,8 % des Fördervolumens im Jahr 2013. Die sich bereits im letzten Subventionsbericht abzeichnende Verschiebung zugunsten externer Evaluierungen von Finanzhilfen gegenüber früheren Subventionsberichten wurde beibehalten. Eine Verschiebung zugunsten externer Evaluierungen hat sich auch bei den Steuervergünstigungen fortgesetzt. Das Volumen der evaluierten Steuervergünstigungen des Bundes macht knapp 75 % des gesamten steuerlichen Subventionsvolumens des Bundes aus.

3.3 Ökonomische Rechtfertigung von Subventionen

Abgesehen von stabilisierungspolitischen Aspekten können in der Sozialen Marktwirtschaft Subventionen unter bestimmten Bedingungen ein legitimes

Instrument der Finanzpolitik sein. Entscheidend sind dabei die wachstums-, verteilungs- und wettbewerbspolitischen sowie zunehmend umweltpolitische Wirkungen. So müssen auch externe Effekte (positive wie negative) einschließlich ihrer Verteilung und möglicher Folgekosten bei der Ausgestaltung der Subventionspolitik berücksichtigt werden. Zeitlich befristete und degressiv ausgestaltete staatliche Hilfen können zum Abbau regionaler Disparitäten beitragen, durch Anreize oder Anschubfinanzierung den Markteintritt neuer Anbieter fördern, zukünftige Entwicklungen und ihre Marktumsetzung beschleunigen und gleichzeitig einen notwendigen Strukturwandel erleichtern.

3.4 Wirtschafts- und finanzpolitische Bedeutung des Subventionsabbaus

Subventionen bedürfen stets einer besonderen Rechtfertigung und einer regelmäßigen Erfolgskontrolle. Denn eine dauerhafte Subventionierung kann durch die anhaltende Veränderung der relativen Preise gesamtwirtschaftliche Verzerrungen nach sich ziehen und Fehlallokationen der Ressourcen verursachen. Subventionierte Unternehmen könnten wettbewerbsfähige Unternehmen verdrängen. Auch droht die Gefahr einer sich verfestigenden Subventionsmentalität mit der Konsequenz, dass notwendige Anpassungen unterbleiben und die Eigeninitiative zur Überwindung von strukturellen Anpassungsproblemen zurückgeht. Mögliche Folgen sind ein verzögerter Strukturwandel, ein Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit sowie die Beeinträchtigung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung.

Auch mit Blick auf negative Umweltwirkungen bedürfen Subventionen einer besonderen Rechtfertigung. Umweltschädliche Subventionen belasten den Haushalt doppelt: Heute durch Mehrausgaben und/oder Mindereinnahmen des Staates und künftig durch erhöhte Kosten für die Beseitigung von Schäden an Umwelt

Analysen und Berichte

24. SUBVENTIONSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG

und Gesundheit. Die Bundesregierung überprüft daher kontinuierlich, ob kurzfristig sinnvolle Subventionen mittelfristig durch haushaltsunabhängige und marktbaserte Lösungen ersetzt werden können.

Eine regelmäßige Erfolgskontrolle und Wirtschaftlichkeitsanalysen von Subventionen sowie eine daraus gegebenenfalls resultierende Anpassung beziehungsweise Abschaffung der überprüften Maßnahmen sind zudem ein wichtiger Beitrag zur Sicherung langfristig tragfähiger Finanzen und zur Einhaltung der Schuldenregel des Grundgesetzes.

4 Fazit

Die Subventionsentwicklung des Bundes leistet im Berichtszeitraum des 24. Subventionsberichts einen positiven Beitrag zur Haushaltsskonsolidierung. Die Subventionen des Bundes konnten – mit jährlich maximal 21,8 Mrd. € in den Jahren 2011

bis 2014 – auf moderatem Niveau gehalten werden. Der Anteil des Subventionsvolumens am BIP beträgt über den gesamten Berichtszeitraum nur 0,8 % und liegt damit auf dem niedrigsten Niveau seit knapp zwei Jahrzehnten.

Zeitlich befristete und degressiv ausgestaltete Subventionen sind ein legitimes Instrument der Finanzpolitik. Sie setzen in der Sozialen Marktwirtschaft dort an, wo marktbasierte Ansätze keine befriedigende Lösung bieten. Um unerwünschte Effekte zu vermeiden, ist es jedoch erforderlich, alle Subventionstatbestände regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und Berechtigung zu überprüfen. Entscheidend bei der Bewertung der Qualität von Subventionen sind deren wachstums-, verteilungs-, wettbewerbs- und umweltpolitische Wirkungen. Eine hieran orientierte Subventionspolitik leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Einhaltung quantitativer Konsolidierungsziele, sondern auch zur Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz von öffentlichen Ausgaben.

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Mittelfrist-Projektion der öffentlichen Finanzen

- Das Finanzierungsdefizit des Öffentlichen Gesamthaushalts, bestehend aus den Haushalten von Bund, Ländern, Gemeinden und deren jeweiligen Extrahaushalten in der Abgrenzung der Finanzstatistik, wird sich 2013 gegenüber dem Vorjahr um rund 2 Mrd. € auf 24 Mrd. € verbessern. Bereits ab dem Jahr 2015 wird ein Finanzierungsüberschuss erwartet.
- Gesamtstaatlich (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) konnte in der Maastricht-Abgrenzung bereits 2012 ein leichter Überschuss von 0,1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht werden. Das mittelfristige Haushaltziel – ein strukturelles Defizit von maximal 0,5% des BIP – wurde im vergangenen Jahr mit einem strukturellen Überschuss von 0,3% des BIP mit deutlichem Abstand eingehalten. Auch mittelfristig kann dieser strukturelle Überschuss bei Festhalten der Gebietskörperschaften an ihrem Konsolidierungskurs aufrechterhalten werden.
- Die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung fällt 2013 mit 80 % rund 1½ Prozentpunkte niedriger aus als 2012. In der mittleren Frist wirkt die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die zu erwartende Abwicklung der Portfolios der Bad Banks schuldenstandsmindernd fort. Daher wird die Schuldenstandsquote kontinuierlich bis auf rund 68 ½ % am Ende des Finanzplanungszeitraums sinken.

1	Einleitung	12
2	Öffentlicher Gesamthaushalt und seine Ebenen	13
2.1	Bund	13
2.2	Kernhaushalte der Länder	17
2.3	Kernhaushalte der Gemeinden	17
3	Öffentliche Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung	17
3.1	Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung	17
3.2	Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos	19
4	Maastricht-Schuldenstand	22
5	Fazit und Ausblick	23

1 Einleitung

Der Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts in der Abgrenzung der Finanzstatistik, bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden einschließlich der jeweiligen Extrahaushalte, wird sich 2013 gemäß der Projektion für den Arbeitskreis Stabilitätsrat im Juli 2013 gegenüber dem Vorjahr um rund 2 Mrd. € auf ein Defizit von 24 Mrd. € verbessern. Auf Grundlage des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2014, des Finanzplans des

Bundes bis 2017 und der aktuellen Projektionen für die Ebenen der Länder und der Gemeinden wird 2014 ein deutlicher Rückgang des Finanzierungsdefizits des Öffentlichen Gesamthaushalts erwartet. Bereits im Jahr 2015 ist mit einem leichten Überschuss zu rechnen.

Die prognostizierten Einnahmen und Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts bilden die Basis für die Projektion der öffentlichen Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung, jeweils inklusive ihrer Extrahaushalte in der Systematik der

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen). Gesamtstaatlich konnte – insbesondere aufgrund des hohen Überschusses in der Sozialversicherung – bereits im vergangenen Jahr ein leicht positiver Finanzierungssaldo in der Maastricht-Abgrenzung erreicht werden. Ein annähernd ausgeglichener Finanzierungssaldo kann auch in diesem und in den Folgejahren erzielt werden, ab dem Jahr 2016 wird der Staat einen Überschuss von rund $\frac{1}{2}\%$ des BIP ausweisen. Der strukturelle Finanzierungssaldo wird durchweg einen Überschuss von rund $\frac{1}{2}\%$ des BIP aufweisen, sodass das für den Fiskalvertrag maßgebliche mittelfristige Haushaltziel (strukturelles gesamtstaatliches Defizit von maximal 0,5% des BIP) in allen Projektionsjahren mit deutlichem Abstand eingehalten wird.

2 Öffentlicher Gesamthaushalt und seine Ebenen

Der Öffentliche Gesamthaushalt in der Abgrenzung der Finanzstatistik setzt sich in der Projektion des BMF aus den Ebenen Bund, Länder und Gemeinden sowie ihrer jeweiligen Extrahaushalte zusammen.¹ Infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise war das Finanzierungsdefizit des Öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2009 auf 90 Mrd. € angestiegen. Seitdem konnte das Defizit deutlich – um rund drei Viertel – auf 26,2 Mrd. € im Jahr 2012 zurückgeführt werden.

¹ Die Extrahaushalte der Länder und Gemeinden werden im Öffentlichen Gesamthaushalt berücksichtigt, allerdings nicht gesondert ausgewiesen. Die tabellarische Darstellung konzentriert sich auf die Kernhaushalte der einzelnen Ebenen. Das Statistische Bundesamt berücksichtigt beim Ausweis des Öffentlichen Gesamthaushalts in der Abgrenzung der Finanzstatistik – anders als in der Projektion des BMF – zusätzlich die Ebene der Sozialversicherung. Deren Entwicklung wird vom BMF nur in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Maastricht-Finanzierungssaldo prognostiziert.

Die im Jahr 2009 vorgelegte Projektion des Öffentlichen Gesamthaushalts hatte für 2012 noch ein Finanzierungsdefizit von 75 Mrd. € ausgewiesen. Alle Gebietskörperschaften haben die anhaltend positive Entwicklung der Steuereinnahmen zur Konsolidierung der Haushalte genutzt.

Die mittelfristige Projektion zeigt über den gesamten Projektionszeitraum eine Fortsetzung des Konsolidierungskurses der Gebietskörperschaften. Im Jahr 2013 wird er von den Verbesserungen der Finanzierungssalden in den Ebenen der Länder, Kommunen und der Extrahaushalte des Bundes getragen. Bis 2015 wird das Finanzierungsdefizit des Öffentlichen Gesamthaushalts vollständig abgebaut und kehrt sich in einen geringen Überschuss um, der in den Folgejahren weiter ansteigt; zuletzt insbesondere aufgrund der hohen Überschüsse des Investitions- und Tilgungsfonds, die zur Tilgung seiner Schulden verwendet werden sollen (vergleiche Abbildung 1).

Insgesamt wird die Ausgabendisziplin im Projektionszeitraum mit durchschnittlichen jährlichen Ausgabenzuwächsen von etwas mehr als 1% fortgesetzt. Gleichzeitig steigen die Einnahmen mit knapp $2\frac{1}{2}\%$ jahresdurchschnittlich nahezu doppelt so stark (vergleiche Tabelle 1).

2.1 Bund

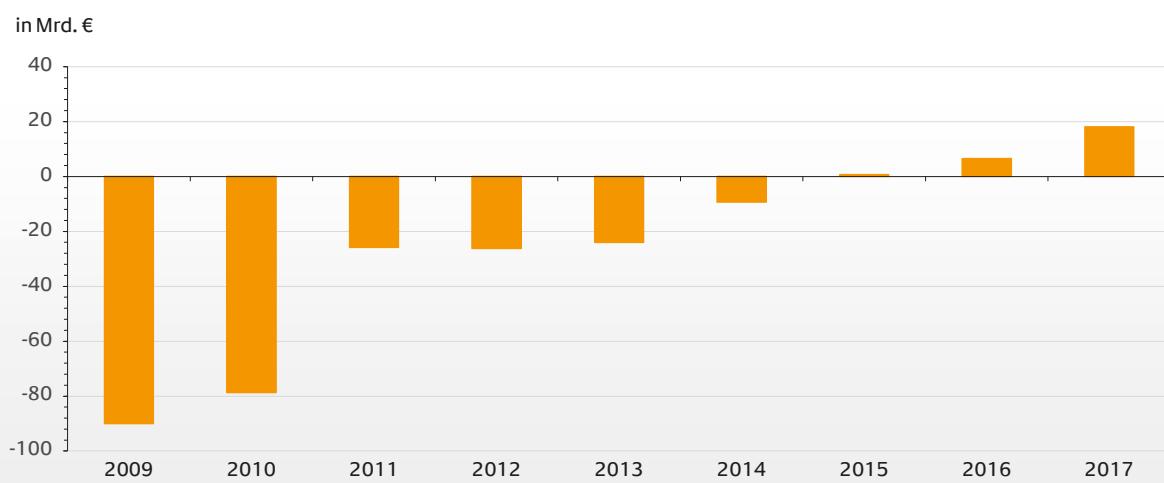
Kernhaushalt

Für den Kernhaushalt des Bundes wird ein Finanzierungsdefizit in Höhe von $25\frac{1}{2}$ Mrd. € erwartet (vergleiche Tabelle 2). Dieses Ergebnis basiert auf dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2013, der das von Bund und Ländern errichtete Sondervermögen „Aufbauhilfe“ mit 8 Mrd. € ausstattet. Dieses Sondervermögen dient der Finanzierung von Soforthilfen für die vom Hochwasser geschädigten privaten Haushalte und Unternehmen sowie der Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur. Gegenüber dem Vorjahr steigt das Finanzierungsdefizit

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

**Abbildung 1: Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. €**



2013 bis 2017: Projektion, Stand: Juli 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt bis 2012; BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2013.

des Bundeshaushalts im Soll somit um rund 3 Mrd. €.

Die Ausgaben des Bundeshaushalts werden im Vergleich zum Vorjahr um 1% auf insgesamt 310 Mrd. € ansteigen, während sich die Einnahmen auf 284½ Mrd. € belaufen und damit, verglichen zum Vorjahresniveau (284 Mrd. €), nahezu unverändert bleiben. Der im Nachtragshaushalt ausgewiesene Ausgabenzuwachs des Kernhaushalts resultiert hauptsächlich aus den um 11½ Mrd. € steigenden laufenden Zuweisungen an Verwaltungen; dazu zählt auch das Sondervermögen „Aufbauhilfe“. Der entsprechenden Ausgabensteigerung stehen stark rückläufige sonstige laufende Ausgaben gegenüber (- 8 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr). Ursächlich hierfür sind die Verringerung des Bundeszuschusses an die Gesetzliche Krankenversicherung und der Wegfall der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung bei der Bundesagentur für Arbeit.

Für das Jahr 2014 wird gemäß der mittelfristigen Projektion ein Ausgabenrückgang in Höhe von 4½% erwartet, welcher auf die sinkenden Zinsausgaben und den Wegfall der Zuweisungen an

den Aufbauhilfefonds begründet ist. Auf Grundlage des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2014 beträgt das Finanzierungsdefizit 6½ Mrd. €. Die Finanzplanung des Bundes sieht bereits ab dem Jahr 2015 den Verzicht auf zusätzliche Neuverschuldung vor. Ab dem Jahr 2015 soll die Tilgung von Schulden des Investitions- und Tilgungsfonds wieder aufgenommen werden, zunächst im Jahr 2015 in Höhe von 0,2 Mrd. € aufwachsend bis auf 9,6 Mrd. € im Jahr 2017. Statistisch werden diese Tilgungen bei den Extrahaushalten erfasst, während der Kernhaushalt ausgaben- und damit defizitwirksame Zuweisungen an den Extrahaushalt bucht. Damit weist der Kernhaushalt des Bundes in den Jahren 2015 bis 2017 aus finanzstatistischer Sicht ein stetes Finanzierungsdefizit von ½ Mrd. € auf, das sich aus der Nettokreditaufnahme (in Höhe von null) abzüglich der Münzeinnahmen des Bundeshaushalts ergibt.

Die ab 2016 geltende verfassungsrechtliche Obergrenze für das strukturelle Finanzierungsdefizit im Rahmen der Schuldenbremse von 0,35 % des BIP wurde bereits im Jahr 2012 – und damit vier Jahre früher als gesetzlich vorgeschrieben – eingehalten. Auf Grundlage der aktuellen

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Projektion wird die Obergrenze in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums eingehalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Schuldenbremse sowohl den Kernhaushalt des Bundes als auch die nach 2010 gegründeten Sondervermögen, den Energie- und Klimafonds und den Fonds „Aufbauhilfe“, erfasst. Die Finanzierungssalden dieser beiden Sondervermögen werden bei der Ermittlung der Einhaltung der zulässigen Obergrenze des strukturellen Finanzierungsdefizits der Schuldenbremse einbezogen.

Extrahaushalte

Die Extrahaushalte des Bundes weisen im laufenden Jahr einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 5½ Mrd. € auf (+4 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr). Spiegelbildlich zum Anstieg des Finanzierungsdefizits des Kernhaushalts – aufgrund der Zuweisung an das Sondervermögen Aufbauhilfe – lässt sich der deutliche Finanzierungsüberschuss der Extrahaushalte des Bundes im Jahr 2013 durch einen Überschuss des Aufbauhilfefonds begründen. Der Fonds tätigt Ausgaben u. a.

Tabelle 1: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in Mrd. €					
I. Ausgaben						
Personalausgaben	218,2	224	229	234½	240	245½
Laufender Sachaufwand	111,0	114½	115½	117	118½	120
Zinsausgaben an andere Bereiche	68,2	68½	64½	65½	69½	67
Sachinvestitionen	41,7	44½	44	44½	45	44½
Sonstige Ausgaben	334,6	335½	334½	339	339½	346
Insgesamt	776,2	788½	790	802	814	824
II. Einnahmen						
Steuern	600,2	615	638½	663	685	706
Sonstige Einnahmen	149,7	149½	142	139½	135½	136½
Insgesamt	749,9	764½	780½	803	820½	842
III. Finanzierungssaldo	-26,2	-24	-9½	½	6½	18
Veränderung in % gegenüber Vorjahr						
I. Ausgaben						
Personalausgaben	2,9	2½	2½	2½	2½	2½
Laufender Sachaufwand	1,8	3	1	1	1½	1
Zinsausgaben an andere Bereiche	-12,0	1	-6	1½	5½	-3½
Sachinvestitionen	-4,2	6	-½	1	1	-1
Sonstige Ausgaben	1,6	0	-0	1	½	2
Insgesamt	0,5	1½	0	1½	1½	1
II. Einnahmen						
Steuern	4,7	2½	4	4	3½	3
Sonstige Einnahmen	-13,6	-0	-5	-1½	-3	½
Insgesamt	0,5	2	2	3	2	2½

Kern- und Extrahaushalte der Gebietskörperschaften, ohne Sozialversicherung.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

2013 bis 2017: Projektion, Stand: Juli 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt bis 2012; BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2013.

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Tabelle 2: Entwicklung der öffentlichen Haushalte bis 2017

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	in Mrd. €					
I. Ausgaben						
Bund	306,8	310	295½	299½	308½	317½
Länder	299,3	309	316½	324	330½	336
Gemeinden	187,0	194	199½	205	210	214½
Extrahaushalte des Bundes	63,7	74	73½	73	72	68
Öffentlicher Gesamthaushalt	776,2	788 ½	790	802	814	824
II. Einnahmen						
Bund	284,0	284½	289	299½	308	317½
Länder	293,5	304	313½	323	331½	339
Gemeinden	188,8	199	203½	209	214½	219
Extrahaushalte des Bundes	65,1	79½	70½	71	73½	78½
Öffentlicher Gesamthaushalt	749,9	764 ½	780 ½	803	820 ½	842
III. Finanzierungssaldo						
Bund	-22,8	-25½	-6½	-½	-½	-½
Länder	-5,7	-5	-3	-1	1	2½
Gemeinden	1,8	5	4	4½	4½	4½
Extrahaushalte des Bundes	1,3	5½	-3	-2	1½	10½
Öffentlicher Gesamthaushalt	-26,2	-24	-9 ½	½	6 ½	18
Veränderung in % gegenüber Vorjahr						
I. Ausgaben						
Bund	3,6	1	-4½	1½	3	3
Länder	0,9	3½	2½	2½	2	1½
Gemeinden	0,9	4	3	2½	2½	2
Extrahaushalte des Bundes	-15,4	16	-½	-1	-1	-6
Öffentlicher Gesamthaushalt	0,5	1 ½	0	1 ½	1 ½	1
II. Einnahmen						
Bund	2,0	0	1½	3½	3	3
Länder	2,5	3½	3	3	2½	2
Gemeinden	2,8	5½	2	2½	2½	2
Extrahaushalte des Bundes	-19,3	22	-11	0	3½	6½
Öffentlicher Gesamthaushalt	0,5	2	2	3	2	2 ½

Bund, Länder und Gemeinden: nur Kernhaushalte; Öffentlicher Gesamthaushalt: Kern- und Extrahaushalte der Gebietskörperschaften, ohne Sozialversicherung.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

2013 bis 2017: Projektion, Stand: Juli 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt bis 2012; BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2013.

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

für Investitionen in die Bundesinfrastruktur sowie Zuweisungen an die Länder, die ebenfalls investiv und für Zuweisungen an die Gemeinden eingesetzt werden. Die Ausgaben dürften sich neben diesem Jahr auch noch auf die Folgejahre erstrecken.

Die Zunahme der Finanzierungssalden in den Jahren 2016 und 2017 ist vor allem auf die hohen Zuweisungen des Bundeshaushalts in Höhe von 5,2 Mrd. € beziehungsweise 9,6 Mrd. € an den Investitions- und Tilgungsfonds zur Tilgung von dessen Schulden zurückzuführen. Dies führt zu Finanzierungsüberschüssen der Extrahaushalte des Bundes von 1½ Mrd. € beziehungsweise 10½ Mrd. €.

2.2 Kernhaushalte der Länder

Das Finanzierungsdefizit der Kernhaushalte der Länder beläuft sich im Jahr 2013 voraussichtlich auf 5 Mrd. €. Damit wird das Defizit des Vorjahres (5,7 Mrd. €) leicht unterschritten. In den folgenden Jahren wird das bestehende Defizit vollständig abgebaut; ab dem Jahr 2016 erwirtschaften die Kernhaushalte der Länder Überschüsse. Damit wird – deutlich früher als in vergangenen Projektionen – mit einem Finanzierungsüberschuss gerechnet, obwohl die Zuwachsrate der Ausgaben gegenüber der Projektion vom November 2012 durchweg höher liegen. Die Ausgabendynamik ist u. a. auf die Tarifabschlüsse für die Beschäftigten des öffentlichen Diensts zurückzuführen, die höhere Personalausgaben erwarten lassen. Die mit mehr als einem Drittel (35,9 % im Jahr 2012) der gesamten Ausgaben ohnehin große Bedeutung der Personalausgaben für die Entwicklung der Länderhaushalte nimmt weiter zu (bis auf rund 37½ % im Jahr 2017). Neben der Dynamik bei den Personalausgaben nehmen die Zuweisungen an die Gemeinden – insbesondere aufgrund der Mittel des Aufbauhilfefonds – überdurchschnittlich zu. Begünstigt wird die Konsolidierung der Haushalte hingegen weiterhin durch das niedrige Zinsniveau.

Die Zuweisungen aus dem Aufbauhilfefonds schlagen sich in den Haushalten der Länder

aufgrund gleich hoher zusätzlicher Ausgaben saldenneutral nieder. Einerseits erhöhen sich die Zuweisungen vom Bund, andererseits steigen u. a. die Sachinvestitionen und die Zahlungen an Gemeinden.

2.3 Kernhaushalte der Gemeinden

Für das Jahr 2013 ist für die Kernhaushalte der Gemeinden nach dem Finanzierungsüberschuss des Vorjahres von 1,8 Mrd. € ein weiterer Anstieg des Überschusses auf rund 5 Mrd. € zu erwarten. Diese Entwicklung ist insbesondere auf einen kräftigen Zuwachs der Einnahmen – vor allem auf einen starken Anstieg der allgemeinen Zuweisungen von Ländern – zurückzuführen.

Auch als Folge der guten Finanzentwicklung werden die Ausgaben der Gemeinden im laufenden Jahr kräftig um 4 % steigen. Lediglich die Zinsausgaben verringern sich im laufenden Jahr leicht. Nach dem Auslaufen des Zukunftsinvestitionsgesetzes waren die Sachinvestitionen 2012 rückläufig, für das laufende Jahr wird wieder mit einem deutlichen Zuwachs von 7½ % gerechnet. Dieser Zuwachs fußt vor allem auf den investiven Ausgaben zur Beseitigung der Schäden der diesjährigen Flut sowie zum Bau von Kindertagesstätten. Im weiteren Verlauf des Finanzplanungszeitraums wird eine Verfestigung der Finanzierungsüberschüsse bei rund 4½ Mrd. € erwartet.

3 Öffentliche Haushalte in der Maastricht-Abgrenzung

3.1 Unterschied zwischen Finanzstatistik und Maastricht-Abgrenzung

Im Gegensatz zur Finanzstatistik, die auf die Kassenwirksamkeit der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben abstellt, richtet sich die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der Abgrenzung der Maastricht-Rechnung, wie sie für die Einhaltung der Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2012

oder des Fiskalvertrags relevant ist, nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Durch Rückgriff auf die VGR ist es möglich, ein international einheitliches Regelwerk zur Verfügung zu stellen und damit die internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Das führt zu einigen Anpassungen des finanzstatistischen Finanzierungssaldos.

Ein grundlegender Unterschied ist die Buchung gemäß ökonomischer Entstehung von Ausgaben und Einnahmen. Das bedeutet beispielsweise, dass Steuereinnahmen nicht dann gebucht werden, wenn sie in die Staatskasse eingehen, sondern dem Zeitraum zugeordnet werden, auf den sie zurückzuführen sind. Üblicherweise wird z. B. die Lohnsteuer von den Unternehmen erst einen Monat später, d. h. für das Gehalt des vorangegangenen Monats, an das Finanzamt abgeführt. Dies hat zur Folge, dass in den VGR die Steuereinnahmen zeitlich entsprechend, hier im Beispiel also einen Monat, früher gebucht werden. Bei Bauinvestitionen zählt der Baufortschritt und nicht der Zeitpunkt der Bezahlung des Investitionsprojekts.

Abweichend von der Praxis, nach ökonomischer Entstehung zu buchen, werden die finanziellen Auswirkungen von Gerichtsurteilen zum Zeitpunkt der Entscheidung als Vermögenstransfer gebucht. So erhöhte beispielsweise die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Abzugsfähigkeit des Arbeitszimmers vom Juli 2010 in der Abgrenzung der Finanzstatistik entsprechend der kassenwirksamen Rückzahlungen nahezu hälftig in den Jahren 2011 und 2012 das Defizit, während in den VGR die volle Belastung der öffentlichen Haushalte durch die rückwirkende Berücksichtigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit bereits im Jahr 2010 zu Buche schlug.

Darüber hinaus unterscheidet sich auch die Abgrenzung der Ausgaben- und Einnahmenkategorien zwischen Finanzstatistik und VGR. So wird in den

VGR brutto gebucht. Das führt dazu, dass Steuern in den VGR beispielsweise neben den kassenmäßigen Steuereinnahmen auch die Familienförderkomponente des Kindergelds und Zulagen enthalten, während gleichzeitig die Familienförderkomponente des Kindergelds als monetäre Sozialleistung und die Zulagen als Vermögenstransfers an Dritte die Ausgaben erhöhen. Demgegenüber zählt die Erbschaftsteuer zu den Vermögenstransfers an den Staat. Die an die Europäische Union (EU) abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel sowie die Zölle gelten (im Gegensatz zu den BSP-Eigenmitteln) als Direktleistung der betroffenen Sektoren an die „übrige Welt“.

Darüber hinaus werden nur vermögenswirksame Ausgaben und Einnahmen im Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der VGR berücksichtigt. Daher werden die finanzstatistischen Finanzierungssalden zusätzlich um den Saldo der nicht-vermögenswirksamen, der sogenannten finanziellen Transaktionen, bereinigt. Hierzu gehören Vergabe und Rückzahlung von Darlehen, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen sowie Tilgung und Kreditaufnahme beim öffentlichen Bereich. In diesen Fällen kommt es nicht zu einer Veränderung der Nettovermögensposition des Staats. So führt eine Darlehensvergabe im Gegensatz zur Finanzstatistik nicht zu einem Anstieg des Defizits, da dem Kassenausgang ein Forderungserwerb gegenübersteht. Bei Privatisierungserlösen findet nur ein Tausch von Beteiligungsvermögen gegen Kassenzugang statt. Umgekehrt werden beispielsweise die Einzahlungen des Bundes in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in der Finanzstatistik als Ausgaben Defizit erhöhend gebucht, während sie im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo in der VGR-Abgrenzung nicht enthalten sind, da ihnen ein um diesen Betrag höheres Beteiligungsvermögen gegenübersteht.

Auch die Behandlung der im Rahmen der Finanzmarktkrise gegründeten Abwicklungsanstalten, die dem Sektor

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Staat zugeordnet werden, unterscheidet sich methodisch. Während in der Finanzstatistik lediglich die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben den Saldo dieser Extrahaushalte beeinflussen, wird in der Entstehungsrechnung der VGR neben den auch in der Finanzstatistik enthaltenen Einnahmen- und Ausgabenarten bei einer Übertragung eines Portfolios zusätzlich ein defizitwirksamer Vermögenstransfer in Höhe der Differenz zwischen Übertragungs- und Marktwert des übertragenen Portfolios gebucht.

3.2 Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos

Mittelfristige Verbesserung des tatsächlichen Finanzierungssaldos durch Fortsetzung der Konsolidierung der Gebietskörperschaften

Im vergangenen Jahr konnte ein leichter Finanzierungsüberschuss von 0,1%² des BIP in der Maastricht-Rechnung erzielt werden. Im laufenden Jahr und in den kommenden Jahren wird ein annähernd ausgeglichener gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo erwartet. Ab dem Jahr 2016 ist sogar mit einem jährlichen Finanzierungsüberschuss von ½% des BIP zu rechnen (vergleiche Abbildung 2).

Im gesamten Projektionszeitraum tragen Bund und Länder mit der Fortsetzung der Konsolidierung ihrer Haushalte (positiver Finanzierungssaldo ab 2016 beziehungsweise 2015) zu einer weiteren

schrittweisen Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bei. Die Gemeinden können insgesamt – bei großer Heterogenität im Einzelnen – mit stabilen Finanzierungsüberschüssen von rund ½% des BIP beitragen.

Die Sozialversicherung wird über den gesamten Finanzplanungszeitraum einen in etwa ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Allerdings können die durch die stetige Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bedingten hohen Überschüsse der vergangenen Jahre durch verschiedene belastende Effekte nicht mehr erreicht werden. So sind die Einnahmen der Sozialversicherung in diesem Jahr aufgrund der Verringerung des Bundeszuschusses an die Gesetzliche Krankenversicherung, der Beitragssatzreduktion bei der Gesetzlichen Rentenversicherung und des Wegfalls der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung bei der Bundesagentur für Arbeit rückläufig. Auf der Ausgabenseite belastet die Abschaffung der bislang durch die Patienten gezahlten Praxisgebühr die Gesetzliche Krankenversicherung und das Inkrafttreten des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes die Pflegeversicherung. Allerdings ist die Finanzierung möglicher Defizite der Sozialversicherung durch die in den vergangenen Jahren gebildeten hohen Rücklagen auch weiterhin gewährleistet.

Struktureller Haushaltsüberschuss in allen Projektionsjahren

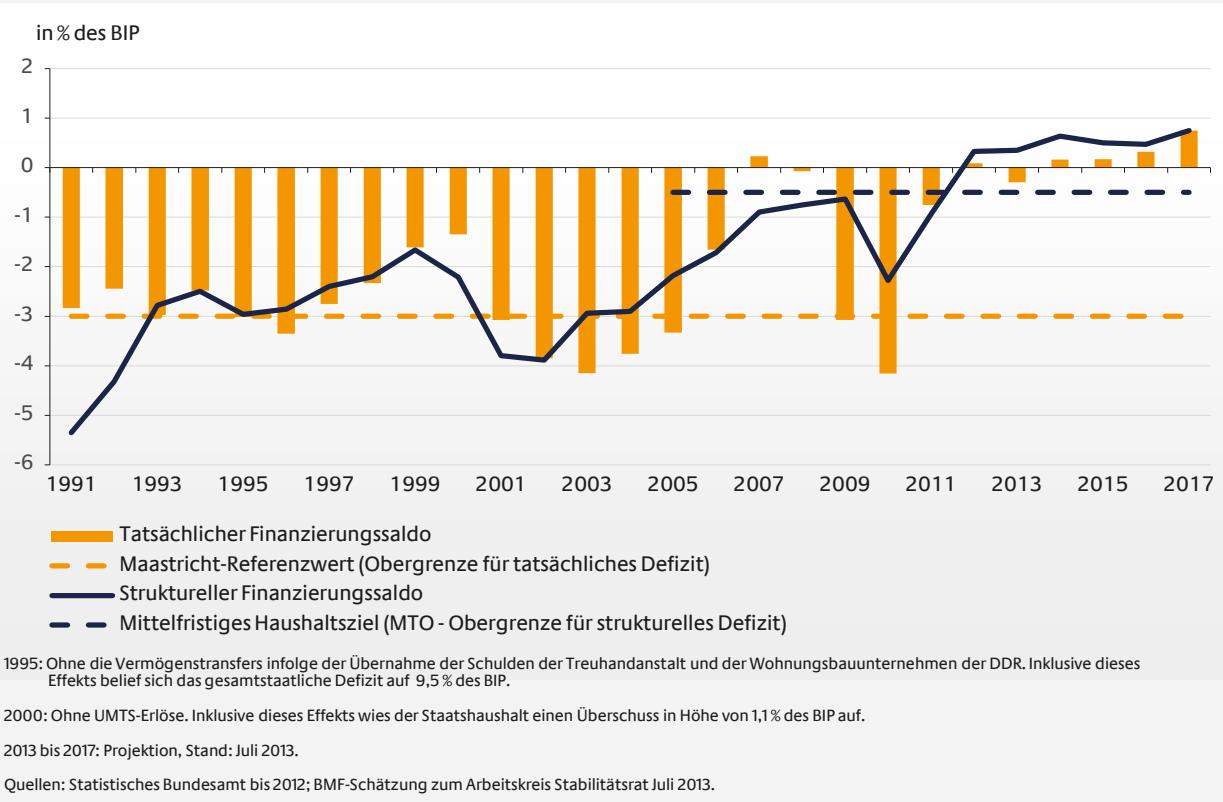
Zur Ermittlung des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in der Maastricht-Rechnung wird der tatsächliche Finanzierungssaldo um konjunkturbedingte Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigt. Die im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise im November 2012 beschlossenen Mehrausgaben und Mindereinnahmen für das laufende und die kommenden Jahre

² Die in diesem Abschnitt dargestellten Finanzierungssalden und ihre Komponenten in der Maastricht-Rechnung beruhen auf der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamts zum Stand Mai 2013. Die Revision der Vorjahre und etwaige Veränderungen werden erst am 23. August 2013 veröffentlicht.

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Abbildung 2: Struktureller und tatsächlicher Finanzierungssaldo



stellen Einmaleffekte dar und belasten somit den strukturellen Finanzierungssaldo nicht. Im vergangenen Jahr konnte erstmalig seit der Deutschen Einheit ein struktureller Finanzierungsüberschuss (0,3 % des BIP) ausgewiesen werden. Im Projektionszeitraum kann dieser Überschuss mit leicht steigender Tendenz beibehalten werden. Damit hält Deutschland sein mittelfristiges Haushaltstziel eines strukturellen Defizits von maximal 0,5 % des BIP mit Abstand ein (vergleiche Abbildung 2).

Haushaltskonsolidierung durch Rückführung der Staatsquote

Nachdem sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates in Relation zum BIP in den Jahren 2009 und 2010 bedingt durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise drastisch

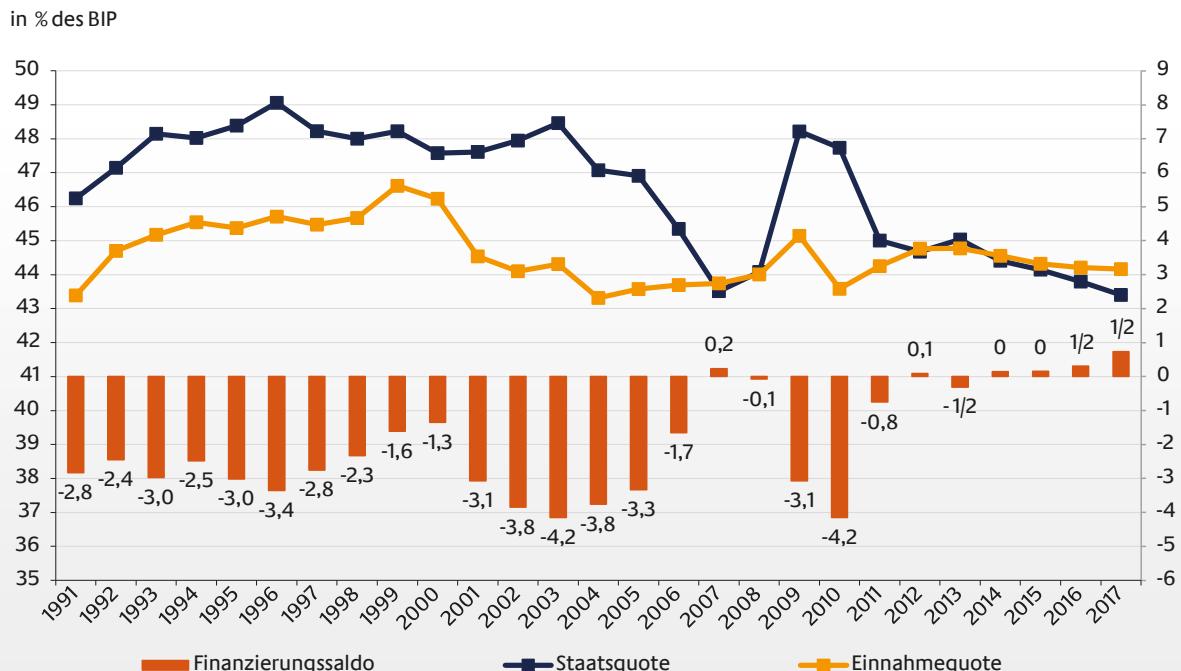
geöffnet hatte, haben sich die Quoten infolge der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen und der Fortsetzung der konjunkturellen Erholung bereits ab dem Jahr 2011 wieder deutlich angenähert. Im vergangenen Jahr lag die staatliche Einnahmenquote mit 44,8 % leicht über der staatlichen Ausgabenquote in Höhe von 44,7 % (vergleiche Abbildung 3).

Mittelfristig wird die Einnahmenquote leicht auf bis zu gut 44 % im Jahr 2017 zurückgehen. Dahinter stehen divergierende Entwicklungen der einzelnen Komponenten. Die Steuereinnahmen werden sich mit im Durchschnitt etwas mehr als 3 % p. a. etwas dynamischer als das BIP über den Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2017 entwickeln (vergleiche Abbildung 4). Im Gegensatz zu der damit leicht steigenden Steuerquote, wird eine rückläufige

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Abbildung 3: Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates



1995: Ohne die Vermögenstransfers infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungsbauunternehmen der DDR. Inklusive dieses Effekts belief sich das gesamtstaatliche Defizit auf 9,5 % des BIP.

2000: Ohne UMTS-Erlöse. Inklusive dieses Effekts wies der Staatshaushalt einen Überschuss in Höhe von 1,1 % des BIP auf.

2013 bis 2017: Prognose, Stand: Juli 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt bis 2012; BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2013.

Sozialbeitragsquote projiziert. Dieser Rückgang resultiert hauptsächlich aus der Senkung des Beitragssatzes der Gesetzlichen Rentenversicherung, die infolge der günstigen Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage in den Jahren 2012 und 2013 ermöglicht wurde. Für das folgende Jahr ist eine weitere Absenkung wahrscheinlich. Die sonstigen Einnahmen wie Gebühren oder Einnahmen aus wirtschaftlichen Tätigkeiten steigen nur moderat an, sodass sie im Verhältnis zum BIP zurückgehen.

Durch die voranschreitende Konsolidierung bei gleichzeitig niedrigem Zinsniveau werden die öffentlichen Haushalte durch im Mittel rückläufige Zinsausgaben entlastet. Die staatlichen Konsumausgaben steigen dagegen

wegen der starken Zunahme der sozialen Sachleistungen in der Sozialversicherung überdurchschnittlich. Positiv hervorzuheben ist, dass auch die Bruttoinvestitionen mit 2 ½ % im Durchschnitt der Jahre wieder deutlicher zunehmen, auch bedingt durch die infolge der Flutschäden notwendig gewordenen Investitionen (vergleiche Abbildung 4).

Die erfolgreich umgesetzte Konsolidierungs politik und die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt schlagen sich insgesamt in einem moderaten gesamtstaatlichen Ausgabenzuwachs von rund 2 ½ % im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017 nieder. Die Staatsquote sinkt bis zum Ende des Projektionszeitraums folglich auf rund 43 ½ %.

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Abbildung 4: Mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sowie des BIP

Jahresdurchschnittliche Veränderung zwischen 2012 und 2017 in %



2013 bis 2017: Prognosetzung, Stand: Juli 2013.

Quellen: Statistisches Bundesamt bis 2012; BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2013.

4 Maastricht-Schuldenstand

Die Entwicklung der Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung war zuletzt maßgeblich von den Stabilisierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt (vergleiche Abbildung 5). Die hohen Finanzmarktkriseneffekte sind im Wesentlichen durch die statistische Zuordnung der Abwicklungsanstalten „FMS Wertmanagement“ und „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA) zum Sektor Staat bedingt. Die sogenannten Bad Banks waren allein im Jahr 2010 für einen Anstieg der Schuldenquote um 8,5 Prozentpunkte verantwortlich. Im Rahmen der Maßnahmen zur Überwindung der Staatsschuldenkrise wirken die über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgewickelten bilateralen Kredite des ersten Rettungspakets zugunsten von Griechenland, der Deutschland zuzurechnende Anteil der von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ausgegebenen Kredite an Griechenland

(zweites Maßnahmenpaket), Irland und Portugal sowie die Kapitaleinlagen in den ESM schuldenstandserhöhend. Kredite, die in der Zukunft vom ESM vergeben werden, haben keinen Einfluss auf die nationalen Schuldenstandsquoten der Geberländer.

Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2011 ist die Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung im vergangenen Jahr um 1,3 Prozentpunkte auf 81,2 % gestiegen. Wesentlich für diese Entwicklung waren die Maßnahmen zur Abwehr der europäischen Staatsschuldenkrise; allein das zweite Rettungspaket für Griechenland schlug mit 1,2 % des BIP zu Buche. Zusammen mit den Krediten der EFSF an Irland und Portugal und der Einzahlung in den Europäischen Stabilitätsmechanismus erhöhte sich der durch die Staatsschuldenkrise verursachte Effekt auf die Schuldenstandsquote im vergangenen Jahr um 1,7 Prozentpunkte auf 2,4 % des BIP. Dagegen verringerte sich der Effekt, der auf die Finanzmarktkrise zurückzuführen ist, im Wesentlichen aufgrund der erfolgreichen Teilabwicklung der Portfolios von EAA und FMS Wertmanagement und trotz der

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Nachbefüllung der EAA um 0,3 Prozentpunkte auf 11,0 % des BIP.

Im laufenden Jahr wird die Schuldenstandsquote voraussichtlich auf rund 80 % sinken. Während die europäische Staatsschuldenkrise 2013 für sich genommen die Schuldenstandsquote um etwa $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt erneut erhöht, kann mit einem Rückgang des Finanzmarktkriseneffekts um rund 1 $\frac{1}{2}$ Prozentpunkte gerechnet werden. Die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sowie der fortgesetzte Portfolioabbau bei den Abwicklungsanstalten führen auch mittelfristig zu einer kontinuierlichen Reduzierung der Schuldenstandsquote bis auf rund 68 $\frac{1}{2}$ % am Ende des Projektionszeitraums 2017. Mit dieser Rückführung wird Deutschland die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene und für Deutschland ab 2015 geltende sogenannte 1/20-Regel erfüllen. Diese Regel schreibt vor, dass die Überschreitung des Referenzwerts der Maastricht-

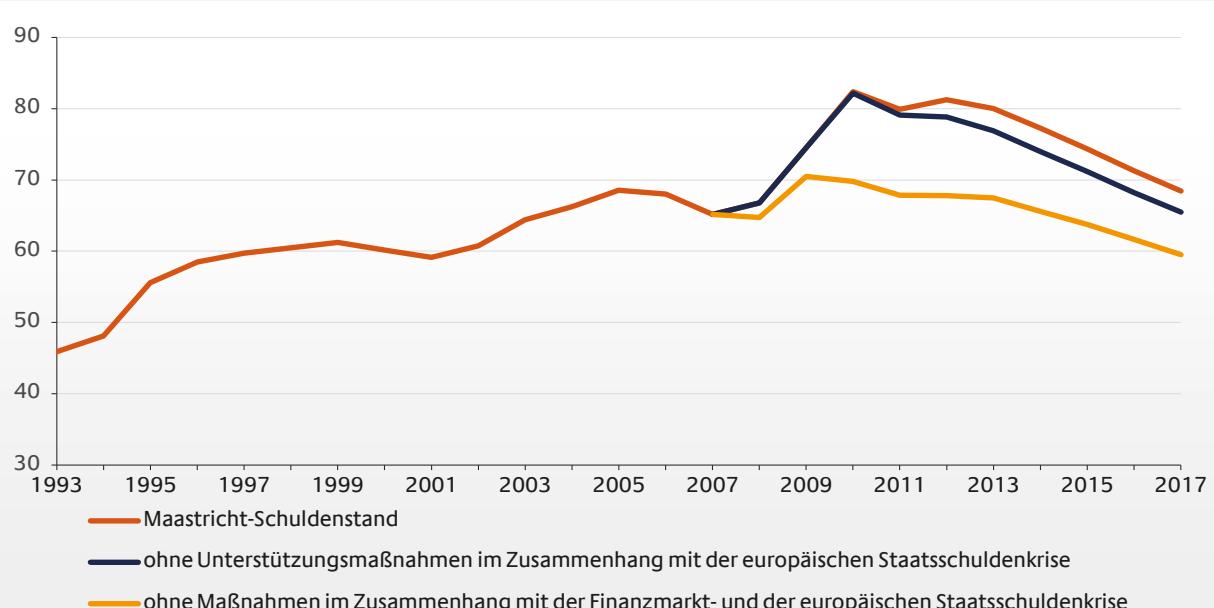
Schuldenstandsquote jährlich im Durchschnitt um ein Zwanzigstel abgebaut wird.

5 Fazit und Ausblick

Deutschland hat nach den hohen staatlichen Defiziten der Jahre 2009 und 2010 infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seine öffentlichen Finanzen wieder auf ein solides Fundament gestellt. Dazu haben alle staatlichen Ebenen einen maßgeblichen Beitrag geleistet, sodass bereits im vergangenen Jahr ein struktureller Überschuss erzielt werden konnte. Grundlage für das Fortbestehen des strukturellen Überschusses des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos ist das Festhalten aller Gebietskörperschaften am Konsolidierungskurs auch in den nächsten Jahren.

Solide öffentliche Finanzen schaffen Vertrauen bei den Bürgern sowie den Unternehmen und bieten durch niedrige Zinssätze einen Stabilitätsanker auch im internationalen

Abbildung 5: Schuldenstandseffekte der Stabilisierungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise und der europäischen Staatsschuldenkrise
Schuldenstandsquote in % des BIP



Quellen: Deutsche Bundesbank bis 2012; BMF-Schätzung zum Arbeitskreis Stabilitätsrat Juli 2013.

Analysen und Berichte

ERFOLGREICHE KONSOLIDIERUNG DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Kontext. Zugleich wird durch strukturell ausgeglichene öffentliche Haushalte ein wichtiger Schritt in Richtung tragfähiger öffentlichen Finanzen, insbesondere mit Blick auf die demographische Entwicklung, getan. Deutschland hat durch die Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels bereits einen wichtigen Erfolg erzielt, den es fortzusetzen gilt.

Wichtig ist hierfür auch der institutionelle Rahmen. Neben der grundgesetzlichen Schuldenbremse für Bund und Länder hat

Deutschland den Stabilitätsrat als weiteren institutionellen Pfeiler zur Sicherung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verfassungsrechtlich verankert. Durch das am 19. Juli 2013 in Kraft getretene Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags wird die Rolle des Stabilitätsrats nun weiter gestärkt und dieser explizit damit beauftragt, die Einhaltung der nach den europäischen Vorgaben zulässigen Obergrenze eines strukturellen gesamtstaatlichen Defizits von 0,5 % des BIP zu überwachen.

Weiterentwicklung des deutschen Steuerrechts

Wesentliche Steuerrechtsänderungen der 17. Legislaturperiode

- Die Steuerpolitik der zurückliegenden vier Jahre war durch Stabilität und Verlässlichkeit geprägt. Damit fügt sie sich in die finanzpolitische Strategie der Bundesregierung zur wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung ein.
- Neben zielgerichteten Entlastungen für Bürger und Unternehmen insbesondere zu Beginn der Legislaturperiode wurde eine Vielzahl bedarfsgerechter Modernisierungen und Anpassungen in Teilbereichen des Steuerrechts auf den Weg gebracht.

1	Steuerpolitische Grundausrichtung	25
2	Wettbewerbsfähigkeit und Steuervereinfachung.....	26
3	Effizienter Steuervollzug	29
4	Aggressive Steuergestaltung wirksam bekämpfen	30
5	Anpassung des Steuerrechts an EU-Vorgaben, aktuelle Rechtsprechung und OECD-Entwicklungen	31
6	Fazit	32

1 Steuerpolitische Grundausrichtung

Die Steuerpolitik der zurückliegenden vier Jahre fügt sich in die Strategie der nachhaltigen Defizitreduzierung und die Stärkung der Wachstumskräfte in Deutschland ein. Dabei hat sich gezeigt, dass solide Staatsfinanzen und eine wachstumsorientierte Steuerpolitik nicht im Widerspruch zueinander stehen. Die in dieser Legislaturperiode erzielten Erfolge der Haushaltskonsolidierung wurden in entscheidendem Maße auch durch stabile Staatseinnahmen als Folge nachhaltigen Wirtschaftswachstums gestützt. Umgekehrt war und ist das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen unabdingbare Voraussetzung für private Investitionstätigkeit und somit für ein stabiles Wirtschaftswachstum.

Die steuerrechtlichen Reformvorhaben der 17. Legislaturperiode waren insbesondere darauf ausgerichtet, bedarfsgerechte Modernisierungen vorzunehmen, um verlässliche und stabile steuerliche Rahmenbedingungen für Wirtschaft

und Bürger in einem sich stetig weiterentwickelnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld zu sichern. Soweit mit dem Konsolidierungsziel vereinbar, wurden durch gezielte steuerliche Entlastungen für Bürger und Unternehmen Impulse für ein dynamisches und stabiles Wirtschaftswachstum gesetzt. Drei zentrale steuerpolitische Leitlinien kennzeichnen die Steuerrechtsänderungen der vergangenen vier Jahre:

1. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sichern.
2. Steuerbürokratie abbauen beziehungsweise Steuern handhabbarer machen.
3. Bestehende Steueransprüche effektiver und effizienter durchsetzen.

Diese Grundsätze sind nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern greifen ineinander, ergänzen sich und fügen sich in den Rahmen einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik ein.

Analysen und Berichte

WEITERENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN STEUERRECHTS

2 Wettbewerbsfähigkeit und Steuervereinfachung

Zu Beginn der 17. Legislaturperiode galt es, die deutlich spürbaren negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise abzumildern und gleichzeitig effektive Wachstumsimpulse zu setzen. Mit dem im Dezember 2009 beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz¹ (Entlastungswirkung: 8,5 Mrd. €) wurden die Grundlagen für einen dauerhaft tragfähigen Aufschwung gelegt. Die steuerlichen Kinderfreibeträge sind von 6 024 € auf 7 008 € angehoben und das Kindergeld erhöht worden, sodass Familien nun für das erste und zweite Kind je 184 € monatlich, für das dritte Kind 190 € und für jedes weitere Kind je 215 € erhalten. Diese Entlastungen haben sich – wie auch die zeitgleich wirkende Entlastung bei der Einkommensteuer durch das Konjunkturpaket und das Bürgerentlastungsgesetz – positiv auf das Konsumverhalten ausgewirkt und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestärkt. Im Unternehmenssektor haben vor allem folgende Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beigetragen:

- Wiedereinführung der Möglichkeit einer Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) bis 410 € (alternativ: Wahlrecht zur Bildung eines Sammelpostens für alle Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als 150 € bis zu 1 000 €);
- dauerhafte Anhebung der zunächst befristet eingeführten Freigrenze bei der Zinsschranke auf 3 Mio. €;

¹ Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) vom 22. Dezember 2009 (BGBl. 2009 Teil I Nr. 81, S. 3950).

- Erleichterungen bei der körperschaftsteuerlichen Verlustverrechnung durch Einführung einer Konzern- und einer Stille-Reserven-Klausel in § 8c Absatz 1 des Körperschaftsteuergesetzes;
- Reduzierung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen für Immobilienmieten und Pachtzahlungen von 65 % auf 50 %; dadurch werden Gewerbetreibende entlastet, die ihr Gewerbe nicht in eigenen Räumen betreiben;
- Erleichterungen im Bereich des Erbschafts- und Schenkungsteuerrechts für die steuerbegünstigte Unternehmensnachfolge rückwirkend zum 1. Januar 2009 (Absenkung der erforderlichen Mindestlohnsumme im Fall der Regelverschonung von 650 % auf 400 % und Verkürzung des hierfür maßgeblichen Zeitraums auf fünf statt bisher sieben Jahre und Verkürzung der Behaltensfrist ebenfalls von sieben auf fünf Jahre sowie Absenkung der erforderlichen Mindestlohnsumme im Fall der vollständigen Verschonung von 1 000 % auf 700 % und Verkürzung des hierfür maßgeblichen Zeitraums auf sieben statt bisher zehn Jahre und Verkürzung der Behaltensfrist ebenfalls von zehn auf sieben Jahre; Gewährung des Verschonungsabschlags unabhängig von der Lohnsumme für Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten, statt wie bisher nur mit bis zu zehn Beschäftigten).

Im Zukunftspaket der Bundesregierung, das mit dem Haushaltbegleitgesetz 2011² umgesetzt wurde, konnte eine Erhöhung der steuerlichen Belastung von Einkommen vermieden werden. Es sind u. a. Gesetzeslücken im Energie- und Stromsteuerrecht geschlossen sowie weitere ökologisch sinnvolle Maßnahmen vorgenommen worden.

² Haushaltbegleitgesetz 2011 (HBeglG 2011) vom 9. Dezember 2010 (BGBl. 2010 Teil I Nr. 63, S. 1885).

Analysen und Berichte

WEITERENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN STEUERRECHTS

Hierzu gehören:

- der maßvolle Abbau von Vergünstigungen bei der Energie- und Stromsteuer,
- der steuerliche Konsolidierungsbeitrag der Kernenergiewirtschaft,
- die Einführung der Luftverkehrsteuer.

Im Kontext steuerlicher Wettbewerbsfähigkeit steht auch das Steuervereinfachungsgesetz 2011³, mit dem mehr Transparenz und Planungssicherheit sowie weniger Erklärungs- und Prüfaufwand im Besteuerungsverfahren erreicht wurde. Zu den Maßnahmen dieses Gesetzes, das Arbeitnehmer sowie Familien mit Kindern um rund 590 Mio. € entlastet, gehören:

- Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrages von 920 € auf 1 000 € bereits ab 2011, d. h. für circa 550 000 weitere steuerpflichtige Arbeitnehmer entfällt damit der Einzelnachweis; jährliches Entlastungsvolumen: circa 330 Mio. €;
- einfache Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ab 2012: Ob Betreuungskosten aus beruflichen oder privaten Gründen anfallen, spielt keine Rolle mehr. Davon profitieren mehr Familien als zuvor. Auch konnten die entsprechenden Abfragen in der Einkommensteuererklärung (Anlage Kind) für den Veranlagungszeitraum 2012 inhaltlich gestraft werden; jährliche finanzielle Entlastung: 60 Mio. €;
- Wegfall der Einkommensüberprüfung bei volljährigen Kindern unter 25 Jahren für Kindergeld und Kinderfreibeträge ab 2012; dies spart Eltern beim Kindergeldantrag und bei der Einkommensteuererklärung aufwändige Nachweise. Eltern bekommen auch dann weiter volles Kindergeld,

wenn ihr Kind während der ersten Berufsausbildung oder des Erststudiums Geld hinzuerdient; jährliche finanzielle Entlastung: 200 Mio. €;

- Vereinfachung der Vergleichsberechnung bei der Entfernungspauschale ab 2012: Wer für den Arbeitsweg abwechselnd öffentliche Busse oder Bahnen und das Auto benutzt, muss die Kosten dann nicht mehr für jeden Tag einzeln belegen. Das Finanzamt vergleicht künftig nur noch die Jahreskosten.

Im Unternehmensbereich führte die Vereinfachung der elektronischen Rechnungslegung, die zum 1. Juli 2011 in Kraft getreten ist, zu einer Kostenentlastung von circa 4 Mrd. €. Hier wurden die bisher sehr hohen Anforderungen an elektronisch übermittelte Rechnungen erheblich herabgesetzt.

Ferner erfolgte mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes⁴ die Aufhebung der ursprünglich bis zum 31. Dezember 2011 geltenden Befristung der Umsatzgrenze bei der Umsatzbesteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Besteuerung). Durch die damit verbundene dauerhafte Anwendung der bundeseinheitlichen Umsatzgrenze in Höhe von 500 000 € bei der Ist-Besteuerung haben die Unternehmen mehr Planungssicherheit erhalten. Die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen betragen für das Jahr 2012 insgesamt 1,1 Mrd. €.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes sowie zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes⁵ wurden insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Fortführung

⁴ Drittes Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. 2011 Teil I, Nr. 64, S. 2562).

⁵ Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes sowie zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. 2012 Teil I Nr. 57, S. 2436).

³ Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 1. November 2011 (BGBl. 2011 Teil I Nr. 55, S. 2131).

Analysen und Berichte

WEITERENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN STEUERRECHTS

des sogenannten Spitzenausgleichs für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes über den 31. Dezember 2012 hinaus geschaffen. Entsprechend den Vorgaben im Energiekonzept der Bundesregierung und in der Energiesteuerrichtlinie ist die Steuerbegünstigung nunmehr davon abhängig, dass die Unternehmen Energie- oder Umweltmanagementsysteme betreiben und gemeinschaftlich bestimmte Energieeffizienzziele erfüllen.

Auch die aktuelle Steuergesetzgebung schreibt die auf Wachstum und Vereinfachung ausgerichtete Steuerpolitik konsequent fort.

So wurde mit dem Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts⁶ im Bereich der Unternehmensbesteuerung die steuerliche Organschaft aufkommensneutral vereinfacht und rechtssicherer ausgestaltet. Dabei wurden wesentliche Anliegen der Wirtschaft, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gewinnabführungsvertrag, aufgegriffen. Ferner wird die Anhebung des Verlustrücktrags auf einen Höchstbetrag von 1 Mio. € insbesondere auch kleinen und mittleren Unternehmen nach einem Verlustjahr zusätzliche Liquidität verschaffen.

Das steuerliche Reisekostenrecht ist mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 in den Bereichen Verpflegungsmehraufwendungen, Fahrtkosten und Übernachtungskosten vereinheitlicht und vereinfacht worden. Die Änderungen sollen mehr Rechtssicherheit gewährleisten und die Betroffenen von Aufzeichnungs- und Nachweispflichten entlasten. Wesentliche Vereinfachungen sowie auch finanzielle Verbesserungen ergeben sich insbesondere bei den Verpflegungsmehraufwendungen für die Berufsgruppen, die überwiegend auswärts tätig sind, z. B. Handwerker. Rechtssicherheit

wird insbesondere in den Bereichen geschaffen, in denen sich die Rechtsprechung in der jüngeren Vergangenheit mehrfach geändert hat. Das betrifft vor allem die steuerliche Abziehbarkeit von Fahrtkosten und die Besteuerung von Dienstwagen bei Fahrten zur sogenannten regelmäßigen Arbeitsstätte. Weitere Vereinfachungsregelungen werden im Bereich der doppelten Haushaltsführung sowie der vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Verpflegung anlässlich einer auswärtigen beruflichen Tätigkeit wirksam.

Das Gesetz zum Abbau der kalten Progression⁷ leistet einen Beitrag zur Begrenzung der Steuerlast. Bei unverändertem Eingangssteuersatz wird der Grundfreibetrag in zwei Schritten - im Jahr 2013 um 126 € auf 8 130 € und ab dem Jahr 2014 um 224 € auf 8 354 € - erhöht. Damit werden die Steuerzahler in Höhe von bis zu 2,6 Mrd. € pro Jahr steuerlich entlastet. Eine regelmäßige Überprüfung der Wirkung der kalten Progression im Einkommensteuertarif wird durch die Bundesregierung im Steuerprogressionsbericht alle zwei Jahre stattfinden. Der Abbau „heimlicher Steuererhöhungen“ durch die kalte Progression bleibt damit auf der politischen Agenda.

Das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes (Ehrenamtsstärkungsgesetz)⁸ entbürokratisiert und flexibilisiert die rechtlichen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement und entschärft die Haftungsregelungen für ehrenamtlich tätige Vereinsmitglieder. Das Gesetz schafft Verfahrenserleichterungen für gemeinnützige Organisationen (zum Beispiel auf dem Gebiet der Nachweispflichten) und verbessert ihre Planungsmöglichkeiten für den Einsatz der erhaltenen Mittel. Für ehrenamtlich engagierte Bürger wurden die sogenannte

⁶ Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts vom 20. Februar 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 9, S. 285).

⁷ Gesetz zum Abbau der kalten Progression vom 20. Januar 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 9, S. 283).

⁸ Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes vom 21. März 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 15, S. 556).

Analysen und Berichte

WEITERENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN STEUERRECHTS

Übungsleiterpauschale von 2 100 € auf 2 400 € und die Ehrenamtspauschale von 500 € auf 720 € angehoben. Damit verbunden sind jährliche steuerliche Entlastungen in Höhe von insgesamt 110 Mio. €.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz)⁹ sind die Rahmenbedingungen für die geförderte Altersvorsorge weiter verbessert worden. Zur Erhöhung der Transparenz und der Vergleichbarkeit von geförderten Altersvorsorgeprodukten wird ein einheitliches Produktinformationsblatt für alle Produktgruppen zertifizierter Altersvorsorgeverträge eingeführt. Dieses soll dem Verbraucher in gebündelter, leicht verständlicher und standardisierter Form einen Produktvergleich ermöglichen. Daneben werden die Eigenheimrente verbessert und vereinfacht sowie weitere Anreize für den Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge gesetzt.

3 Effizienter Steuervollzug

Bei hohen Steuerbefolgungskosten, also einem hohen Aufwand des Steuerpflichtigen zur Erfüllung seiner Erklärungspflichten, wird auch die Steuerlast subjektiv zumeist als höher empfunden, als sie tatsächlich ist. Ein für den Steuerpflichtigen besser „handhabbares“ Steuerrecht kann hingegen auch bei komplexen Lebenssachverhalten spürbar entlasten. Zu einem effizienten Steuervollzug tragen u. a. Maßnahmen zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens durch elektronische Verfahrensabwicklung auf Seiten der Steuerpflichtigen bei, wie z. B. die elektronischen Steueranmeldungen in der Lohnsteuer und Umsatzsteuer oder die E-Bilanz,

aber auch eine EDV-gestützte, risikoorientierte Durchführung der Besteuerungsverfahren in der Finanzverwaltung.

So startete am 1. November 2012 die elektronische Lohnsteuerkarte. Das neue sogenannte ELStAM-Verfahren löst die alte Lohnsteuerkarte in Papierform ab. ELStAM steht für „elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale“ und erleichtert die Kommunikation zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und den Finanzämtern erheblich. Steuerliche Daten, wie z. B. Kinderfreibeträge, Steuerklassen und die Religionszugehörigkeit eines Arbeitnehmers, werden elektronisch gespeichert und übermittelt. Für die Umstellung auf das neue Verfahren gilt für Arbeitgeber in Wirtschaft und Verwaltung eine Übergangsfrist bis Ende 2013, während der der Lohnsteuerabzug auch nach dem alten Verfahren erfolgen kann. Die Einführung verlief positiv: Bis zum 29. Juli 2013 haben über 1 Million Arbeitgeber für rund 22 Millionen Arbeitnehmer die ELStAM abgerufen.

Mit der E-Bilanz sollen Unternehmen ihre steuerlichen Pflichten schnell, kostensparend und medienbruchfrei erfüllen. Durch die Standardisierung der Arbeitsabläufe bei gleichzeitig umfassender IT-Unterstützung wird eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Rechtsanwendung angestrebt. Die E-Bilanz ist grundsätzlich erst für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2012 beginnen, verpflichtend. Die gesetzliche Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung bezieht sich auf den Inhalt der Bilanz und – soweit vorhanden – der Gewinn- und Verlustrechnung. Alternativ kann entweder der Inhalt der Handelsbilanz, ergänzt um eine steuerliche Überleitungsrechnung, oder eine gesonderte Steuerbilanz eingereicht werden. Im vergangenen Jahr konnte diese Übermittlungsform bereits getestet werden. So besteht die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis bereits für das Wirtschaftsjahr 2012 oder 2011/2012 eine „echte“ Bilanz elektronisch zu übermitteln. Die angebotenen Testmöglichkeiten wurden gut angenommen.

⁹ Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge vom 24. Juni 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 31, S. 1667).

Analysen und Berichte

WEITERENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN STEUERRECHTS

Aufgrund der genannten Verfahren werden die Steuergesetze einfacher handhabbar, der Vollzug beschleunigt sich, und es wird schneller Rechtssicherheit erreicht.

4 Aggressive Steuergestaltung wirksam bekämpfen

Die Durchsetzung bestehender Steueransprüche erfordert in Zeiten globaler Vernetzung der Wirtschaftstätigkeiten von Unternehmen auch Anpassungen beziehungsweise Erweiterungen international abgestimmter Besteuerungsstandards sowie Verbesserungen im internationalen Informationsaustausch und grenzüberschreitenden Vollzug. Mit dem Ziel, aggressive Steuergestaltung durch multinationale Konzerne zu bekämpfen und so Wettbewerbsverzerrungen gegenüber überwiegend national tätigen kleinen und mittleren Unternehmen einzudämmen, ist in den vergangenen vier Jahren die Zusammenarbeit in den Gremien der OECD, der EU und der G20 erheblich intensiviert worden.

Hervorzuheben ist insbesondere das aktuelle OECD-Projekt „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS)¹⁰ über Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen, das von den großen Industriestaaten – maßgeblich auch von Deutschland – unterstützt wird. Dabei geht es um die Frage der fairen Besteuerung multinational tätiger Unternehmen (MNU). Die Initiative der OECD verfolgt das Ziel, wirksame Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen von MNU zu erarbeiten. Hierzu hat die OECD einen umfassenden Aktionsplan erarbeitet, der den G20-Finanzministern bei ihrer Sitzung am 19/20. Juli 2013 vorgelegt wurde. Auf dieser Grundlage sollen bis Ende 2015 international abgestimmte Standards erarbeitet werden.

Deutschland hat sich ferner für eine Ausweitung des automatischen Informationsaustauschs eingesetzt. Einen wichtigen Anstoß hierfür haben nicht zuletzt die USA mit ihrer als FATCA bekannten Gesetzgebung geliefert. So wurde am 31. Mai 2013 mit den USA ein Abkommen über einen automatischen Austausch von Bankinformationen unterzeichnet, und zwar auf der Grundlage eines Musters, das Deutschland gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien mit den USA erarbeitet hat. In Anlehnung an die Mustervereinbarung mit den USA wollen diese G5-Staaten auch untereinander den automatischen Informationsaustausch auf den Bereich der Kapitaleinkünfte erstrecken und damit einen neuen Standard EU-weit und darüber hinaus fördern. Dies haben sie in einem gemeinsamen Brief an EU-Kommissar Algirdas Šemeta deutlich gemacht. Weitere Staaten haben bereits Interesse an einer Teilnahme bekundet.

Darüber hinaus setzt sich Deutschland auf EU-Ebene für eine zügige Annahme des Revisionsvorschlages der EU-Zinsrichtlinie als notwendigen Zwischenschritt für einen erweiterten automatischen Informationsaustausch ein. Geplant ist insbesondere eine Ausdehnung des sachlichen und persönlichen Anwendungsbereichs der Richtlinie, wodurch weitere Lücken geschlossen werden sollen. Die EU-Kommission wurde mandatiert, Revisionsverhandlungen über die EU-Zinsabkommen mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco aufzunehmen. Dieses Mandat ermöglicht gegebenenfalls auch die Vereinbarung eines automatischen Informationsaustauschs über Kapitalerträge.

Auf nationaler Ebene wurden im Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften

¹⁰ Hierzu wird im BMF-Monatsbericht für den Monat September 2013 ein gesonderter Artikel erscheinen.

Analysen und Berichte

WEITERENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN STEUERRECHTS

(Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz¹¹ - vergleiche dazu im Übrigen unter 5.) zudem diverse Regelungen eingeführt, die der Sicherung des Steueraufkommens oder der Funktionsfähigkeit des Besteuerungsverfahrens dienen, indem unerwünschte Gestaltungen zur Steuervermeidung eingeschränkt werden. So wird z. B. der Umwandlung privaten Geldvermögens in erbschaftsteuerlich begünstigtes Betriebsvermögen (sogenannte Cash-GmbHs) und der Vermeidung der Grunderwerbsteuer über sogenannte RETT-Blocker (vom englischen Real Estate Transfer Tax für Grunderwerbsteuer) entgegengetreten. Daneben werden Steuergestaltungsmodelle im Bereich des negativen Progressionsvorbehalts bekämpft (sogenanntes Goldfinger-Modell). Im Bereich der Unternehmensbesteuerung enthält das Gesetz Regelungen zur Verhinderung steuerlicher Gestaltungen durch die sogenannte Wertpapierleihe, die Nutzung von Verlusten oder mittels grenzüberschreitender hybrider Finanzierungen.

5 Anpassung des Steuerrechts an EU-Vorgaben, aktuelle Rechtsprechung und OECD-Entwicklungen

In verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts und damit verwandter Rechtsbereiche bestand auch in den vergangenen vier Jahren Gesetzgebungsbedarf, um u. a. steuerliche Regelungen zu konkretisieren, diese an die aktuelle Rechtsprechung anzupassen und sie mit EU-Recht in Einklang zu bringen. So wurden z. B. folgende Rechtsänderungen beziehungsweise -anpassungen umgesetzt:

Durch das Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09¹² werden Streubesitzdividenden - also Bezüge einer Körperschaft aus einer Beteiligung von weniger als 10 % an einer anderen Körperschaft - steuerpflichtig. Die Regelung dient der Gleichstellung inländischer und ausländischer Anteilseigner.

Das bereits in Kapitel 4. genannte Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften dient dazu, das Steuerrecht an Recht und Rechtsprechung der Europäischen Union sowie an internationale Entwicklungen (OECD-Betriebsstättenbericht 2010) anzupassen, um Besteuerungskonflikte zu vermeiden. Hinzuweisen ist auch auf die Erweiterung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei der Umsatzsteuer auf Lieferungen von Erdgas und Elektrizität an andere Unternehmer beziehungsweise Wiederverkäufer, die der Bekämpfung von Steuerbetrug in diesem Bereich dient, und nach der endgültigen Zustimmung des EU-Ministerrats zur entsprechenden Änderung der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie 2006/112/EG im Zusammenhang mit dem Mehrwertsteuer-Betrugsbekämpfungspaket in Kraft tritt. Darüber hinaus sieht das Gesetz auch wichtige entlastende Maßnahmen vor. Hierzu gehören z. B. die Umsatzsteuerbefreiungen für Leistungen rechtlicher Betreuer, Bühnenregisseure und -choreographen sowie die Einkommensteuerbefreiung des Taschengeldes bei zivilen Freiwilligendiensten. Ferner werden die Einkommensteuerbefreiungsvorschriften für freiwillig Wehrdienstleistende und Reservisten angepasst.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Mai 2013¹³ wird die Entscheidung

¹¹ Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften vom 26. Juni 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 32, S. 1809)

¹² Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09 vom 21. März 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 15, S. 561).

Analysen und Berichte

WEITERENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN STEUERRECHTS

zur Gleichbehandlung von Verheirateten und eingetragenen Lebenspartnern im Einkommensteuerrecht umgesetzt. Hierzu regelt ein neu eingefügter Absatz 8 in § 2 des EStG im Sinne einer allgemeinen Generalklausel, dass die einkommensteuerrechtlichen Vorschriften für Ehegatten auch für eingetragene Lebenspartner anzuwenden sind. Die Regelung ist in allen Fällen anzuwenden, in denen die Einkommensteuer noch nicht bestandskräftig veranlagt ist. Damit können nach Maßgabe des obengenannten Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts „eingetragene Lebenspartner, deren Veranlagung noch nicht bestandskräftig durchgeführt ist, mit Wirkung ab dem 1. August 2001 unter den für Ehegatten geltenden Voraussetzungen eine Zusammenveranlagung und die Anwendung des Splittingverfahrens beanspruchen.“

¹³ Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Mai 2013 vom 15. Juni 2013 (BGBl. 2013 Teil I Nr. 38, S. 2397).

6 Fazit

Die Steuerpolitik der vergangenen vier Jahre hat auf Stabilität gesetzt. Damit wurde den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen das wichtigste Gut in Krisenzeiten – nämlich Planungssicherheit und Verlässlichkeit – verschafft. In Verbindung mit den zielgenauen steuerlichen Entlastungen zu Beginn der Legislaturperiode hat dies entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 schnell überwunden hat und die öffentlichen Haushalte auf beeindruckende Weise konsolidiert werden konnten. Dort, wo es sinnvoll war, wurde das Steuerrecht bedarfsgerecht und zielorientiert vereinfacht und an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Durch beharrliche Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene wurden entscheidende Wegmarken erreicht, um die weltweite Steuerhinterziehung einzudämmen und aggressiven Steuergestaltungsmethoden internationaler Konzerne den Boden zu entziehen.

Betriebsprüfungsstatistik 2012

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2012

- Auf der Grundlage von Ländermeldungen erstellt das BMF jährlich eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Betriebsprüfungen führten im Jahr 2012 zu einem Mehrergebnis von 19,0 Mrd. €.
- 13 271 Prüfer waren im Einsatz und erzielten durchschnittlich ein Mehrergebnis von rund 1,43 Mio. € je Prüfer.
- Von den knapp 8,6 Mio. Betrieben, die in der Betriebskartei der Finanzämter erfasst sind, wurden 2,3 % geprüft.

1	Betriebsprüfung	33
2	Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe.....	34
3	Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte	35
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung.....	36

1 Betriebsprüfung

Unter den Begriff der Außenprüfung fallen mehrere gesonderte Prüfungsdienste der Steuerverwaltung: die Betriebsprüfung, die Umsatzsteuer-Sonderprüfung und die Lohnsteuer-Außenprüfung. Im folgenden Beitrag wird ausschließlich das Ergebnis der steuerlichen Betriebsprüfung dargestellt.

Das BMF erstellt jährlich auf der Grundlage von Ländermeldungen eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern und die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern außer der Gewerbesteuer.

Die Außenprüfung ist ein wichtiges Instrument der Finanzverwaltung zur Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs des Staates. Rechtsgrundlage hierfür ist § 193 der Abgabenordnung (AO). Danach

sind Außenprüfungen bei Steuerpflichtigen zulässig, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten, die freiberuflich tätig sind oder sogenannte bedeutende Einkünfte erzielen (§ 193 Abs. 1 AO). Bei den übrigen Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist (§ 193 Abs. 2 Nr. 2 AO).

Für Zwecke der Betriebsprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklassen

- Großbetriebe (G),
 - Mittelbetriebe (M),
 - Kleinbetriebe (K) und
 - Kleinstbetriebe (Kst)
- eingeteilt (§ 3 Betriebsprüfungsordnung 2000 - BpO 2000), wobei die Zuordnung zu den Größenklassen von Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen

Analysen und Berichte

BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2012

Tabelle 1: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 20. Prüfungsturnus (1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2012)

Betriebsart ¹	Betriebsmerkmale in €	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)
Handelsbetriebe (H)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	6 900 000 265 000	840 000 53 000	160 000 34 000
Fertigungsbetriebe (F)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 000 000 235 000	480 000 53 000	160 000 34 000
Freie Berufe (FB)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 300 000 540 000	790 000 123 000	160 000 34 000
Andere Leistungsbetriebe (AL)	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	5 300 000 305 000	710 000 59 000	160 000 34 000
Kreditinstitute (K)	Aktivvermögen oder steuerlicher Gewinn über	128 000 000 530 000	33 000 000 180 000	10 000 000 43 000
Versicherungsunternehmen	Jahresprämieneinnahmen			
Pensionskassen (V)	über	28 000 000	4 600 000	1 700 000
Unterstützungskassen (U)				alle
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (LuF)	Wirtschaftswert der selbst-bewirtschafteten Fläche oder steuerlicher Gewinn über	210 000 116 000	100 000 60 000	44 000 34 000
Sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)	Erfassungsmerkmale		Erfassung in der Betriebskartei als Großbetrieb	
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherengemeinschaften (BHG)	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte i.S.d. Nrn. 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13.07.1992, IV A 5 - S 0361-19/92 (BStBl I S. 404)			alle
Bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände (BKÖ)	Summe der Einnahmen		über 6 000 000	
Fälle mit bedeutenden Einkünften (bE)	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nrn. 4-7 EStG (keine Saldierung mit negativen Einkünften)		über 500 000	

¹ Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen.

Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 20. August 2009 – IV A 4 – S 1450/08/10001.

abhängig gemacht wird. Die im Jahr 2012 geltenden Abgrenzungsmerkmale sind aus Tabelle 1 ersichtlich. Die Ermittlung der Betriebszahlen und die Einordnung in eine Größenklasse erfolgen stichtagbezogen alle drei Jahre (zuletzt zum 1. Januar 2010). Die Einordnung kann für den einzelnen Betrieb Auswirkungen auf die Häufigkeit der Außenprüfungen haben. Die ab dem 1. Januar 2013 gültigen Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen hat das BMF mit Schreiben vom 22. Juni 2012 – IV A 4 – S 1450/09/10001 – (BStBl. 2012 I, S. 689) bekanntgegeben.

2 Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe

Im Jahr 2012 waren in der Betriebskartei der Finanzämter 8 571 212 Betriebe erfasst, von denen 195 691 Betriebe geprüft wurden. Dies entspricht einer Prüfungsquote von 2,3 %. Ferner waren dort 30 862 Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften (bE) beziehungsweise Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherengemeinschaften (BHG) aufgeführt, von denen 3 456 Fälle geprüft wurden (vergleiche Tabelle 2).

Analysen und Berichte

BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2012

Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen im Berichtszeitraum 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Größenklasse	gesamt		darunter geprüft	
	Anzahl	Anzahl	Anteil	
Großbetriebe (G)	191 335	41 365	21,6 %	
Mittelbetriebe (M)	799 135	52 544	6,6 %	
Kleinbetriebe (K)	1 189 727	38 950	3,3 %	
Kleinstbetriebe (Kst)	6 391 015	62 832	1,0 %	
Summe	8 571 212	195 691	2,3 %	
bedeutende Einkünfte (bE)	15 281	1 984	13,0 %	
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	15 581	1 472	9,4 %	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Weitere Außenprüfungen erfolgten bei sonstigen Steuerpflichtigen, die nicht den vorgenannten Fallgruppen zuzuordnen waren.

3 Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte

Bei Großbetrieben soll der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum anschließen (§ 4 Abs. 2 BpO 2000), um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen. Für die übrigen Betriebe ist vorgesehen, dass ein Prüfungszeitraum in der Regel nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst (§ 4 Abs. 3 BpO 2000). In der Praxis der Außenprüfung spiegeln sich diese Anforderungen im

Prüfungsturnus wider, also dem Zeitraum, der durchschnittlich vergeht, bis ein Betrieb wieder einer Prüfung unterliegt. Der Prüfungsturnus differiert sehr stark für die einzelnen Größenklassen. Rechnerisch wird ein Großbetrieb alle 4,63 Jahre geprüft, ein Kleinstbetrieb hingegen alle 101,72 Jahre. Im Durchschnitt aller Größenklassen liegen 43,80 Jahre zwischen den Außenprüfungen (vergleiche Tabelle 3).

In Großbetrieben, bei denen im Jahr 2012 eine Außenprüfung abgeschlossen wurde, umfasste der Prüfungszeitraum durchschnittlich 3,3 Veranlagungsjahre, während er sich in einem Kleinstbetrieb auf 2,9 Veranlagungsjahre belief (vergleiche Tabelle 4).

Durch Kombination beider Größen lässt sich die Prüfungsdichte, also die Wahrscheinlichkeit,

Tabelle 3: Prüfungsturnus im Berichtszeitraum 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)	G bis Kst
Prüfungsturnus in Jahren	4,63	15,21	30,54	101,72	43,80

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 4: Prüfungszeitraum im Berichtszeitraum 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)
Prüfungszeitraum in Jahren	3,3	3,0	3,0	2,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2012

Tabelle 5: Prüfungsdichte im Berichtszeitraum 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Größenklasse	geprüft	nicht geprüft
Großbetriebe (G)	72,0 %	28,0 %
Mittelbetriebe (M)	19,8 %	80,2 %
Kleinbetriebe (K)	9,7 %	90,3 %
Kleinstbetriebe (Kst)	2,9 %	97,1 %

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

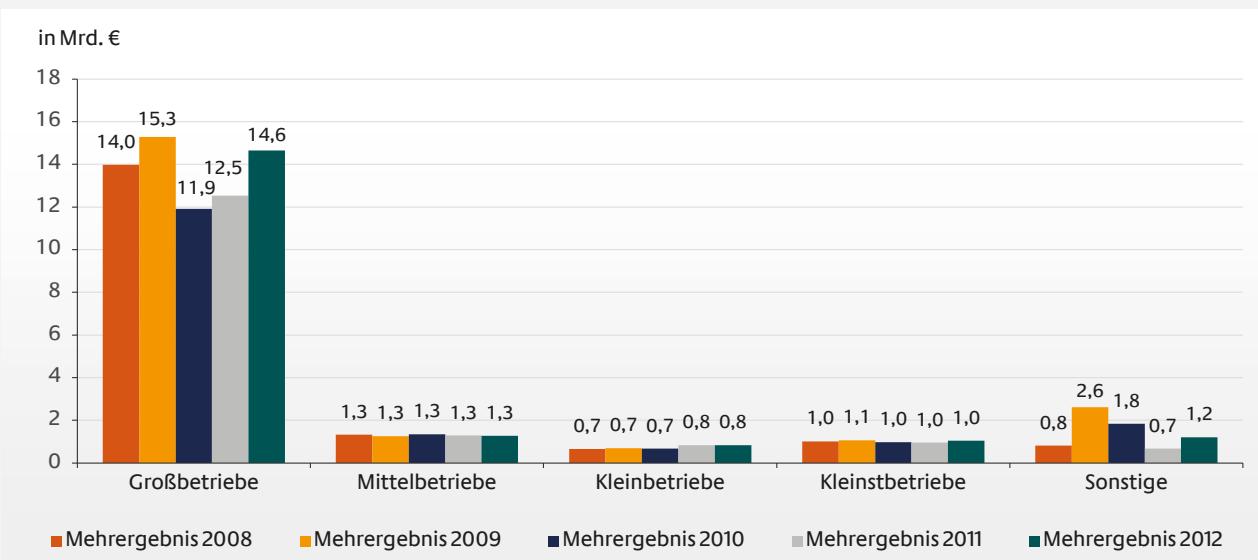
dass ein Veranlagungsjahr geprüft wird, ermitteln. Während bei Großbetrieben 72,0 % der Veranlagungsjahre geprüft werden, sind es bei Kleinstbetrieben lediglich 2,9 % (vergleiche Tabelle 5).

4 Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung

In den Betriebsprüfungen der Länder waren im Jahr 2012 bundesweit 13 271 Prüfer im Einsatz. Sie erzielten ein Mehrergebnis von 19,0 Mrd. € (+16,7 % im Vergleich zum Vorjahr 2011), dies sind durchschnittlich 1,43 Mio. € je Prüfer. 77,1 % des Mehrergebnisses (14,6 Mrd. €)

entfielen auf die Prüfung von Großbetrieben, dies sind im Durchschnitt circa 354 000 € je geprüftem Betrieb. Die Prüfung der Kleinstbetriebe erbrachte ein Mehrergebnis von 1,0 Mrd. € beziehungsweise circa 16 500 € je geprüftem Betrieb (vergleiche Abbildung 1).

In der Größenklasse „Großbetriebe“ war beim erreichten Mehrergebnis ein Zuwachs von 2,1 Mrd. € beziehungsweise 16,9 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Innerhalb dieser Größenklasse stiegen die Mehrergebnisse der Gewerbesteuer um 0,7 Mrd. € (+26,3 %) sowie der Körperschaftsteuer um 0,6 Mrd. € (+15,4 %) an, während die Zinsen nach § 233a AO im Vorjahresvergleich einen Aufwuchs von 0,4 Mrd. € (+18,2 %) erreichten.

Abbildung 1: Mehrergebnis nach Größenklassen im Fünfjahresvergleich

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

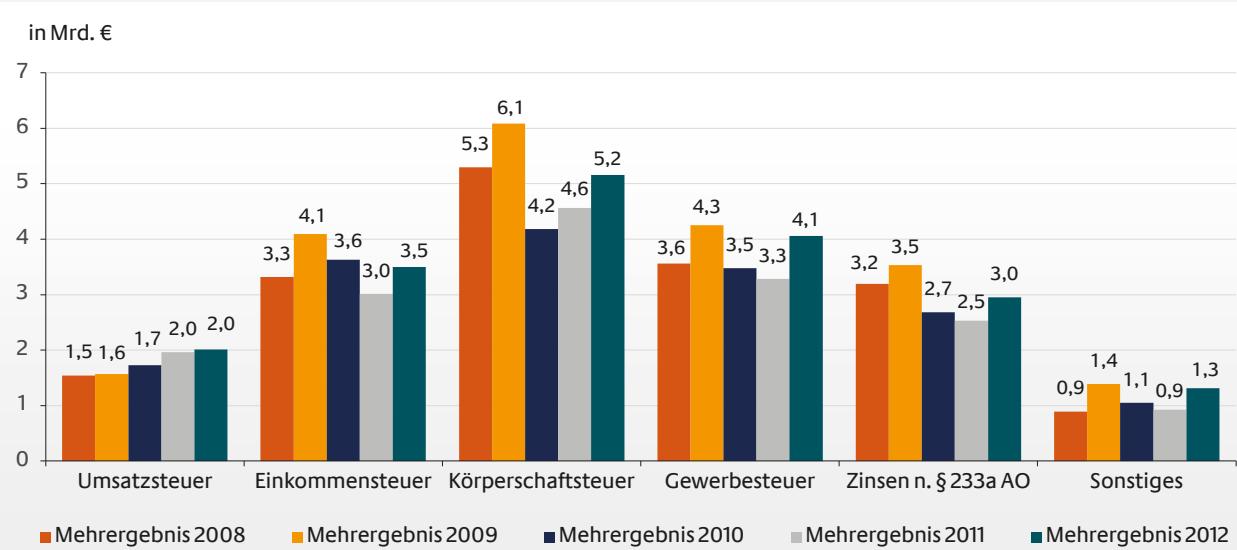
BETRIEBSPRÜFUNGSSTATISTIK 2012

Den größten Anteil am Mehrergebnis 2012 insgesamt hat die Körperschaftsteuer (27,2%), gefolgt von der Gewerbesteuer mit 21,4%. Daneben haben aber auch die Einkommensteuer mit 18,4% und die Umsatzsteuer mit 10,6% einen wesentlichen Anteil am Mehrergebnis (vergleiche Abbildung 2).

Die Zinsen nach § 233a AO machen wie bereits im Vorjahr 15,5 % des gesamten

Mehrergebnisses aus. Die Verzinsung nach § 233a AO (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern trotz des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.

Abbildung 2: Mehrergebnis nach Steuerarten im Fünfjahresvergleich



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Wettbewerbsfähigkeitsanalyse der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten

- Der Beitrag untersucht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (MOE). Es werden die strukturellen Stärken und Schwächen einzelner MOE sowie der Region dargestellt.
- Seit der EU-Osterweiterung 2004/2007 hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der untersuchten MOE verbessert und dem EU-Durchschnitt weiter angenähert.
- Im EU-Vergleich zählt jedoch kein MOE zur Spitzengruppe hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Es ist davon auszugehen, dass ein anhaltender wirtschaftlicher Aufholprozess in den MOE die Wettbewerbsfähigkeitslücke zu stärker industrialisierten Mitgliedstaaten weiter schließen wird.
- Die vergleichsweise geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit der MOE ist unter anderem auf eine niedrigere Innovationstätigkeit zurückzuführen. Ebenso besteht in vielen MOE Aufholpotenzial bei der Ausgestaltung eines attraktiven geschäftlichen Umfelds für Unternehmen.

1	Einleitung	38
2	Wirtschaftsstruktur	40
3	Lage des Exportsektors.....	43
4	Bildung, Forschung und Innovation	46
5	Geschäftsumfeld, Infrastruktur und öffentlicher Sektor	50
6	Fazit	52

1 Einleitung

Neben der fiskalischen Konsolidierung ist die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein zentraler Hebel für eine nachhaltige Überwindung der gegenwärtigen europäischen Schuldenkrise. Auch wenn das Augenmerk der Öffentlichkeit hierbei derzeit vor allem auf den hochverschuldeten Programm- und Peripherieländern des Euroraums liegt, sind alle EU-Mitgliedstaaten angehalten, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Das trifft auch auf die 2004 beziehungsweise 2007 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten (MOE) zu, die sich im wirtschaftlichen Aufholprozess befinden und schrittweise zu

den industrialisierten EU-Mitgliedstaaten aufschließen.¹

In der vorliegenden Analyse wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der MOE untersucht.² Es werden die strukturellen Stärken und Schwächen einzelner MOE sowie der Region dargestellt. Als Quellen wurden unter anderem der jährlich erscheinende

¹ Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

² Kroatien ist wegen unzureichender Datenverfügbarkeit in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt worden. Das Land trat der EU im Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat bei.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Bericht der EU-Kommission „Industrial Performance Scoreboard and Member States‘ Competitiveness Performance and Policies“, das „Innovation Union Scoreboard“ der EU-Kommission, der Weltbank-Bericht „Doing Business“, der Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) „Annual Report on Exchange Arrangements and Restrictions“, die Pisa-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie die Datenquellen der EU-Kommission und von Eurostat verwendet.

Keiner der MOE zählt laut der EU-Kommission im EU-Vergleich hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zur Spitzengruppe der sogenannten consistent performers³. Während sich Estland und Slowenien positiv von den übrigen MOE abheben und zur mittleren Gruppe der „uneven performers“ gezählt werden, sind die übrigen MOE zur Schlussgruppe zusammengefasst. Die vergleichsweise geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit der MOE ist unter anderem auf eine geringe Innovationsfähigkeit zurückzuführen. Ebenso ist das geschäftliche Umfeld für Unternehmen in vielen MOE weniger attraktiv als in anderen EU-Mitgliedstaaten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein anhaltender wirtschaftlicher Aufholprozess in den MOE die Wettbewerbsfähigkeitslücke zu den stärker industrialisierten Mitgliedstaaten weiter schließen wird.

Die MOE können in drei Gruppen unterteilt werden – erstens die kleinen und offenen baltischen Mitgliedstaaten (Estland, Lettland und Litauen), zweitens die größeren mitteleuropäischen Mitgliedstaaten (Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien

und Ungarn) und drittens die noch vergleichsweise einkommensschwachen Mitgliedstaaten in Südosteuropa (Bulgarien und Rumänien) – über deren internationale Wettbewerbsfähigkeit im Folgenden ein Überblick gegeben wird.

Slowenien (seit 2007), die Slowakei (seit 2009) und Estland (seit 2011) sind Euroraum-Mitglieder. Lettland wird im Januar 2014 dem Euro beitreten. Der litauische Litas ist im Rahmen des Wechselkursmechanismus II fest an den Euro gebunden (currency peg).

Baltische Mitgliedstaaten

Estland: Zusammen mit Slowenien einer der beiden MOE mit der relativ höchsten internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Estland ist eine schnell aufholende Volkswirtschaft mit einer hohen und weiterhin wachsenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Ein attraktives Geschäftsumfeld für Unternehmen, eine ausgebauten physische Infrastruktur sowie ein effektiver öffentlicher Sektor tragen zu dieser Entwicklung bei.

Lettland: Konnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 verbessern. Vor allem die preisliche Wettbewerbsfähigkeit stieg an. So sanken die nominalen Lohnstückkosten seit 2009 um etwa 30 %. Lettland verfügt jedoch über eine noch relativ geringe Innovationsfähigkeit. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind verglichen mit anderen MOE niedrig.

Litauen: Verfügt, ähnlich seinen beiden baltischen Nachbarländern, über ein attraktives Geschäftsumfeld für Unternehmen, einen vergleichsweise starken Exportsektor und eine ausgebauten physische Infrastruktur. Die nominalen Lohnstückkosten stiegen vor der Krise 2008/2009 an und waren seitdem rückläufig. Litauen hat im MOE-Vergleich Schwächen in der Innovationsfähigkeit.

³ Laut der EU-Kommission zählten 2012 zu den „consistent performers“ unter anderem Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Österreich und Schweden.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Mitteleuropäische Mitgliedstaaten

Polen: Der nach Einwohnern und Wirtschaftsleistung größte MOE verfügt über eine dem Durchschnitt der MOE entsprechende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Solide Wachstumsraten der Exporte seit 2010 stehen verschiedenen Herausforderungen gegenüber, wie z. B. einer weiteren Verbesserung des geschäftlichen Umfelds für Unternehmen.

Slowakei: Auch die Slowakei steht einer Reihe von Herausforderungen gegenüber, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit das langfristige Wachstumspotenzial zu erhöhen. Hierzu zählen unter anderem eine Verbesserung der Innovationsfähigkeit und des Geschäftsumfelds für Unternehmen sowie Reformen im öffentlichen Sektor.

Slowenien: Zählt zusammen mit Estland zu den MOE mit einer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Stärken Sloweniens liegen unter anderem in einem im MOE-Vergleich attraktiven Geschäftsumfeld für Unternehmen sowie einer hohen Innovationsfähigkeit.

Tschechien: Verfügt über einen vergleichsweise starken Exportsektor. Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist positiv. Die Innovationsfähigkeit Tschechiens und die Qualität der physischen Infrastruktur sind im MOE-Vergleich überdurchschnittlich. Die Kooperation zwischen der Forschung und der privaten Wirtschaft kann weiter intensiviert werden.

Ungarn: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Ungarns entspricht etwa dem Durchschnitt der MOE. Die Qualität der physischen Infrastruktur liegt oberhalb des MOE-Durchschnitts, der öffentliche Sektor weist Reformbedarf auf.

Südosteuropäische Mitgliedstaaten

Bulgarien: Verfügt über das niedrigste BIP pro Kopf in der EU. Bulgarien holt im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

von einem sehr niedrigen Niveau auf. Es weist Reformbedarf bei Bildung, Forschung, Innovationsinfrastruktur und im öffentlichen Sektor auf.

Rumänien: Verfügt über eine im MOE-Vergleich niedrige, aber sich allmählich verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind relativ gering. In den vergangenen Jahren angestiegene nominale Lohnstückkosten weisen zudem auf eine sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit Rumäniens hin. Es besteht Reformbedarf im öffentlichen Sektor.

In den folgenden Abschnitten werden die Struktur und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der MOE-Region detailliert untersucht. Zunächst wird die wirtschaftliche Struktur der MOE dargestellt und die Entstehung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen aufgeschlüsselt. Darauf aufbauend wird in den weiteren Abschnitten die Lage der MOE in den Bereichen Exportsektor, Bildung, Forschung und Innovation sowie Geschäftsumfeld für Unternehmen, Infrastruktur und öffentlicher Sektor erläutert.

2 Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur der MOE weist mit einem relativ großen industriellen Sektor und einem vergleichsweise kleinen Dienstleistungssektor ein typisches Muster aufholender Volkswirtschaften auf. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der MOE wird daher stark durch den industriellen Sektor stützende Faktoren bestimmt, wie z. B. die Entwicklung der Lohnstückkosten, die Innovationsfähigkeit oder die physische Infrastruktur.

Die MOE weisen eine im Vergleich zum EU-Durchschnitt hohe Bedeutung der Industrie auf. Abbildung 1 veranschaulicht die Bruttowertschöpfung (BWS) der zehn MOE in Prozent nach Wirtschaftszweigen.

Analysen und Berichte

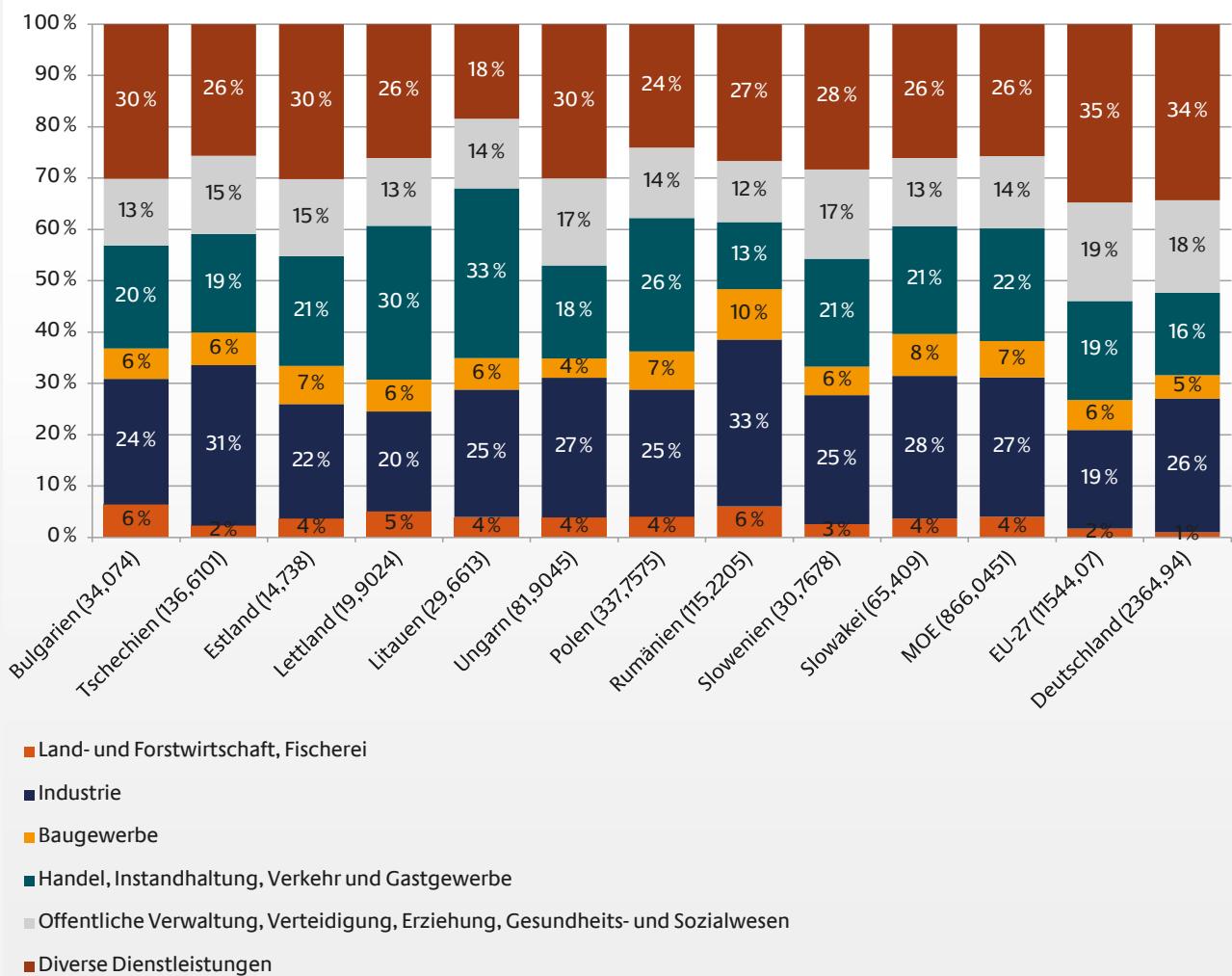
WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Während der Anteil der Industrie an der BWS in der EU-27 im Jahr 2012 durchschnittlich 19 % betrug, lagen die Anteile in den MOE durchschnittlich bei 27 %. Vor allem in vielen mitteleuropäischen Mitgliedstaaten, wie z. B. in der Slowakei und Tschechien, trägt die Industrie einen großen Anteil zur BWS bei.

Die hohe Bedeutung der Industrie in den MOE spiegelt sich in einer geringen Bedeutung des Dienstleistungssektors wider. So trägt

der Dienstleistungssektor im Durchschnitt der EU-27 etwa 73 % zur BWS bei, während der Anteil der Dienste bei der BWS der MOE bei nur 60 % liegt. Dieser niedrigere Anteil geht unter anderem auf eine geringe Bedeutung wissenschaftlicher, technischer und freiberuflicher Dienstleistungen zurück. Insofern diese wissens- und kapitalintensiven Dienste wichtig sind, um die nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, besteht zum Teil erhebliches Entwicklungspotenzial.

Abbildung 1: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen 2012



Zahlen in Klammern: jeweilige Bruttowertschöpfung insgesamt in Mrd. €.

Quelle: Eurostat.

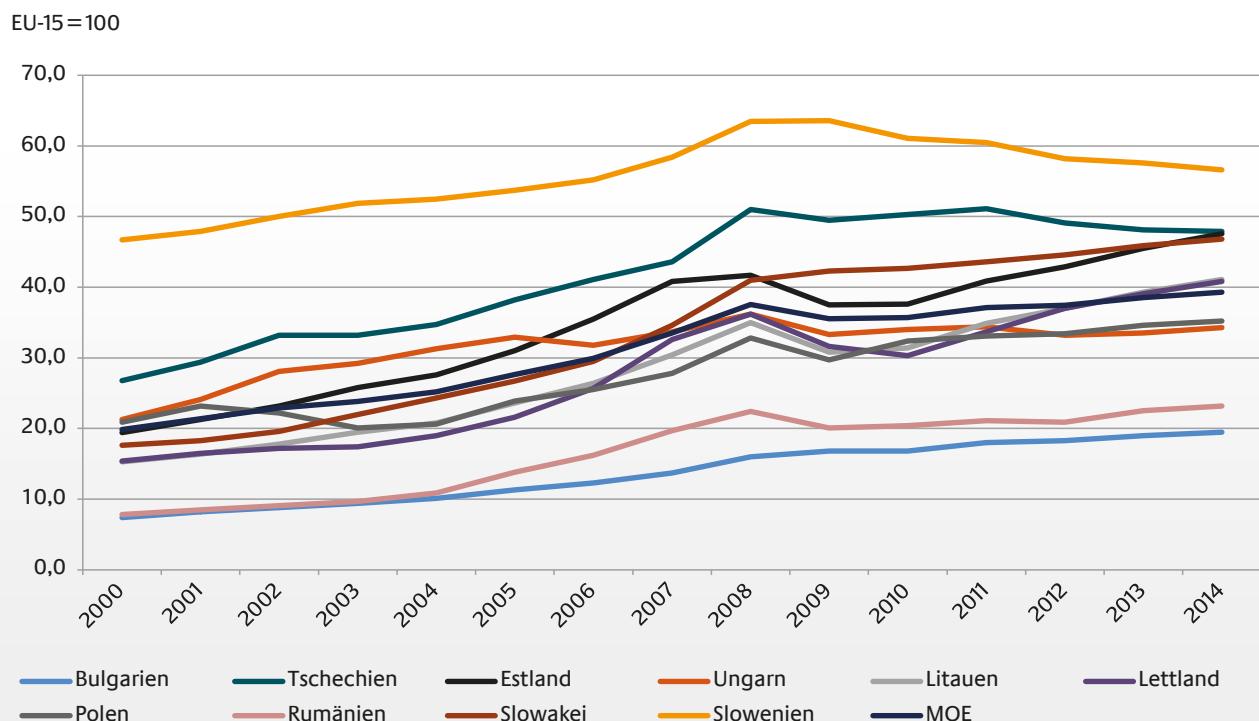
Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Die MOE weisen weiterhin einen vergleichsweise großen Agrarsektor und einen relativ kleinen öffentlichen Sektor auf. Beide Eigenheiten sind vor allem in den einkommensschwächeren südosteuropäischen Mitgliedstaaten (Bulgarien und Rumänien) ausgeprägt. In Bulgarien und Rumänien trägt der Agrarsektor jeweils etwa 6 % zur BWS bei und liegt deutlich über dem durchschnittlichen Anteil der MOE von 4 % (EU-Durchschnitt: 2%). Ein großer Agrarsektor birgt die Gefahr, Kapital zu binden, das damit für Investitionen in die internationale Wettbewerbsfähigkeit, z. B. in Forschung und Entwicklung, nicht zur Verfügung steht. Die Produktivität des Agrarsektors ist in den meisten MOE jedoch in den vergangenen Jahren angestiegen. Der Beitrag des öffentlichen Sektors ist in Rumänien mit nur 12 % an der gesamten BWS deutlich kleiner als in der EU-27 mit einem Anteil von 19 %. Der durchschnittliche Anteil in den MOE liegt bei 14 %.

Der andauernde Transformationsprozess der MOE zeigt sich in dem - ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau - stetig zunehmenden Wohlstand, wie Abbildung 2 veranschaulicht. Das BIP pro Kopf aller MOE liegt unterhalb des Durchschnitts der EU-15. Vor allem die beiden südosteuropäischen Mitgliedstaaten verfügten 2012 mit 18,3 % des EU-15-Durchschnitts in Bulgarien und 20,9 % in Rumänien über ein geringeres Einkommensniveau, was sich jedoch gegenüber 2000 in Bulgarien (7,4 %) mehr als verdoppelt und in Rumänien (7,8 %) fast verdreifacht hat. Estland (42,9 %), die Slowakei (44,6 %), Slowenien (58,2 %) und Tschechien (49,1 %) erreichten 2012 die höchsten Wohlstandsniveaus der MOE. Vergleichbare aufholende Volkswirtschaften außerhalb der EU wie die Türkei (28,6 %) erreichten 2012 ähnliche Einkommen pro Kopf wie die MOE.

Abbildung 2: BIP pro Kopf



Quelle: EU-Kommission.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

3 Lage des Exportsektors

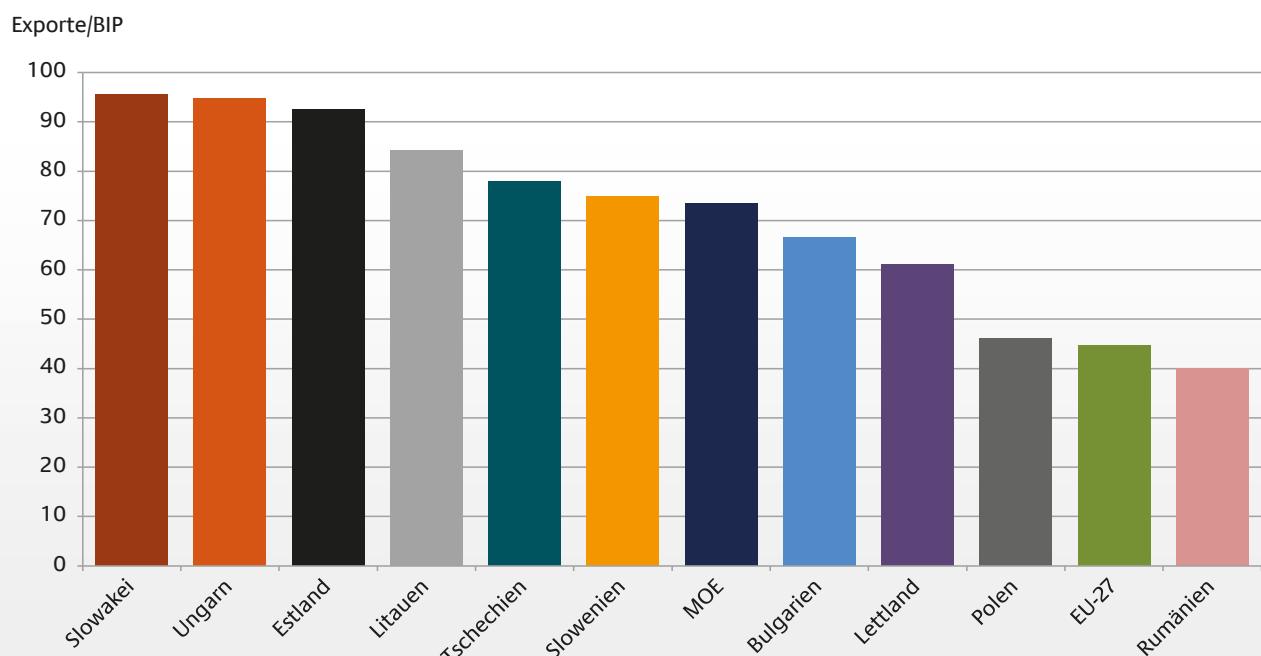
Die MOE profitieren vergleichsweise stark vom Außenhandel. Ein starker Exportsektor ist oft Ausdruck einer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Das trifft auch auf die offenen Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa zu, wie Abbildung 3 veranschaulicht. Wie stark ein Mitgliedstaat vom Export profitiert, kann mit der Exportquote - also dem Volumen der Exporte in Prozent des BIP - gemessen werden. Kleine Volkswirtschaften haben oftmals höhere Exportquoten als große Volkswirtschaften.

Vor allem die kleinen baltischen Mitgliedstaaten (1,3 Millionen Einwohner in Estland, 2,1 Millionen Einwohner in Lettland und 3,3 Millionen Einwohner in Litauen) profitieren vom Export. Estland weist 2012 mit 93 % eine sehr hohe Exportquote auf,

doch auch Litauen und Lettland verzeichnen mit 84 % und 61 % hohe Exportquoten. Die günstige Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten in den vergangenen Jahren und die damit verbundene steigende preisliche Wettbewerbsfähigkeit der baltischen Mitgliedstaaten stützt deren Exportstärke (vergleiche Abbildung 4). Die Lohnstückkosten sind seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 vor allem in Estland und Lettland stark gefallen. In Lettland markierte die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 eine Trendwende für die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nach den stark ansteigenden Lohnstückkosten in den Vorjahren. Litauen verzeichnetet im zurückliegenden Jahrzehnt durchgängig eine moderate Entwicklung der Lohnstückkosten.

Die Entwicklung der Lohnstückkosten in den baltischen Mitgliedstaaten spiegelt sich in einer vor allem in Lettland seit 2010 stark

Abbildung 3: Exportquoten 2012



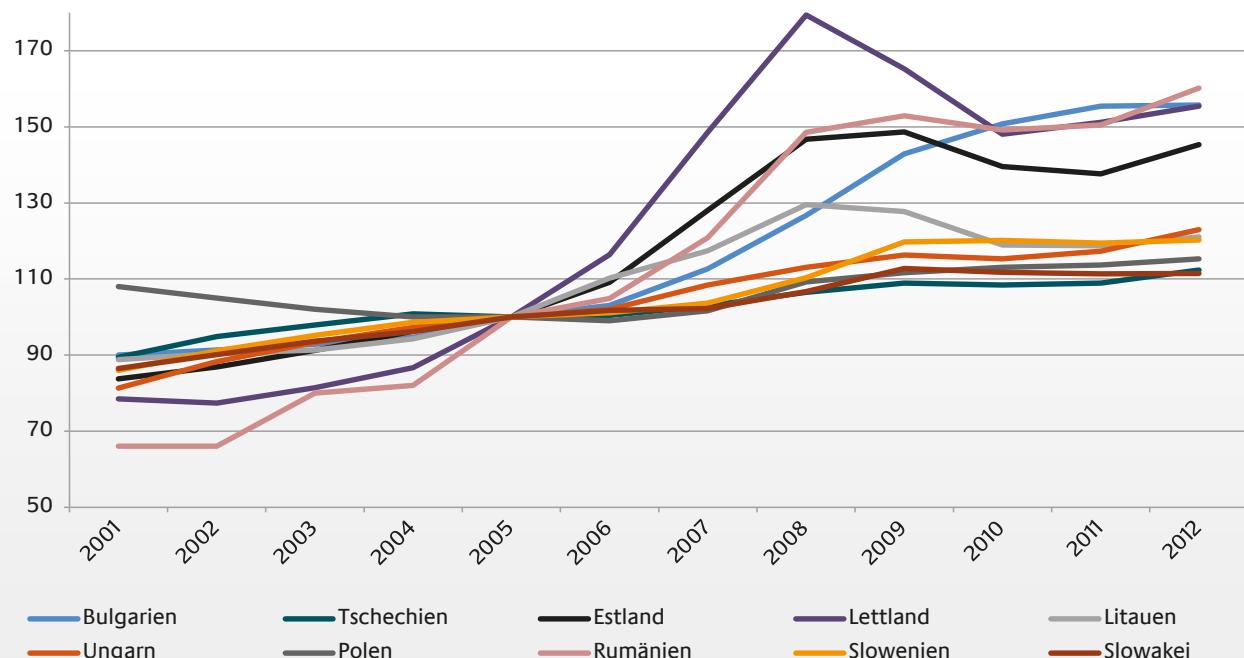
Quelle: Eurostat.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Abbildung 4: Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten

2005=100



Quelle: Eurostat.

angestiegenen Arbeitsproduktivität wider (vergleiche Abbildung 5). Die seit 2010 wieder anziehenden realen Exporte (vergleiche Tabelle 1) sowie nahezu ausgeglichene Leistungsbilanzpositionen der baltischen Mitgliedstaaten (vergleiche Abbildung 6) werden unter anderem ebenfalls von der günstigen Entwicklung der Lohnstückkosten gestützt. Wichtigste EU-Handelspartner der baltischen Mitgliedstaaten sind Schweden, Finnland und Deutschland. Außerhalb der EU ist Russland ihr wichtigster Handelspartner. Die Komposition der Exporte hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend differenziert. Die baltischen Mitgliedstaaten exportieren unter anderem Lebensmittel, Holzzeuge und einfache elektronische Erzeugnisse.

Die mitteleuropäischen Mitgliedstaaten profitieren ebenfalls vom Export. Die moderate Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten der vergangenen Jahre in den meisten mitteleuropäischen Mitgliedstaaten stützt deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Vor

allem in Polen, aber auch in der Slowakei und Tschechien, sind die Lohnstückkosten seit 2000 nur geringfügig angestiegen. Polen (38 Millionen Einwohner) hat, ähnlich wie Deutschland (2012: 52 %), mit 46 % im Jahr 2012 eine hohe Exportquote (zum Vergleich Frankreich 2012: 27 %). Polen ist auf die Produktion von arbeitsintensiven Gütern spezialisiert. Der Wandel des polnischen Exportsektors hin zu einer stärker wissensintensiven Industrie hat begonnen, die technologieintensiven Exporte sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Neben Polen weisen auch die Slowakei, Tschechien und Ungarn hohe Exportquoten auf. Die drei Mitgliedstaaten sind auf technologieintensive Exporte spezialisiert, wie z. B. elektronische Erzeugnisse und Maschinen. Slowenien ist auf die Produktion von arbeitsintensiven Gütern wie z. B. Holzgüter und zunehmend auch technologieintensivere Güter spezialisiert.

In den südosteuropäischen Mitgliedstaaten ist der Exportsektor weniger stark entwickelt.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Abbildung 5: Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde

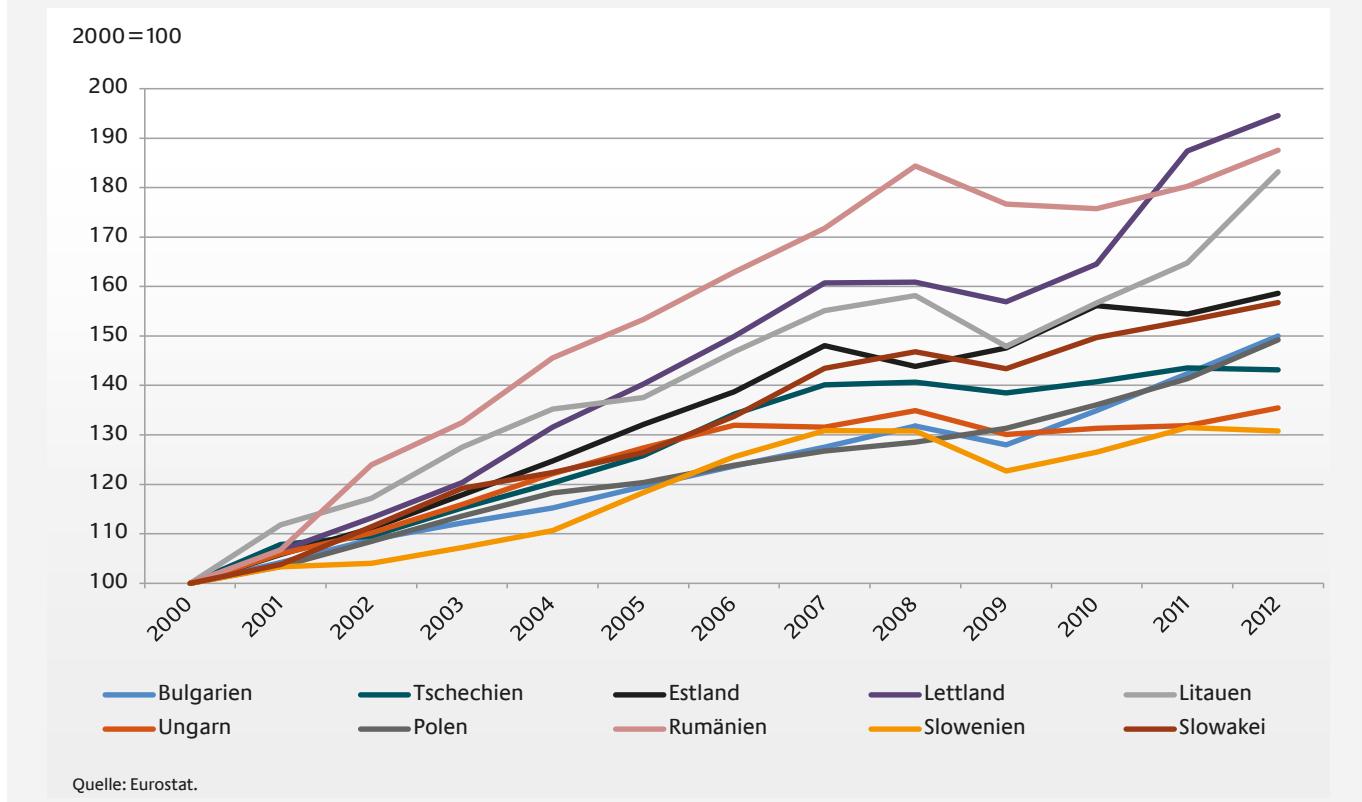


Tabelle 1: Prozentuale jährliche Veränderungsraten der realen Exporte

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Bulgarien	-17,5	50,7	6,1	3,0	-11,2	14,7	12,3	-0,4	2,8	4,5
Tschechien	11,6	13,8	11,2	4,0	-10,9	15,4	9,5	4,0	1,1	5,1
Estland	18,6	6,1	3,7	1,0	-20,6	22,9	23,4	5,6	4,1	6,2
Lettland	20,2	6,5	11,8	2,5	-13,3	12,7	12,4	8,3	4,6	6,2
Litauen	17,0	12,2	3,1	11,4	-12,6	17,4	14,1	11,9	5,4	6,9
Ungarn	11,3	19,1	15,0	5,7	-10,2	14,2	6,3	2,0	3,2	6,2
Polen	8,0	14,6	9,1	7,1	-6,8	12,1	7,7	2,8	2,6	5,5
Rumänien	7,6	10,4	7,8	8,3	-6,4	13,2	10,3	-3,0	2,5	4,0
Slowenien	10,6	12,5	13,7	4,0	-16,7	10,1	7,0	0,3	1,3	3,2
Slowakei	10,0	21,0	14,3	3,1	-16,3	16,0	12,7	8,6	3,0	6,2
MOE	9,7	16,7	9,6	5,0	-12,5	14,9	11,6	4,0	3,1	5,4

Quelle: EU-Kommission.

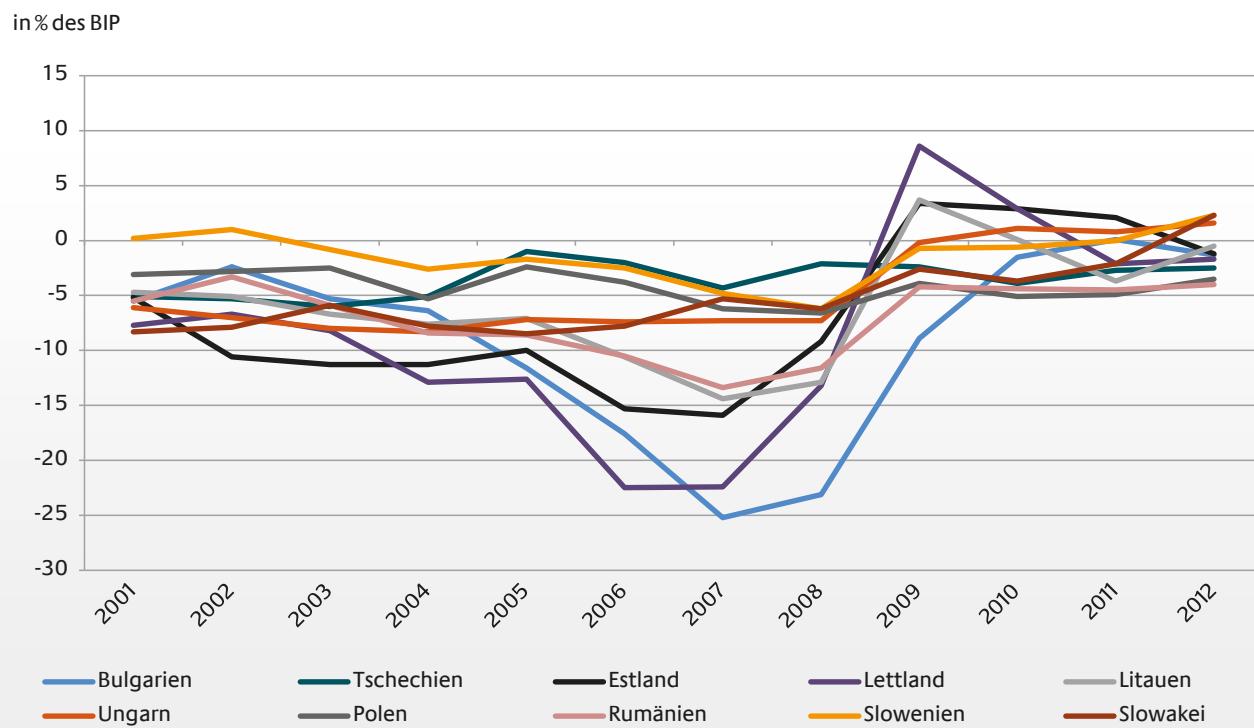
So liegt die rumänische Exportquote mit 40 % deutlich unterhalb des MOE-Durchschnitts von 73 %. Das rumänische Leistungsbilanzdefizit beträgt seit einigen Jahren etwa 4 % des BIP. Rumänien exportiert

vor allem arbeitsintensive Güter wie z. B. Textilien. Die nominalen Lohnstückkosten sind in Rumänien zwischen 2000 und 2012 im Vergleich mit den MOE deutlich gestiegen – mit negativen Rückwirkungen

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Abbildung 6: Leistungsbilanzsalden



Quelle: Eurostat.

auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Arbeitsproduktivität Rumäniens war seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 zunächst leicht rückläufig, steigt jedoch seit 2011 wieder an. Bulgarien exportiert arbeitsintensive Güter und einfache kapitalintensive Güter. Die Lohnstückkosten Bulgariens sind seit 2000 ebenfalls gestiegen.

Die Wechselkursentwicklungen in den MOE haben insgesamt einen beschränkten Einfluss auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Estland, die Slowakei und Slowenien haben den Euro als offizielle Währung eingeführt. Lettland wird den Euro zum Januar 2014 einführen und verfolgt seit Mai 2005 im Rahmen eines sogenannten Currency Board eine Politik fester Wechselkurse gegenüber dem Euro. Der bulgarische Lew und der litauische Litas sind seit Anfang beziehungsweise Mitte der 2000er Jahre ebenfalls fest an den Euro gebunden. Die tschechische Krone, der polnische Sloty, der ungarische Forint und der rumänische

Lei haben flexible Wechselkursregime⁴. Die tschechische Krone, der Sloty, der Forint und der Lei verzeichneten seit 2000 verschiedene Phasen leichterer Abwertungen gegenüber dem Euro – von einer Politik systematischer Abwertungen kann jedoch nicht gesprochen werden (vergleiche Anhang 1).

4 Bildung, Forschung und Innovation

Die Innovationsfähigkeit ist eine wesentliche Determinante der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften. Private und öffentliche Investitionen in Forschung und Bildung stützen die Innovationsfähigkeit. Laut dem Innovation Union Scoreboard-Index der EU-Kommission (IUS) ist die Innovationsfähigkeit der MOE

⁴ IWF: Annual Report on Exchange Arrangements and Restrictions, 2012.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

unterschiedlich stark ausgeprägt. Allen MOE ist jedoch gemeinsam, dass ihr IUS-Wert unterhalb des Durchschnittswertes der EU-27 liegt (vergleiche Abbildung 7).⁵ Die innovativsten Volkswirtschaften der EU, die sogenannten Innovationsführer, sind einige nord- und westeuropäische Mitgliedstaaten.⁶ Estland und Slowenien sind die innovativsten

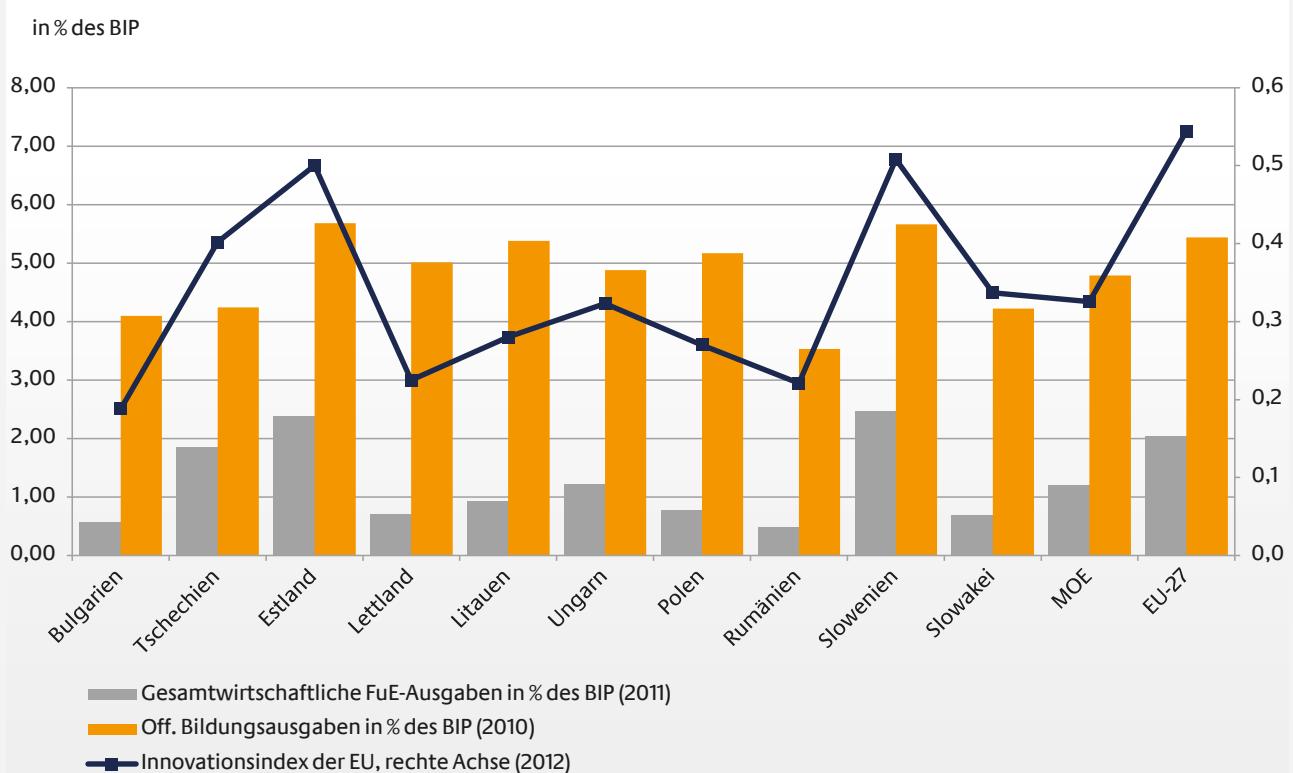
MOE, ihre IUS-Rankingpositionen kommen dem EU-Durchschnitt nahe. Die Slowakei, Tschechien und Ungarn werden von der EU-Kommission als moderate Innovatoren eingestuft. Sie sind charakterisiert durch Schwächen in der Forschungs- und Innovationsinfrastruktur, unter anderem bedingt durch einen geringen Anteil an innovativen mittelständischen Unternehmen.

⁵ Der IUS-Index der EU-Kommission setzt sich aus einer Vielzahl von Indikatoren für folgende Bereiche zusammen: personelle Ressourcen, Offenheit des Forschungssystems, öffentliche Forschungsfinanzierung, private Investitionen, Kooperationen zwischen Forschung und der privaten Wirtschaft, geistige Vermögenswerte (z. B. Patente), dem Bestand an innovativen Unternehmen und wirtschaftliche Effekte der Innovationen.

⁶ Laut dem EU-Innovation Union Scoreboard zählen hierzu Deutschland, Dänemark, Finnland und Schweden.

Seit 2008 ist in den meisten MOE die Innovationsfähigkeit gestiegen (vergleiche Abbildung 8). Das trifft auch auf Bulgarien und Lettland zu, die ein vergleichsweise niedriges Niveau an Innovationsfähigkeit aufweisen. So hat Bulgarien unter anderem durch steigende private Forschungsinvestitionen etwas weiter zu den innovationsstarken MOE aufgeschlossen. Allerdings haben auch die innovationsstarken MOE Estland und Slowenien ihre Innovationsfähigkeit seit 2008 verbessert, vor allem durch den Aufbau geistiger Eigentumswerte, wie z. B. Patente

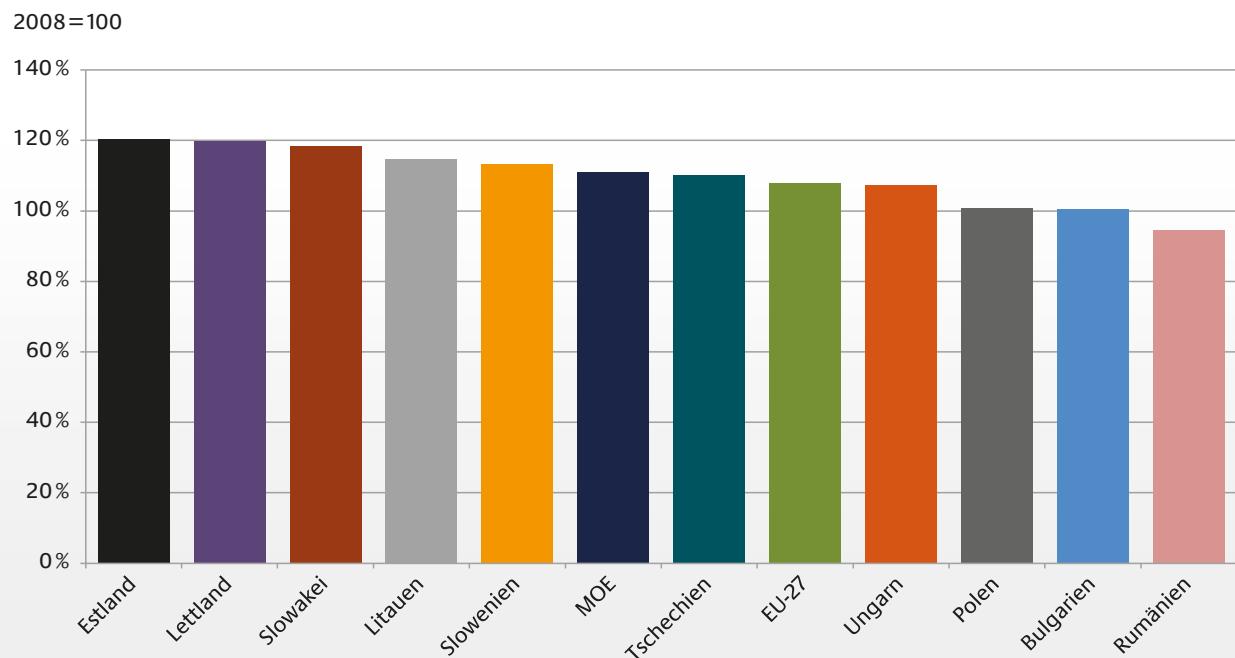
Abbildung 7: Innovationsindex, Bildungs- und Forschungsausgaben



Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Abbildung 8: Veränderung des Innovationsindex der EU von 2008 bis 2012



Quelle: EU-Innovationsindex.

oder Handelsmarken. Die Innovationsfähigkeit Rumäniens ist gegenüber 2008 etwas gesunken.

Bildung und Forschung sind eine wichtige Bestimmungsgröße der Innovationsfähigkeit von Volkswirtschaften. Wie aus Abbildung 7 hervorgeht, sind hohe Werte beim IUS-Index positiv mit Bildungsausgaben und den Ausgaben für Forschung und Entwicklung korreliert. Innovationsfähig sind vor allem diejenigen MOE, die sowohl hohe Bildungsausgaben als auch hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung haben. Das trifft vor allem auf Estland und Slowenien zu. In den MOE mit einem niedrigen IUS-Index, wie in Bulgarien und Rumänien, waren die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Bildung in der Regel niedriger.

Die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme hat einen großen und nachhaltigen Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Laut den Ergebnissen der Pisa-Studie 2009 erreichten die estnischen Schüler die besten Ergebnisse der MOE in den drei getesteten Bereichen Lesekompetenz, Mathematik

und Naturwissenschaften (vergleiche Tabelle 2). Die Ergebnisse Estlands liegen in allen drei Bereichen signifikant über dem OECD-Durchschnitt. Polen und Slowenien erreichten leicht überdurchschnittliche Pisa-Ergebnisse. Die Ergebnisse Tschechiens und Ungarns entsprechen in etwa dem Durchschnitt der OECD. Die Ergebnisse Bulgariens, Lettlands, Litauens, Rumäniens und der Slowakei lagen unterhalb des OECD-Durchschnitts. In den meisten MOE besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben und dem Pisa-Ergebnis, z. B. in Estland und Rumänien. In einigen MOE, wie Lettland und Litauen, liegen die Pisa-Ergebnisse trotz hoher öffentlicher Bildungsausgaben unterhalb des MOE-Durchschnitts. Das kann – im Fall vergleichbarer Ausgangsbedingungen – auf Ineffizienzen im Bildungssystem hinweisen und auf mittlere Sicht mit negativen Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit der betroffenen MOE verbunden sein.

Die Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger ist ein weiteres

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Tabelle 2: MOE-Vergleich Pisa-Ergebnisse 2009

MOE	Lesekompetenz	Mathematik	Naturwissenschaften
Estland	501	512	528
Polen	500	495	508
Ungarn	494	490	503
Lettland	484	482	494
Slowenien	483	501	512
Tschechien	478	493	500
Slowakei	477	497	490
Litauen	468	477	491
Bulgarien	429	428	439
Rumänien	424	427	428

Quelle: OECD 2010, weiß: statistisch signifikant über dem OECD-Durchschnitt, hellgrau: kein statistisch signifikanter Unterschied zum OECD-Durchschnitt, dunkelgrau: statistisch signifikant unter dem OECD-Durchschnitt.

Maß für die Qualität des Bildungssystems. Auch hier besteht ein umgekehrt positiver Zusammenhang mit den Bildungsausgaben. In vielen MOE mit hohen öffentlichen Bildungsausgaben ist die Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger niedrig (vergleiche Tabelle 3). Beispielsweise betrug die Quote in Slowenien 2012 nur 4,4% und in Tschechien 5,5% und liegt damit klar unterhalb der durchschnittlichen Quote der EU-27 von 12,8 %. In einigen MOE mit relativ niedrigen Bildungsausgaben, wie z. B. Bulgarien und Rumänien, sind die Quoten der frühzeitigen Schul- und Bildungsabgänger dagegen signifikant höher. Allerdings weisen andere MOE, wie Estland oder Lettland,

hohe öffentliche Bildungsausgaben auf und haben dennoch viele frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger, was ein Hinweis auf Ineffizienzen im Bildungssystem sein kann. In den baltischen Mitgliedstaaten könnten jedoch auch die besonders stark ausgeprägten Finanz- und Immobilienmarktblasen bis 2008 die hohen Quoten frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger-Quoten befördert haben.⁷

⁷ Überhöhte Wachstumsraten steigern den Anreiz für einen frühen Eintritt ins Erwerbsleben beziehungsweise vermindern den Anreiz für Humankapitalinvestitionen.

Tabelle 3: Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bulgarien	20,4	17,3	14,9	14,8	14,7	13,9	11,8	12,5
Tschechien	6,2	5,1	5,2	5,6	5,4	4,9	4,9	5,5
Estland	13,4	13,5	14,4	14,0	13,9	11,6	10,9	10,5
Lettland	14,4	14,8	15,1	15,5	13,9	13,3	11,6	10,5
Litauen	8,1	8,2	7,4	7,4	8,7	8,1	7,2	6,5
Ungarn	12,5	12,6	11,4	11,7	11,2	10,5	11,2	11,5
Polen	5,3	5,4	5,0	5,0	5,3	5,4	5,6	5,7
Rumänien	19,6	17,9	17,3	15,9	16,6	18,4	17,5	17,4
Slowenien	4,9	5,6	4,1	5,1	5,3	5,0	4,2	4,4
Slowakei	6,3	6,6	6,5	6,0	4,9	4,7	5,0	5,3
EU-27	15,8	15,5	15,0	14,8	14,3	14,0	13,5	12,8

Quelle: Eurostat.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

5 Geschäftsumfeld, Infrastruktur und öffentlicher Sektor

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängt auch von der Attraktivität des geschäftlichen Umfelds für Unternehmen sowie der Qualität der Infrastruktur und des öffentlichen Sektors ab. Das Geschäftsumfeld für Unternehmen in den MOE divergiert, wie der Doing-Business-Index für das Geschäftsumfeld⁸ der Weltbank zeigt (vergleiche Abbildung 9). Die baltischen Mitgliedstaaten weisen laut der Weltbank ein für Unternehmen relativ attraktives geschäftliches Umfeld auf. Das geht z. B. zurück auf geringe administrative Hemmnisse für den Außenhandel, die Möglichkeit, vertragliche Ansprüche mit geringem Verwaltungsaufwand durchsetzen zu können, sowie einen guten Zugang zu Elektrizität (vergleiche Anhang 2 und 3). Eine Übersicht über verschiedene Maße für die internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Anlage 3 bestätigt diesen Befund.

Hinsichtlich des Geschäftsumfelds für Unternehmen besteht in den mitteleuropäischen Mitgliedstaaten Aufholpotenzial. Sie liegen im Weltbank-Index im Mittelfeld oder der Schlussgruppe der EU. Im Fall Polens und Tschechiens gehen die niedrigen Werte unter anderem zurück auf relativ hohe administrative Barrieren für Unternehmensneugründungen. Dem stehen in Polen jedoch ein vergleichsweise einfacher Zugang zu Krediten und ein guter

⁸ Der Weltbank-Index „Doing Business“ setzt sich aus zehn Subindikatoren zusammen: Unternehmensgründung, Regulierung von Bauvorhaben, Zugang zu Elektrizität, Registrierung geschäftlicher Immobilien, Zugang zu Krediten, Investorenschutz, Einfachheit des Steuersystems/ Höhe der Steuersätze, Verwaltungsaufwand für grenzüberschreitenden Handel, Zeitaufwand und Kosten, um einen Vertragsanspruch durchzusetzen, Insolvenzregelungen.

Investorenschutz gegenüber. Tschechien hebt sich von übrigen MOE durch einen vorteilhaften Umgang mit Insolvenzen und eine einfache Registrierung gewerblicher Immobilien ab.

In den südosteuropäischen Mitgliedstaaten besteht im MOE-Vergleich ebenfalls Aufholpotenzial bei der Ausgestaltung eines attraktiven geschäftlichen Umfelds für Unternehmen, u. a. bedingt durch einen relativ schwierigen Zugang zu Elektrizität und hohe administrative Hemmnisse, z. B. bei der Regulierung von Bauvorhaben. Rumänien verfügt jedoch über einen vergleichsweise guten Zugang zu Krediten für Unternehmen. Bulgarien weist einen geringen Verwaltungsaufwand bei Unternehmensgründungen auf.

Die Qualität der physischen Infrastruktur der MOE weist ebenfalls Herausforderungen auf. Der Global Competitiveness Report⁹ des World Economic Forum untersucht u. a. die Qualität der physischen Infrastruktur (vergleiche Abbildung 10). Der vom World Economic Forum zu diesem Zweck gebildete Index basiert auf der Auswertungen diverser Datenquellen und Unternehmensbefragungen. Die Index-Werte der meisten MOE liegen unterhalb des EU-Durchschnitts. Vor allem Bulgarien, Polen und Rumänien fallen deutlich ab. Estland, Litauen, die Slowakei und Tschechien verzeichnen unter den MOE die größte Zufriedenheit mit ihrer physischen Infrastruktur. Seit 2006 hat sich laut der EU-Kommission (Industrial Performance Scoreboard and Member States' Competitiveness Performance and Policies) in einigen MOE die physische Infrastruktur verbessert, so z. B. in Tschechien und Ungarn. Das geht nach Angaben der EU-Kommission vor allem auf durch Strukturfondsmittel der EU

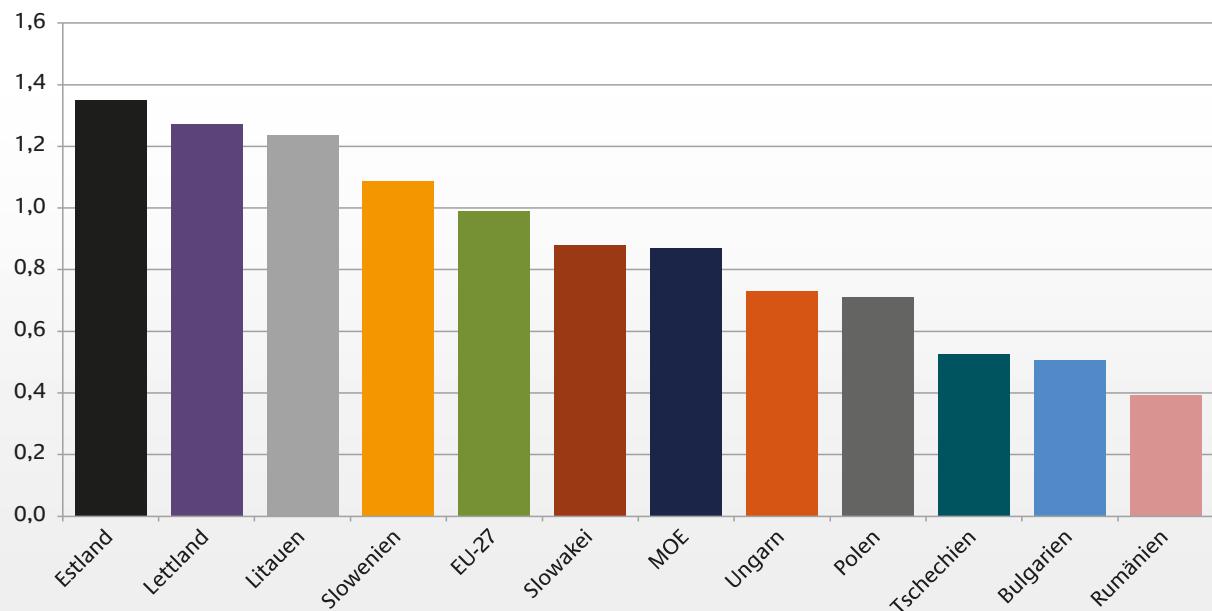
⁹ Der Global Competitiveness Report basiert auf dem Global Competitiveness Index. Es werden 144 Volkswirtschaften analysiert. Die physische Infrastruktur umfasst verschiedene Indikatoren für die Verkehrsinfrastruktur, die Stromversorgung und die Telekommunikationsinfrastruktur.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Abbildung 9: Weltbank-Index für das Geschäftsumfeld

Normalisierte Rankingposition, hoher Wert, bestes Ergebnis



Quelle: Weltbank.

geförderte Infrastruktur-Investitionen zurück. In Polen und Rumänien ist die physische Infrastruktur weniger entwickelt. Beide Mitgliedstaaten mussten z. B. Verzögerungen bei der Fertigstellung von Bauprojekten hinnehmen.

Auch die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Sektors beeinflusst die Produktivität von Unternehmen und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit, z. B. über bei den Unternehmen anfallende Kosten und durch mögliche Unwägbarkeiten im Umgang mit Institutionen des öffentlichen Sektors. Die EU-Kommission sieht diesbezüglich insbesondere in Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakei und Ungarn Reformbedarf im öffentlichen Sektor.

Vor dem Hintergrund der Reformanstrengungen im Euroraum wurden auch in vielen MOE bereits Maßnahmen ergriffen, um die öffentliche Verwaltung zu

modernisieren. Die Maßnahmen differieren nach Umfang und Effektivität. Während einige Mitgliedstaaten das Augenmerk auf die Verschlankung der öffentlichen Verwaltung legen, konzentrieren sich andere auf die Modernisierung bestehender Strukturen oder auf die Korruptionsbekämpfung.

Die Weltbank stuft die MOE im Government Effectiveness Indicator¹⁰ hinsichtlich der Effektivität des öffentlichen Sektors ein (vergleiche Abbildung 11). Mit Ausnahme von Estland erreichen alle MOE Werte unterhalb des EU-Durchschnitts.

¹⁰ Der Government Effectiveness Indicator der Weltbank umfasst die Qualität öffentlicher Dienstleistungen, die Qualität der Behörden und den Grad ihrer Unabhängigkeit von politischem Druck, dazu die Qualität der politischen Meinungsfindung und deren Umsetzung sowie die Glaubwürdigkeit, mit der die Regierung dies vertritt.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

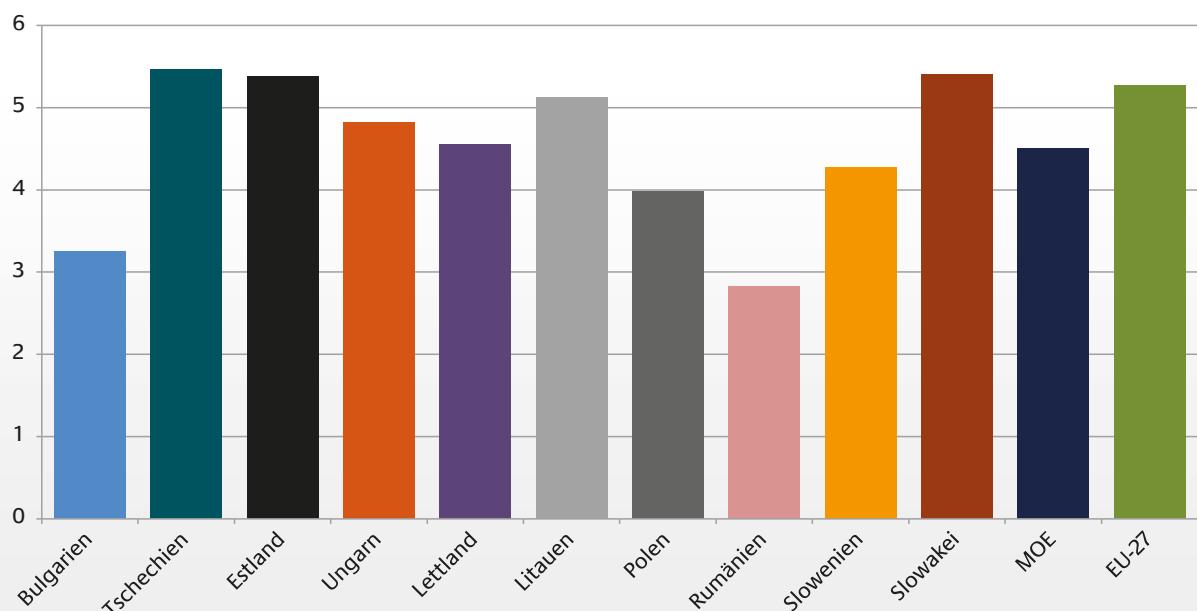
6 Fazit

Die vorliegende Analyse untersucht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der MOE. Zu diesem Zweck stellt sie die strukturellen Stärken und Schwächen einzelner MOE sowie der Region dar. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der untersuchten MOE hat sich seit der EU-Osterweiterung 2004/2007 verbessert und dem EU-Durchschnitt weiter angenähert. Allerdings zählt im EU-Vergleich keiner der MOE zur Spitzengruppe, was

die internationale Wettbewerbsfähigkeit betrifft. Die vergleichsweise geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit der MOE ist unter anderem auf eine geringere Innovationstätigkeit zurückzuführen. Ebenso besteht in vielen MOE Aufholpotenzial bei der Ausgestaltung des geschäftlichen Umfelds für Unternehmen. Es ist davon auszugehen, dass ein anhaltender wirtschaftlicher Aufholprozess in den MOE die Wettbewerbsfähigkeitslücke zu den stärker industrialisierten Mitgliedstaaten weiter schließen wird.

Abbildung 10: Index für die Zufriedenheit mit der physischen Infrastruktur

Qualität der Infrastruktur, hoher Wert, bestes Ergebnis

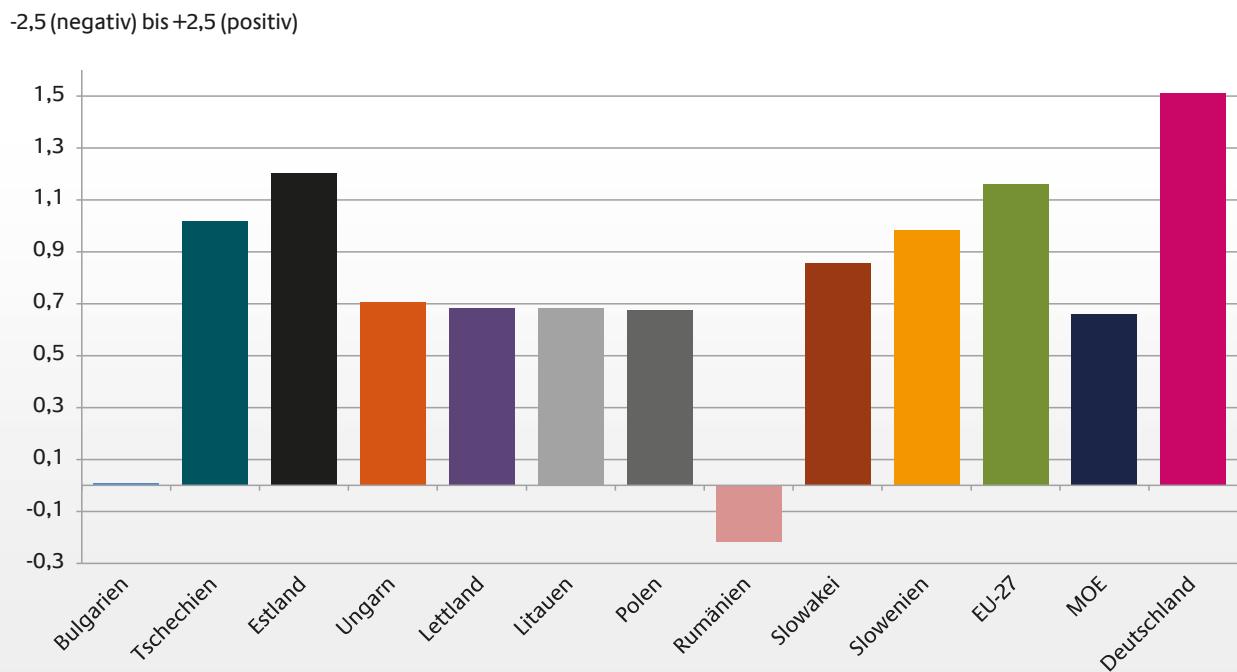


Quelle: World Economic Forum.

Analysen und Berichte

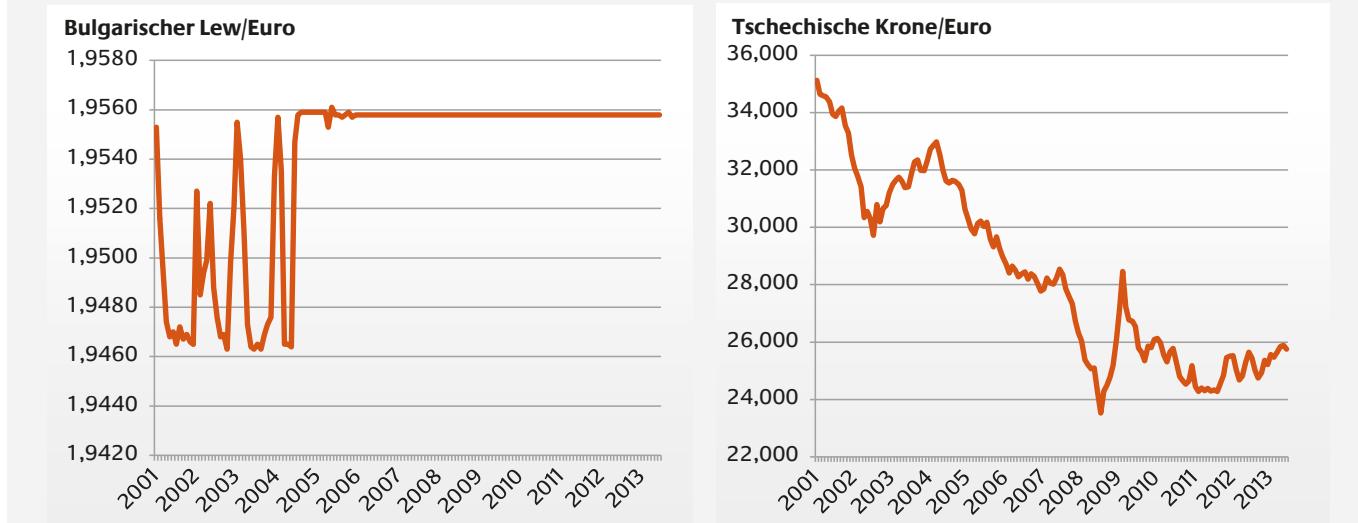
WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Abbildung 11: Government-Effectiveness-Indikator



Anhang

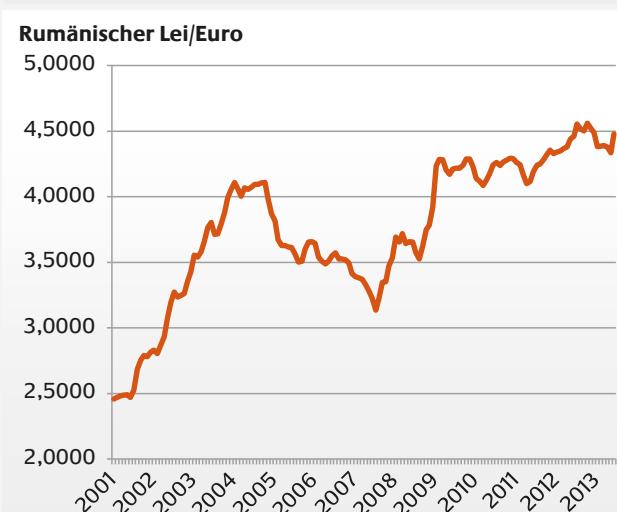
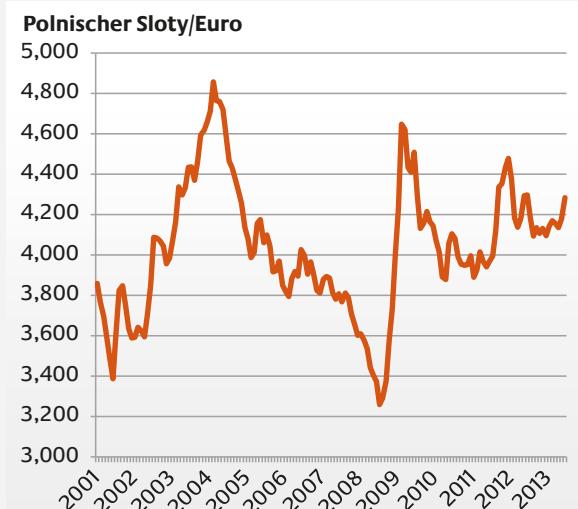
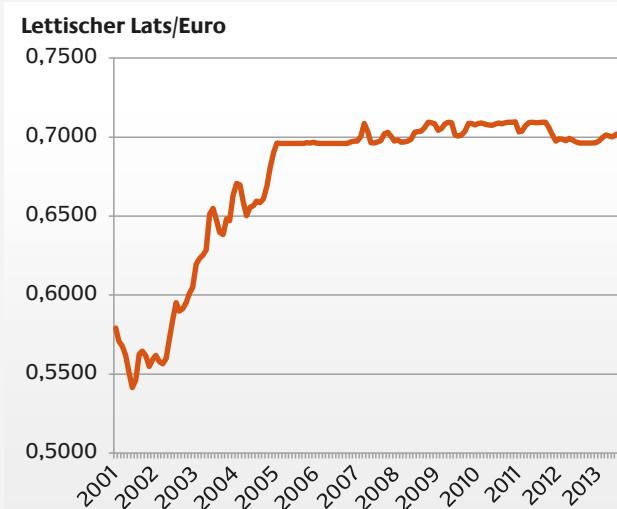
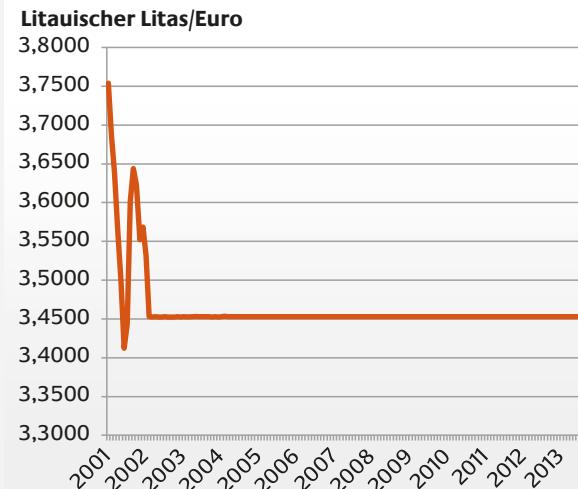
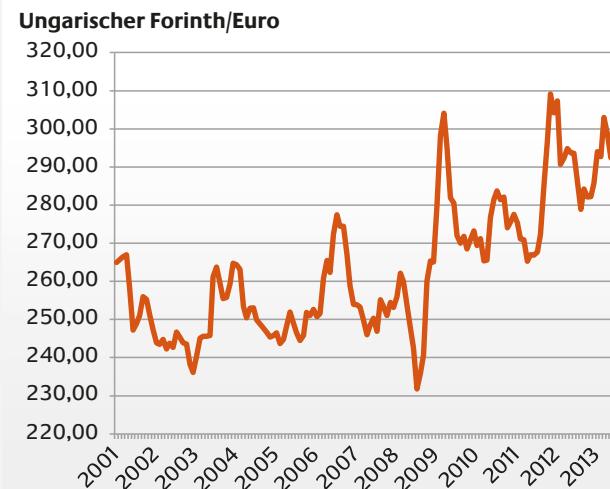
Anhang 1: Nominale Wechselkurse der MOE-Währungen gegenüber dem Euro



 Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

noch Anhang 1: Nominale Wechselkurse der MOE-Währungen gegenüber dem Euro

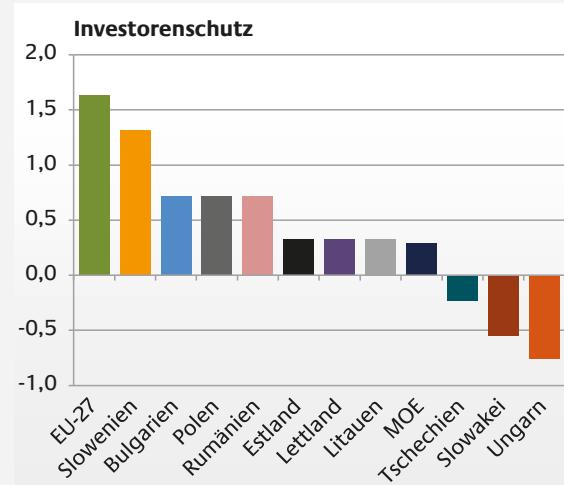
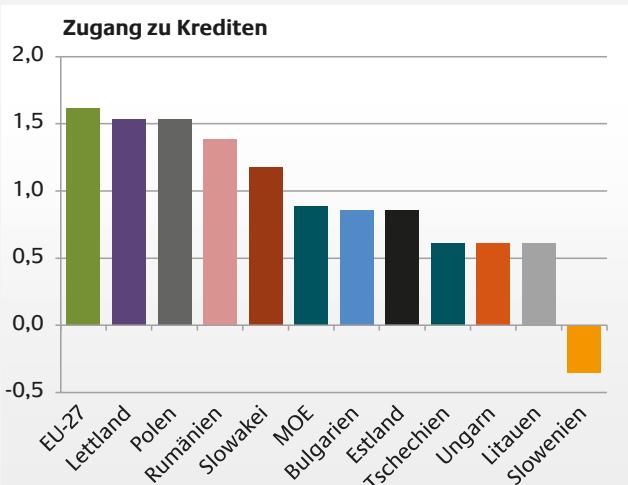
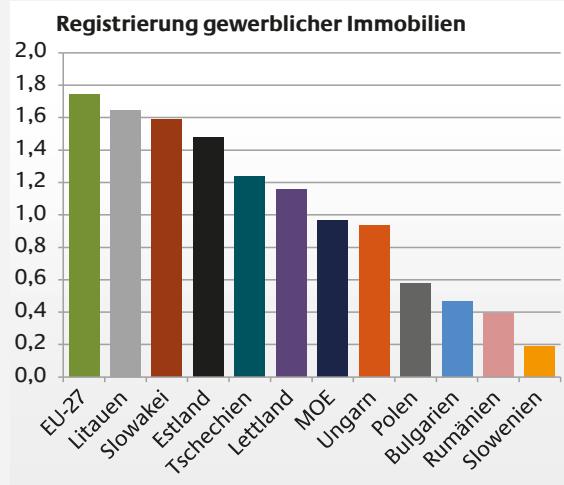
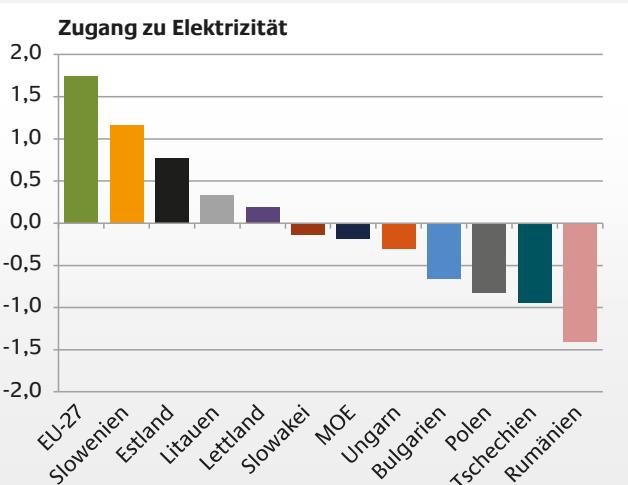
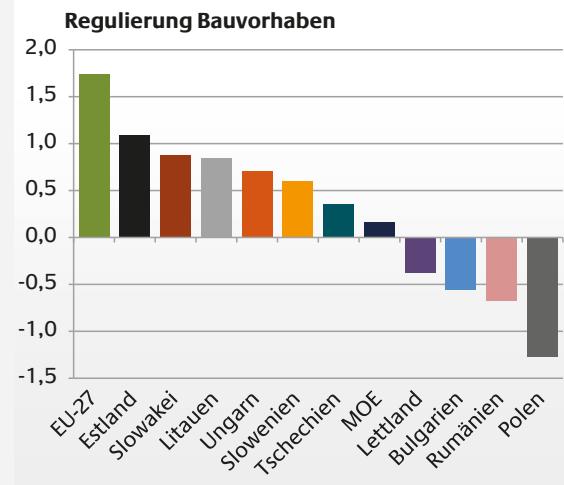
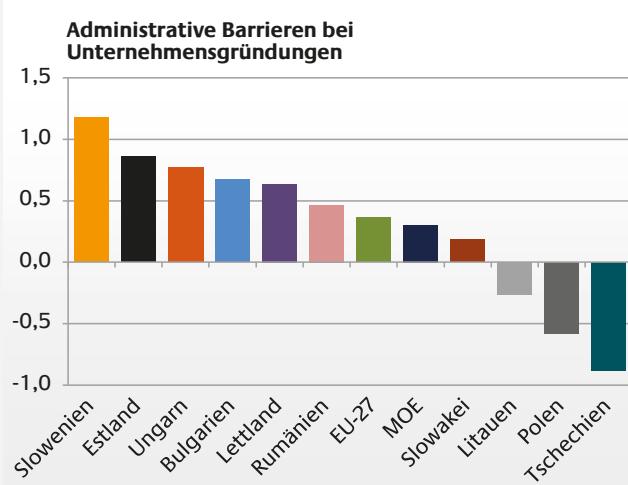


Quelle: Eurostat.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Anhang 2: Subindikatoren für den Weltbank-Index "Doing-Business" Normalisierte Rankingpositionen, hoher Wert, bestes Ergebnis

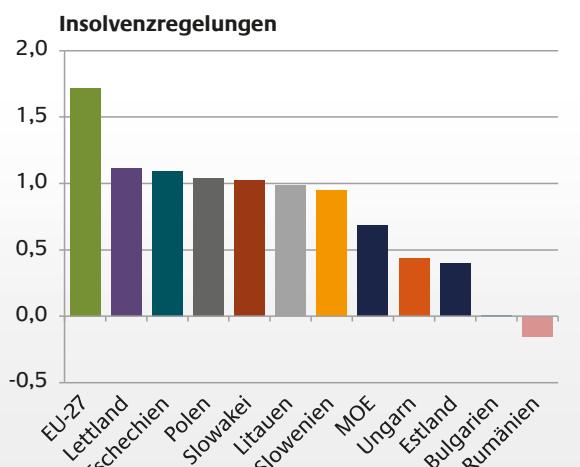
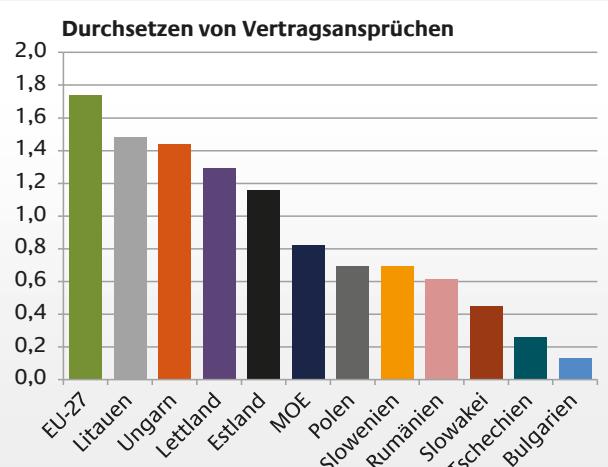
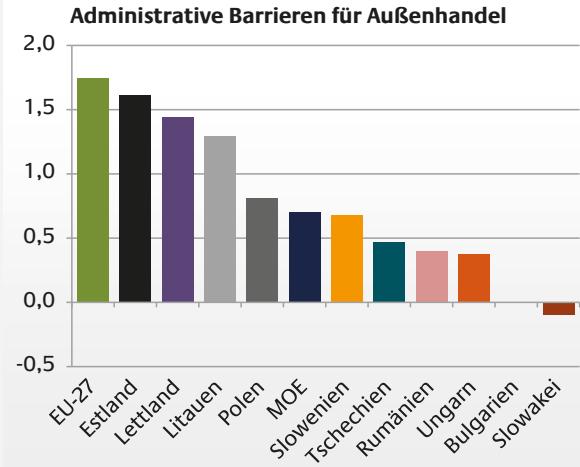
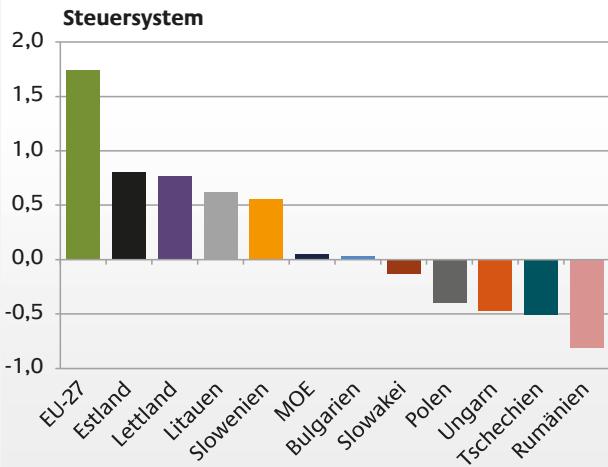


Quelle: Weltbank.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

noch Anhang 2: Subindikatoren für den Weltbank-Index "Doing-Business" Normalisierte Rankingpositionen, hoher Wert, bestes Ergebnis



Quelle: Weltbank.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSANALYSE DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Anhang 3: Übersicht verschiedener Maße für die internationale Wettbewerbsfähigkeit

	Estland	Lettland	Litauen	Tschechien	Ungarn	Polen	Slowakei	Slowenien	Bulgarien	Rumänien
Arbeitsproduktivität (Euro/Arbeitsstunde)	o	-	o	+	o	o	+	+	-	-
Gesamtwirtschaftliche FuE-Ausgaben	+	o	o	+	o	o	-	+	-	-
Öffentliche Bildungsausgaben	+	+	o	o	o	o	-	+	-	-
PISA-Ergebnisse	+	o	-	o	o	+	o	+	-	-
Innovationstätigkeit	+	-	o	+	o	o	o	+	-	-
Physische Infrastruktur	+	o	o	+	o	-	+	o	-	-
Öffentlicher Sektor	+	o	o	+	o	-	o	+	-	-
Geschäftsumfeld	+	+	+	-	o	o	o	o	-	-
Admin. Barrieren bei Unternehmensgründungen	+	o	-	-	+	-	o	+	o	o
Regulierung Bauvorhaben	+	o	+	o	o	-	+	o	-	-
Zugang zu Elektrizität	+	o	+	-	o	-	o	+	o	-
Registrierung geschäftlicher Immobilien	+	o	+	o	o	o	+	-	-	-
Zugang zu Krediten	o	+	-	o	-	+	o	-	o	+
Investorenschutz	o	o	o	-	-	+	-	+	+	o
Steuersystem	+	+	+	-	-	o	o	o	o	-
Admin. Barrieren für Außenhandel	+	+	+	o	-	o	-	o	-	o
Durchsetzen von Vertragsansprüchen	o	+	+	-	+	o	-	o	-	o
Insolvenzregelungen	-	+	o	+	o	+	o	o	-	-

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten von Weltbank, Eurostat, EU-Kommission und OECD. Plus: drei Mitgliedstaaten mit dem bestem Ergebnis der MOE, Minus: drei Mitgliedstaaten mit dem niedrigstem Ergebnis der MOE. Kreis: übrige MOE. Verschiedene Jahre.

Analysen und Berichte

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am 1. August 2013 seine diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Der IWF stellt Deutschlands Wirtschafts- und Finanzpolitik erneut ein gutes Zeugnis aus. Die Fiskalpolitik wird als angemessen bezeichnet.
- Deutschland fungiert dem IWF zufolge in Europa als Stabilitätsanker und erzeugt aufgrund enger Handelsverflechtungen positive Übertragungseffekte, die für ganz Europa stabilisierend wirken.

Zu den wesentlichen Aufgaben des IWF gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der IWF führt mit allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen durch. Die Grundsätze für diese Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF festgelegt. Üblicherweise besucht zunächst ein Team von IWF-Mitarbeitern das jeweilige Land, um sich über die Wirtschafts- und Finanzlage zu informieren und mit der Regierung die wirtschafts- und finanzpolitische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, den die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer beim IWF, die Exekutivdirektoren, erörtern. Der IWF veröffentlicht danach eine Presseerklärung, die die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen zusammenfasst. Das IWF-Exekutivdirektorium hat die diesjährigen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland am 1. August 2013 abgeschlossen.

Darin stellt der IWF Deutschlands Wirtschafts- und Finanzpolitik erneut ein gutes Zeugnis aus. Die Fiskalpolitik wird als angemessen bezeichnet und weist bei Einhaltung der nationalen und europäischen Fiskalregeln eine leicht expansive Ausrichtung auf.

Der IWF betrachtet Deutschland als Stabilitätsanker in Europa: Aufgrund der engen Handelsverflechtungen habe die positive Entwicklung in Deutschland eine stabilisierende Funktion für ganz Europa. Zur Stärkung des deutschen Wachstumspotentials begrüßt der IWF Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsquote durch bessere Kinderbetreuung, Aus- und Fortbildung sowie durch Erleichterung der Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Handlungsbedarf sieht der IWF unter anderem bei der Steigerung der Produktivität im Dienstleistungssektor.

Die ausgewogene Analyse des IWF im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Leistungsbilanz ist zu begrüßen und deutet darauf hin, dass der Prozess des „Rebalancing“ auf gutem Weg ist. Der IWF weist darauf hin, dass der Leistungsbilanzüberschuss gegenüber dem Euroraum seit 2007 rückläufig ist.

Das Wirtschaftswachstum Deutschlands habe sich im Jahr 2013 abgeschwächt. Der IWF verweist in diesem Zusammenhang auf die Verunsicherung der Marktteilnehmer im Euroraum und leitet daraus eine deutliche Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft in der deutschen Wirtschaft ab. Für 2014

Analysen und Berichte

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

erwartet der IWF eine Erholung des Wirtschaftswachstums. Auch auf dem Weg zu einer nachhaltigen und robusteren Währungsunion seien bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden. Diese Fortschritte würden auch auf kürzere Sicht die Unsicherheit

verringern und einen damit verbundenen Investitionsstau in Deutschland abbauen. Positiv zu werten seien auch weitreichende Reformen und Maßnahmen, die von anderen Mitgliedsländern des Euroraums und auf regionaler Ebene umgesetzt worden waren.

IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2013 mit Deutschland ab

Am 1. August 2013 schloss das Exekutivdirektorium des IWF die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

Nachdem Deutschland 2010 bis 2011 einen Konjunkturaufschwung verzeichnen konnte, hat sich die Dynamik im Laufe des Jahres 2012 abgeschwächt. Während die Ausfuhren an Handelspartner außerhalb Europas aufgrund der besseren Wirtschaftsaussichten in den USA und Schwellenländern seit Mitte 2012 wieder zugelegt haben, sind die Ausfuhren in den restlichen Euroraum aufgrund der anhaltenden Rezession in der Region weiterhin rückläufig. Der Konsum in Deutschland ist robust gewachsen – dank einer Arbeitslosenquote, die nahe an den Tiefständen nach der deutschen Einheit blieb, und einem Lohnanstieg, der weit über der Inflation lag. Die Unternehmensinvestitionen zeichneten jedoch weiterhin den Rückgang der Exporte im Euroraum nach und sind im letzten Quartal 2012 geschrumpft, bevor sie sich im 1. Quartal dieses Jahres wieder stabilisieren konnten.

Die Aussichten für das verbleibende Jahr 2013 und das nächste Jahr hängen in hohem Maße von einer allmäßlichen Erholung im übrigen Euroraum und einem nachhaltigen Abbau der Unsicherheiten ab. Die günstigen Arbeitsmarktbedingungen und Tarifabschlüsse lassen auch für dieses Jahr ein robustes Konsumwachstum erwarten. Die Ausfuhren in den Euroraum dürften sich hingegen nur langsam erholen. Es ist davon auszugehen, dass die Verunsicherung die Investitionstätigkeit bis Jahresende weiterhin beeinträchtigen wird, bevor sie dann nachlassen wird. Die Wachstumsprognose für das gesamte Jahr 2013 liegt somit bei circa 0,3 %, zumal auch in der zweiten Jahreshälfte die Entwicklung unter dem Potenzialwachstum bleiben wird. Das Potenzialwachstum wird voraussichtlich erst wieder 2014 erreicht.

Dieses Basisszenario ist diversen miteinander verbundenen und sich gegenseitig verstärkenden Abwärtsrisiken ausgesetzt. Mit seiner ausgeprägten Handelsverflechtung ist Deutschland für einen Rückgang der Außennachfrage und/oder Finanzmarktturbulenzen äußerst anfällig. Auf regionaler Ebene könnten Schocks im Euroraum über die Handels- und Finanzkanäle übertragen werden. Gleichzeitig könnte sich das Wechselspiel aus Konjunkturabschwächung und wiederaufkeimenden Finanzmarktturbulenzen im Euroraum aufgrund der ohnehin angeschlagenen Bilanzen in diversen Ländern verstärken und durch abnehmendes Vertrauen beziehungsweise wachsende Unsicherheit noch weiter verschärfen. Im Gegenzug würden sich deutlich schwächere Wirtschaftsaussichten für Deutschland, vor allem über den Handelskanal, auf die regionalen sowie globalen Wachstumsprognosen niederschlagen. Die politische Unsicherheit hinsichtlich des Zeitplans und der Schlüsselemente für die Reform der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die ungewissen Aussichten auf eine Konjunkturerholung im Euroraum sowie der noch immer ungeklärte Regulierungs- und Aufsichtsrahmen für das Finanzsystem sind weitere Faktoren, die die Wirkung der obengenannten miteinander verbundenen Schocks gegebenenfalls verstärken könnten. Hinsichtlich der eher mittelfristigen Risiken könnte eine anhaltende Periode mit geringem Wachstum zu einer Senkung des Potenzialwachstums und langanhaltenden Auswirkungen auf den

Analysen und Berichte

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Arbeitsmarkt führen. Risiken für die Stabilität des inländischen Finanzsystems könnten z. B. aufgrund eines Vertrauensverlusts der Sparer und Gläubiger gegenüber systemrelevanten Instituten zutage treten, was durch eine erhöhte Risikoaversion die Wirtschaftsleistung unverhältnismäßig dämpfen und weitreichende Ansteckungseffekte auslösen könnte.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren würdigten die umsichtige Wirtschaftspolitik Deutschlands und lobten die anhaltend starken Fundamentaldaten, gesunden Unternehmensbilanzen und das solide Finanzsystem. Die Direktoren stellten fest, dass diese positiven Entwicklungen als wichtiger Stabilitätsanker in der Region wirken. Die Unsicherheit hinsichtlich der Maßnahmen und Aussichten für den Euroraum belasten indessen die Unternehmensinvestitionen und Ausfuhren in die Region. Die Direktoren hoben hervor, dass der Abbau dieser Unsicherheiten und damit die Wiederherstellung des Vertrauens sowie die Bewältigung der Abwärtsrisiken auf kurze Sicht Priorität haben sollten. Sie betonten ferner, dass angesichts der Größe der deutschen Wirtschaft und ihrer großen externen Ungleichgewichte ein stärkeres und ausgewogeneres Wachstum in Deutschland für eine anhaltende wirtschaftliche Erholung im Euroraum und Wiederherstellung des globalen Gleichgewichts ganz entscheidend ist.

Die Direktoren lobten die Regierung für die Einhaltung der nationalen und supranationalen Haushaltzziele. Sie begrüßten die maßvolle Lockerung der Fiskalpolitik als Beitrag zur Ankurbelung der Binnennachfrage. Während die meisten Direktoren den derzeitigen Kurs für dieses Jahr befürworteten, sahen einige angesichts der beträchtlichen Risiken Spielraum für stärkere Impulse. Mit Blick nach vorne begrüßten die Direktoren das Bestreben der Regierung, bei der Haushaltkskonsolidierung nicht über das Ziel zu schießen, und regten eine Kursanpassung an, sollte das Wachstum hinter den Erwartungen zurückbleiben. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bleibt angesichts des demografischen Wandels ein langfristiges Ziel.

Die Direktoren begrüßten die verbesserte Solidität des Bankensystems, die Einführung eines makroprudanziellen Rahmens und die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen aus dem aktualisierten Financial Sector Assessment Program. Sie ermutigten die Behörden, auf diesen Fortschritten aufzubauen und Schwachstellen im Auge zu behalten, u. a. im Zusammenhang mit dem noch immer ungeklärten Regulierungsrahmen sowie der Abhängigkeit einiger Großbanken von der Refinanzierung am Kapitalmarkt. Hauptprioritäten sind erstens die weitere Verbesserung von Kapitalpuffern sowie der Rentabilität und der Effizienz des Finanzsystems und zweitens die Anpassung der Geschäftsmodelle mit Blick auf die neuen internationalen und europäischenaufsichtsrechtlichen Anforderungen. Darüber hinaus forderten die Direktoren weitere Anstrengungen zur stärkeren Überwachung grenzüberschreitender Großbanken und besseren Koordination mit den Aufsichtsbehörden an wichtigen Finanzplätzen.

Nach Ansicht der Direktoren kommt Deutschland beim Vorantreiben der Finanzmarktreform auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. In diesem Zusammenhang verwiesen sie auf die Vorteile einer weiteren Angleichung nationaler Gesetzes- und Regulierungsvorhaben mit europäischen Vorschlägen sowie eines weitreichenderen Abbaus der Fragmentierung der Mechanismen zur Einlagensicherung und Bankensysteme. Die Direktoren äußerten die Erwartung, dass Deutschland bei der Formulierung einer klaren und kohärenten Strategie zur Umsetzung der europäischen Initiativen für den Finanzsektor eine Führungsrolle übernimmt.

Analysen und Berichte

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Die Direktoren begrüßten das anhaltende Engagement der deutschen Bundesregierung bei der Schaffung einer robusten Architektur für die Wirtschafts- und Währungsunion. Sie betonten, dass eine klar kommunizierte langfristige Vision für eine engere Wirtschafts- und Finanzintegration der WWU-Mitgliedstaaten als wichtiger Anker für die Erwartungen der Privathaushalte, der Unternehmen und des Finanzsystems dienen würde.

Die Direktoren unterstrichen die Notwendigkeit, die Reformdynamik aufrechtzuerhalten, um das Wachstumspotenzial zu steigern und eine ausgewogenere Wirtschaft zu fördern, was zu einem weiteren Abbau der externen Ungleichgewichte beitragen werde. Sie begrüßten die jüngsten Initiativen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und ermutigten zu Maßnahmen zur Steigerung der Reallöhne durch eine Senkung der Steuerlast. Darüber hinaus bedürfe es zusätzlicher Anstrengungen zur Beschleunigung der gesamteuropäischen Integration und zur Harmonisierung der Energie- und Verkehrsnetze, zur Steigerung der Produktivität im Dienstleistungssektor sowie einer Stärkung der Frühphasenfinanzierung wie Private Equity und Venture Capital.

Tabelle 1: Deutschland: Ausgewählte Konjunkturindikatoren

	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹
Wirtschaftliche Aktivität und Preise (Veränderung in %, falls nicht anders angegeben)							
Reales BIP	0,8	-5,1	4,0	3,1	0,9	0,3	1,3
Nettoexporte ²	0,0	-2,9	1,7	0,6	1,0	0,1	0,2
Gesamte Inlandsnachfrage	1,2	-2,5	2,6	2,6	-0,3	0,2	1,2
Private Konsumausgaben	0,8	0,1	0,9	1,7	0,8	0,8	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	-11,6	5,9	6,2	-2,5	-2,0	1,8
Bauinvestitionen	-0,7	-3,2	3,2	5,8	-1,5	0,2	2,8
inländische Bruttosparquote (in % des BIP)	24,8	23,2	23,7	24,3	24,6	22,7	22,9
Bruttoinlandsinvestitionen (in % des BIP)	18,6	17,2	17,4	18,1	17,6	17,1	17,3
Erwerbsbevölkerung ³	43,4	43,6	43,7	43,8	44,1	44,1	44,1
Beschäftigung ³	40,3	40,3	40,6	41,1	41,6	41,7	41,7
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	7,6	7,7	7,1	6,0	5,5	5,6	5,5
Lohnstückkosten (gewerbliche Wirtschaft)	6,6	21,5	-14,0	-2,4	4,5	3,2	1,5
BIP-Deflator	1,1	1,1	1,1	0,7	1,1	1,0	1,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,8	0,2	1,2	2,5	2,1	1,5	1,7
Öffentliche Finanzen (in % des BIP)							
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo ⁴	-0,1	-3,1	-4,1	-0,8	0,1	-0,4	-0,1
Struktureller Finanzierungssaldo	-0,9	-1,1	-2,3	-0,9	0,2	-0,1	0,1
Gesamtstaatliche Bruttoverschuldung	66,8	74,5	82,4	80,4	81,9	81,3	79,3
Geld- und Kreditvolumen (prozentuale Veränderung in zwölf Monaten)							
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	2,6	-1,6	-0,3	1,2	1,3	1,1	-
Geldmenge M3 ⁶	9,6	-1,6	4,5	5,9	6,0	5,6	-

Analysen und Berichte

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

noch Tabelle 1: Deutschland: Ausgewählte Konjunkturindikatoren

	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹
Zinssätze							
(Periodendurchschnitt in %)							
Dreimonatiger Interbankensatz ⁷	4,6	1,2	0,8	1,3	0,9	0,2	-
Rendite auf 10-jährige Staatsanleihen ⁷	4,1	3,3	2,8	2,7	1,4	1,4	-
Zahlungsbilanz							
(in Mrd. US-Dollar, falls nicht anders angegeben)							
Ausfuhren ⁸	1 761	1 409	1 567	1 827	1 773	1 835	1 922
Einführen ⁸	1 534	1 247	1 380	1 636	1 572	1 634	1 718
Handelsbilanz (in % des BIP) ⁹	6,7	5,2	5,7	5,4	6,0	5,7	5,4
Leistungsbilanzsaldo	226,1	197,1	207,0	224,3	238,5	197,6	199,3
Leistungsbilanz (in % des BIP)	6,2	6,0	6,2	6,2	7,0	5,6	5,5
Wechselkurs							
(Periodendurchschnitt in %)							
Euro je US-Dollar ⁷	0,73	0,68	0,76	0,76	0,76	0,77	-
Nominaler effektiver Kurs (1990=100) ⁷	104,6	106,0	100,0	100,1	99,2	100,2	-
Realer effektiver Kurs (1990=100) ^{5, 10}	102,1	102,8	95,8	94,8	93,9	94,5	-

¹ IWF-Stabsschätzungen und -prognosen.

² Beitrag zum BIP-Wachstum.

³ Gemäß VGR.

⁴ Finanzierungsüberschuss/-defizit.

⁵ Die Daten für 2013 beziehen sich auf April.

⁶ Entspricht Deutschlands Beitrag zur M3-Geldmenge im Euroraum. Die Daten für 2013 beziehen sich auf April.

⁷ Die Daten für 2013 beziehen sich auf April.

⁸ Güter und Dienstleistungen.

⁹ Warenhandel einschließlich Ergänzungen.

¹⁰ Auf Basis der relativen normierten Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe.

Quellen: Deutsche Bundesbank, International Financial Statistics (IWF), World Economic Outlook (IWF) und IWF-Stabsprognosen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Wirtschaftswachstum stieg im 2. Quartal unerwartet stark an. Witterungsbedingte Nachholeffekte überzeichnen allerdings die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP).
- Produktion und Nachfrage in der Industrie sind in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet. Im zweiten Vierteljahr nahm die industrielle Erzeugung in saisonbereinigter Rechnung um 2,6 % gegenüber dem Vorquartal zu und trug damit deutlich zum Anstieg des BIP bei.
- Die Arbeitsmarktsituation ist nach wie vor günstig: Steigende Erwerbstätigkeit und rückläufige Arbeitslosigkeit stehen im Einklang mit einer positiven konjunkturellen Grundtendenz.
- Das Verbraucherpreisniveau ist im Juli zwar insgesamt deutlich gestiegen, die Teuerungsrate liegt mit 1,9 % aber immer noch unter der Zweiprozentmarke. Der Preisauftrieb wurde wiederum durch stark steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise geprägt.

Im 2. Quartal wurde die konjunkturelle Schwäche phase des Winterhalbjahres 2012/2013 überwunden. Das BIP nahm der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 14. August 2013 zufolge kalender-, saison- und preisbereinigt um 0,7 % zu und markiert damit den Beginn der allgemein erwarteten konjunkturellen Erholung in Deutschland. Die gesamtwirtschaftliche Expansion steht qualitativ im Einklang mit den monatlichen Wirtschaftsdaten. Die vergleichsweise deutliche Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten spiegelt teilweise Nachholeffekte vor dem Hintergrund der Produktionsausfälle im Zuge des langen und kalten Winters wider. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse hatten im ersten Vierteljahr insbesondere die Bauinvestitionen erheblich belastet.

Positiv ist insbesondere zu verzeichnen, dass den Indikatoren zufolge die seit 2012 rückläufige Entwicklung der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen ein Ende gefunden haben könnte. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen im 2. Quartal wahrscheinlich spürbar an. Dies könnte bereits ein Signal dafür sein, dass sich die Investitionszurückhaltung der Unternehmen in diesem Jahr allmählich auflöst; die günstigen Rahmenbedingungen

für Investitionen setzen sich demnach durch. Auch vom privaten Konsum gingen im zweiten Vierteljahr wiederum Wachstumsimpulse aus. Dazu tragen die nach wie vor günstige Arbeitsmarktsituation, steigende Löhne sowie zunehmende Gewinn- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte bei. Vom positiven gesamtwirtschaftlichen Umfeld profitieren die Steuereinnahmen. Sie sind im bisherigen Jahresverlauf (Januar bis Juli) insgesamt mit einer Veränderungsrate von 3,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich angestiegen und liegen für alle staatlichen Ebenen zusammengenommen aus heutiger Sicht etwas über den Erwartungen. Diese positive Einnahmenentwicklung dürfte sich im weiteren Jahresverlauf fortsetzen, denn die konjunkturelle Grundtendenz ist positiv, wovon die steuerlichen Bemessungsgrundlagen profitieren.

So signalisieren die weiter in die Zukunft reichenden Indikatoren, dass sich die konjunkturelle Belebung auch im 2. Halbjahr fortsetzen wird. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen ist deutlich aufwärtsgerichtet, und auch die Stimmungsindikatoren haben sich weiter merklich verbessert. So stieg der

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft zuletzt (im Juli) zum dritten Mal in Folge an. Der Einkaufsmanagerindex liegt für die Industrie inzwischen wieder spürbar im expansiven Bereich, und die Zunahme des Indikators für die Dienstleistungsbereiche stieg leicht an.

Auf der außenwirtschaftlichen Seite prägt nach wie vor die wirtschaftliche Schwäche im Euroraum das Bild. Sie ist immer noch ein belastender Faktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Auffällig ist auch der deutliche Rückgang der deutschen Warenausfuhren gegenüber Drittländern, in dem sich u. a. die nachlassende konjunkturelle Dynamik in Schwellenländern wie Brasilien und China ausdrückt. Insgesamt sind daher die Warenexporte in nominaler Rechnung im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal nur wenig gestiegen. Währenddessen nahmen die Warenimporte mit saisonbereinigt +1,4% deutlich zu.

Aus den Handelsströmen gegenüber dem Ausland resultiert für das 2. Quartal nach Ursprungswerten eine leichte Verminderung des Handelsbilanzsaldo im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für das gesamte 1. Halbjahr nahm dagegen die Differenz aus nominalen Warenexporten und -importen deutlich zu (1. Halbjahr 2012: 93,4 Mrd. €; 1. Halbjahr 2013: 97,7 Mrd. €). Dies spiegelt sich auch im gesamten Leistungsbilanzüberschuss wider; er war in der 1. Jahreshälfte mit 90,4 Mrd. € um 3,2 Mrd. € höher als vor Jahresfrist.

Die Exportperspektiven für den weiteren Jahresverlauf sind vor dem Hintergrund der vorlaufenden Indikatoren und der sich aufhellenden weltwirtschaftlichen Perspektiven als günstig einzustufen. So liegen der globale Einkaufsmanagerindex sowie derjenige für den Euroraum oberhalb der Wachstumsschwelle. Der OECD Composite Leading Indicator nahm zuletzt (im Juni) weiter leicht zu. Die Auslandsorders der deutschen Industrie sind im Juni spürbar gestiegen und

auch in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet. Schließlich sind die ifo Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewerbes – trotz des Rückgangs am aktuellen Rand – auf einem hohen Niveau. Alles in allem ist daher mit einer Belebung der Exporttätigkeit zu rechnen.

Davon wird die industrielle Aktivität besonders profitieren, denn deutsche Industrieunternehmen sind besonders exportorientiert. Das ausländische Bestellvolumen ist zuletzt im Juni jedenfalls kräftig ausgeweitet worden, und auch in der Tendenz ist die Auslandsnachfrage deutlich aufwärtsgerichtet. Auch im Inland hat die Bestelltätigkeit für industrielle Erzeugnisse im Monat Juni zugenommen. Aufgrund der insgesamt positiven Nachfragetendenz ist auch über das 2. Quartal hinaus mit einer deutlichen Ausweitung der industriellen Produktion zu rechnen. Diese nahm im zweiten Vierteljahr in saisonbereinigter Rechnung gegenüber dem Vorquartal um 2,6% zu, nachdem sie zuvor nur vergleichsweise moderat angestiegen war. Die deutliche Zunahme der Industrieproduktion im zweiten Vierteljahr, die allerdings durch einen statistischen Sondereffekt überzeichnet ist, profitierte insbesondere von der Erzeugung von Investitionsgütern; aber auch die Vorleistungsgüterproduktion, die gleichzeitig ein guter Indikator für die zu erwartende Erzeugung auf den nachgelagerten Produktionsstufen ist, trug zum Wachstum bei. Währenddessen war die Umsatzsatzentwicklung in der Industrie im zweiten Vierteljahr eher moderat (saisonbereinigt +1,3% gegenüber dem Vorquartal), was vor dem Hintergrund der deutlichen Produktionsausweitung im gleichen Zeitraum dafür spricht, dass die Lager merklich aufgestockt wurden. Nach Regionen stellten sich die Umsatzentwicklungen dabei sehr differenziert dar: Das stärkste Umsatzplus wurde gegenüber dem Ausland erzielt, während die Inlandsumsätze in etwa stagnierten.

Im Baugewerbe wurde die Produktion im ersten Vierteljahr in starkem Maße durch den kalten und langen Winter belastet, sodass die

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2012		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4.Q.12	1.Q.13	2.Q.13	4.Q.12	1.Q.13	2.Q.13
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,1	+0,7	-0,5	+0,0	+0,7	+0,0	-1,6	+0,9
jeweilige Preise	2 666	+2,2	+0,0	+0,7	+1,6	+1,8	+0,4	+3,4
Einkommen¹								
Volkseinkommen	2 035	+2,5	-0,5	+2,1	.	+1,3	+0,8	.
Arbeitnehmerentgelte	1 378	+3,7	+1,0	+0,6	.	+3,7	+3,4	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	657	+0,1	-3,7	+5,6	.	-4,4	-3,8	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 668	+2,3	+0,6	+0,5	.	+1,7	+0,5	.
Bruttolöhne u. -gehälter	1 127	+4,0	+0,9	+0,9	.	+3,9	+3,6	.
Sparen der privaten Haushalte	175	+1,6	-1,9	-0,2	.	-1,9	-3,3	.
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auftragseingänge								
in jeweiligen Preisen	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ²		
			Mai 13	Jun 13	Dreimonatsdurchschnitt	Mai 13	Jun 13	Dreimonatsdurchschnitt
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 097	+3,4	-2,0	+0,6	+0,1	-4,5	-2,1	+0,4
Waren-Importe	909	+0,7	+1,4	-0,8	+1,4	-2,8	-1,2	+0,3
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	106,8	-0,6	-0,5	+2,2	+2,6	-0,6	+2,7	+1,3
Bauhauptgewerbe	105,9	-1,0	-1,3	+1,6	+3,9	-2,4	-0,8	-1,4
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	105,8	-0,6	-0,9	-0,8	+1,3	-1,6	-1,5	-0,8
Inland	104,8	-1,6	+0,8	-0,8	+0,1	-2,8	-2,7	-2,7
Ausland	107,0	+0,4	-2,7	-0,6	+2,5	-0,4	-0,2	+1,2
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	103,2	-3,8	-0,5	+3,8	+1,2	-1,8	+4,3	+0,8
Inland	100,8	-5,6	-1,7	+3,3	-1,2	-3,8	+1,3	-1,9
Ausland	105,1	-2,3	+0,5	+4,2	+3,0	-0,1	+6,6	+2,9
Bauhauptgewerbe	105,4	+4,4	+0,5	.	+0,7	+4,3	.	-1,3
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,2	+0,2	+0,7	-1,5	-0,0	+0,8	-2,8	+0,5

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2012		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Apr 13	Jun 13	Jul 13	Apr 13	Jun 13	Jul 13
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	+17	-13	-7	+82	+56	+38
Erwerbstätige, Inland	41,61	+1,1	+24	+10	.	+243	+233	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,01	+1,9	+17	.	.	+366	.	.
Preisindizes 2005=100	2012		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Apr 13	Jun 13	Jul 13	Apr 13	Jun 13	Jul 13
Importpreise	119,4	+2,1	-0,4	-0,8	.	-2,9	-2,2	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	118,3	+2,1	-0,3	+0,0	-0,1	+0,2	+0,6	+0,5
Verbraucherpreise ⁴	104,1	+2,0	+0,4	+0,1	+0,5	+1,5	+1,8	+1,9
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Dez 12	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13
	-2,1	+1,4	+7,3	+6,0	+1,5	+4,1	+4,4	+4,9
Geschäftslage	+3,2	+5,0	+9,1	+8,5	+3,5	+8,7	+7,6	+8,8
Geschäftserwartungen	-7,3	-2,2	+5,6	+3,6	-0,5	-0,4	+1,4	+1,1

¹Jahresdurchschnitt und Quartale: Stand Mai 2013.

²Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereinigt.

³Ohne Energie.

⁴Index 2010 = 100.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Erzeugung in diesem Wirtschaftsbereich in saisonbereinigter Rechnung gegenüber dem Vorquartal deutlich zurückging. Davon war besonders stark der Tiefbau betroffen, aber auch der Hochbau hatte witterungsbedingte Beeinträchtigungen. Im 2. Quartal sind diese Produktionsausfälle größtenteils wieder aufgeholt worden; im Vorquartalsvergleich stieg die Bauproduktion um saisonbereinigt 3,9 % an. Was die Entwicklung der Bautätigkeit im weiteren Jahresverlauf anbelangt, so zeichnen die vorlaufenden Indikatoren ein eher gemischtes Bild. Einerseits trübte sich im Juli das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe den vierten Monat in Folge ein. Andererseits weisen die Auftragseingänge insgesamt zwar nur eine leichte Aufwärtstendenz auf, allerdings ist im Hochbau ohne Wohnungsbau der Ordereingang deutlich aufwärtsgerichtet. Auch ist davon auszugehen, dass im Zuge der erwarteten Belebung der Ausrüstungsinvestitionen die Bautätigkeit im

Jahresverlauf Impulse erfährt. Diese werden umso stärker je mehr Kapazitätserweiterungen als Investitionsmotiv in den Vordergrund treten.

Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zum BIP im 2. Vierteljahr zufolge wurde der Konsum insgesamt deutlich ausgeweitet. Detailergebnisse dazu wird das Statistische Bundesamt zwar erst am 23. August 2013 veröffentlichen. Die Indikatoren zeigen jedoch an, dass hierzu die Konsumtätigkeit der privaten Haushalte in hohem Maße beigetragen hat. Dies belegt die leichte Aufwärtsbewegung beim Umsatz im Einzelhandel ohne Kfz. Auch im Kfz-Handel ist die Umsatzentwicklung aufwärtsgerichtet. Dies steht auch im Einklang mit der Entwicklung der Neuzulassungen für Pkw, die im 2. Quartal in saisonbereinigter Rechnung gegenüber dem Vorzeitraum um 3,1 % gestiegen waren. Was die vorlaufenden Indikatoren anbelangt, so ist festzustellen, dass das Geschäftsklima im

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Einzelhandel zuletzt (im Juli) einen marklichen Anstieg erfuhr, der sowohl von günstigeren Einschätzungen zur Geschäftslage als auch zu den Geschäftserwartungen profitierte. Hinzu kommt, dass sich die Verbraucherstimmung laut Umfrage der GfK zuletzt nochmals aufgehellt hat und in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet ist. Die GfK prognostiziert für den Monat August den höchsten Indexstand seit September 2007. Dabei schlägt auch zu Buche, dass die Einkommensperspektiven – im Zuge der steigenden Tariflöhne und -gehälter sowie der günstigen Arbeitsmarktlage – als positiv beurteilt werden. Damit dürfte – bei gleichzeitig deutlich gestiegener Anschaffungsneigung – der private Konsum auch im weiteren Jahresverlauf zunehmen und eine wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums bleiben.

Der Arbeitsmarkt ist trotz der temporären konjunkturellen Eintrübung im Winterhalbjahr 2012/2013 in einer guten Verfassung. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl nahm im Juli mit -7 000 Personen den zweiten Monat in Folge ab. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag zuletzt bei 2,9 Millionen Personen; das vergleichbare Vorjahresniveau wurde damit um 38 000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote betrug 6,8 % und blieb damit im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat unverändert.

Der Beschäftigungsaufbau setzte sich am aktuellen Rand fort. Die Expansion der Erwerbstätigkeit wurde von einer weiterhin günstigen Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen), im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Verarbeitenden Gewerbe getragen. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Juni in saisonbereinigter Rechnung um 10 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. In Ursprungswerten gerechnet stieg die Erwerbstätigenzahl auf ein Niveau von 41,89 Millionen Personen an. Dies entspricht einer Vorjahresveränderung von 233 000 Personen beziehungsweise 0,6 %.

Der Vorjahresvergleich zeigt, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich zugenommen hat und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit leicht angestiegen ist. Dies ist kein Widerspruch, denn hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Arbeitskräfteangebot zugenommen hat, und zwar sowohl wegen einer Ausweitung des Wanderungssaldos gegenüber dem Ausland als auch aufgrund einer gestiegenen Erwerbsneigung. Hinzu kommt, dass Personen Beschäftigung aufnahmen, die sich trotz Erwerbslosigkeit bisher nicht bei den Arbeitsagenturen gemeldet hatten (Personen aus der stillen Reserve im engeren Sinne). Insgesamt deuten die vorlaufenden Indikatoren darauf hin, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt auch in den kommenden Monaten in einer guten Verfassung bleibt. So ist die Arbeitskräftenachfrage weiterhin sehr hoch. Dies verdeutlicht der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit, der im Juli einen leichten Zuwachs verzeichnete. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer im Verarbeitenden Gewerbe sowie dasjenige im Dienstleistungsbereich stiegen im Juli leicht an.

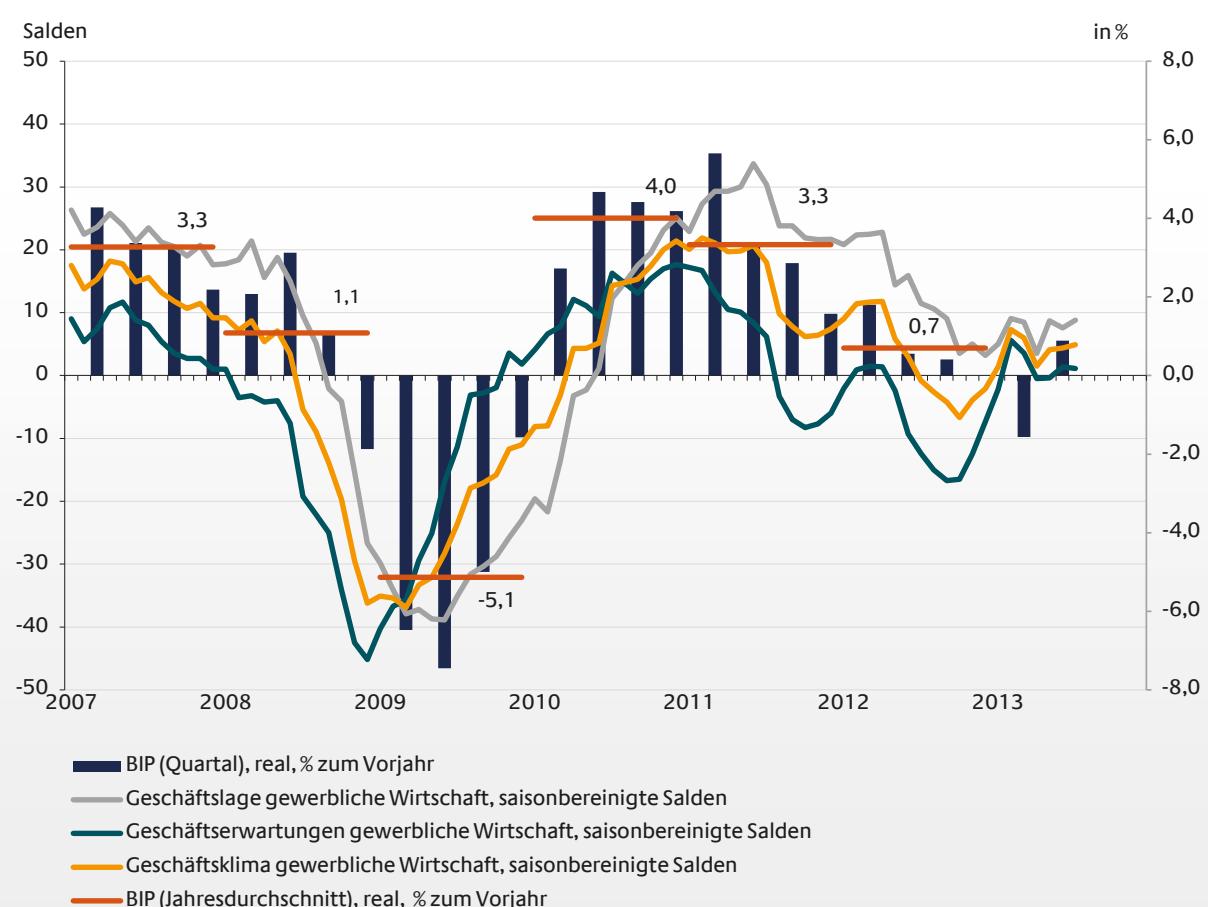
Die Verbraucherpreise sind im Juli beschleunigt gestiegen. Das Verbraucherpreisniveau nahm um 1,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Der Preisauftrieb beschleunigte sich vor allem wegen der deutlichen Teuerung von Nahrungsmitteln sowie aufgrund gestiegener Energiepreise. Trotzdem blieb der Preisniveauanstieg auf der Konsumentenstufe unter der Zweiprozentmarke. Ohne Berücksichtigung der Preisniveauentwicklung bei Nahrungsmitteln und Haushaltsenergie betrug die jährliche Teuerungsrate auf der Konsumentenstufe im Monat Juli 1,1 %. Der durch die Verteuerung der Produktionsfaktoren verursachte Preisdruck ist demnach gering.

Auf den vorgelagerten Preisstufen setzte sich die ruhige Preisentwicklung fort. Die Erzeugerpreise stiegen im bisherigen Jahresverlauf gegenüber den jeweils

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

vergleichbaren Vorjahresperioden nur wenig an und sind in der Verlaufsbetrachtung in der Tendenz rückläufig. Besonders deutliche entlastende Effekte gehen von den abnehmenden Importpreisen aus. Dabei bilden sich die Einfuhrpreise für Energie besonders stark zurück.

Zusammen genommen sprechen die Preisniveauentwicklung auf den vorgelagerten Preisstufen und die am trendmäßigen Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnentwicklung dafür, dass das Preisklima in Deutschland ruhig bleibt.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JULI 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juli 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Juli 2013 im Vorjahresvergleich um 1,9% gestiegen. Während die gemeinschaftlichen Steuern mit 1,0% moderat zunahmen, verzeichneten die reinen Bundessteuern (+ 3,4%) und insbesondere die reinen Ländersteuern (+ 21,1%) deutliche Aufkommenszuwächse. Die Einnahmen des Bundes unterschritten das Vorjahresniveau um 2,8 %. Dies ist den hohen EU-Abführungen geschuldet, deren Niveau gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um mehr als 75 % höher lag. Die Länder verbuchten Zuwächse von 1,6 %.

Kumuliert konnten im Zeitraum Januar bis Juli 2013 alle Ebenen das entsprechende Vorjahresniveau übertreffen (+3,2%). Die EU-Eigenmittel stiegen mit 21,3 % stark an. Darauf ist auch die geringe Zuwachsrate der Steuereinnahmen des Bundes zurückzuführen (+ 0,5 %). Die günstigere Entwicklung der Steuereinnahmen der Länder (+ 3,3 %) ist dem erheblichen Anstieg der Einnahmen aus den reinen Ländersteuern zu verdanken. Der den Gemeinden zufließende Teil der gemeinschaftlichen Steuern verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+ 7,7 %).

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im Juli 2013 um 2,4 % über dem Ergebnis vom Juli 2012. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (- 0,6 %) blieben unter dem Niveau des Vorjahresvergleichsmonats. In der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) weist die Lohnsteuer einen Anstieg von 1,8 % auf. Zwar begünstigen nach wie vor das hohe Beschäftigungsniveau sowie Tariflohnsteigerungen das Lohnsteueraufkommen, jedoch ist die aktuelle Veränderungsrate im Vorjahresvergleich durch das bereits erreichte hohe Niveau gemildert. Im Zeitraum Januar bis Juli 2013 übertrafen

die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 6,4 %.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich im Juli 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um gut 0,1 Mrd. €. Die veranlagte Einkommensteuer brutto (also vor Abzug von Investitions-, Eigenheimzulage und Arbeitnehmererstattung) lag mit 0,4 Mrd. € über dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Dabei nahmen sowohl die Vorauszahlungen als auch die Nachzahlungen zu, die in der Summe etwas höher lagen als die Erstattungen. Bei den Arbeitnehmererstattungen ergab sich – im Zusammenhang mit Veranlagungen des Vorjahrs – eine deutliche Zunahme (+ 16,1 %). In kumulierter Betrachtung, also für den Zeitraum Januar bis Juli 2013, nahm das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer um 19,6 % zu.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer weisen im Berichtsmonat Juli 2013 einen Rückgang von bisher 0,2 Mrd. € auf nunmehr - 0,1 Mrd. € auf. Die im Vorjahresvergleich niedrigeren Vorauszahlungen und Nachzahlungen wurden dabei durch die ebenfalls niedrigeren Erstattungen zum weit überwiegenden Teil kompensiert. In kumulierter Betrachtung hat sich die Dynamik der Einnahmenentwicklung der Körperschaftsteuer zwar etwas verringert, das Aufkommensniveau der Körperschaftsteuer ist im Zeitraum Januar bis Juli 2013 gleichwohl deutlich angestiegen (+ 6,8 %). Dies ist insofern bemerkenswert, als die besonders exportorientierten Kapitalgesellschaften in besonderem Maße von den noch ungünstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinträchtigt sind.

Insgesamt sollte bei den Veranlagungssteuern (Körperschaftsteuer und veranlagte Einkommensteuer) die

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JULI 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2013	Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juli	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2013 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in %	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	13 780	+2,4	89 074	+6,4	157 150	+5,4
veranlagte Einkommensteuer	- 338	X	21 496	+19,6	40 400	+8,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 309	-13,7	12 757	-13,7	15 835	-21,1
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	750	+60,2	6 015	+7,7	8 360	+1,5
Körperschaftsteuer	- 57	X	11 385	+6,8	18 860	+11,4
Steuern vom Umsatz	15 952	+1,2	112 255	+0,8	198 200	+1,8
Gewerbesteuerumlage	818	+0,3	1 876	+0,9	3 860	+0,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	785	-0,3	1 652	-1,6	3 279	-0,9
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 999	+1,0	256 509	+3,6	445 944	+2,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 309	+0,6	17 453	+0,3	39 500	+0,5
Tabaksteuer	1 300	+6,2	6 946	-1,9	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	170	-4,3	1 221	-1,9	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	569	+0,7	8 048	+3,8	11 350	+1,9
Stromsteuer	512	+6,5	4 319	+3,8	7 000	+0,4
Kraftfahrzeugsteuer	775	+3,9	5 363	+0,6	8 500	+0,7
Luftverkehrsteuer	85	-0,3	505	-0,3	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	438	+31,0	566	-43,3	1 400	-11,2
Solidaritätszuschlag	918	+3,4	8 234	+5,0	14 000	+2,8
übrige Bundessteuern	112	-9,2	860	-3,4	1 522	+0,0
Bundessteuern insgesamt	8 188	+3,4	53 514	+0,6	100 282	+0,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	488	+31,8	2 633	+9,7	4 235	-1,6
Grunderwerbsteuer	743	+17,8	4 828	+15,2	8 260	+11,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	135	+26,2	986	+19,8	1 560	+9,0
Biersteuer	55	-12,1	375	-6,2	665	-4,5
Sonstige Ländersteuern	20	+3,1	271	+3,0	382	+0,7
Ländersteuern insgesamt	1 442	+21,1	9 093	+12,6	15 102	+6,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	329	-7,3	2 318	-7,1	4 500	+0,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	171	+112,4	1 538	+21,0	2 150	+6,0
BNE-Eigenmittel	1 693	+108,7	15 982	+26,9	23 960	+20,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 193	+75,9	19 838	+21,3	30 610	+16,3
Bund³	19 291	-2,8	141 942	+0,5	258 709	+0,9
Länder³	20 049	+1,6	140 105	+3,3	241 917	+2,4
EU	2 193	+75,9	19 838	+21,3	30 610	+16,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 425	+4,7	19 548	+7,7	34 592	+5,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	43 958	+1,9	321 434	+3,2	565 828	+2,5

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinbarten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JULI 2013

Aufkommensentwicklung im „kleinen“ Aufkommensmonat Juli nicht überinterpretiert werden.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto gingen im Juli gegenüber dem Vorjahresmonatsergebnis um 16,2 % zurück. Die rückläufige Aufkommensentwicklung am aktuellen Rand ist wohl im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahr die Kapitalertragsteuer aus Dividendenaußchüttungen zeitlich unterschiedlich vereinnahmt wurde. Nach Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern belief sich die Minderung des Kassenaufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag auf - 13,7 %. Im Zeitraum Januar bis Juli 2013 lagen die Kasseneinnahmen insgesamt ebenfalls um 13,7 % unter dem Vorjahresergebnis. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Aufkommen im Vorjahreszeitraum durch Sonderfälle um mehr als 2,2 Mrd. € überzeichnet war. Ohne diese Sonderfälle ergibt sich ein Anstieg von rund 2 %.

Nachdem das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge bereits im Vormonat im Vorjahresvergleich um fast 30 % gewachsen war, nahm es im Juli 2012 mit 60,2 % deutlich beschleunigt zu. In kumulierter Rechnung (Januar bis Juli 2013) wurde ein Aufkommenszuwachs von 7,7 % erreicht.

Die Steuern vom Umsatz stiegen im Berichtsmonat Juli 2013 um 1,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat an. Der rückläufige Trend der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich mit Einbußen von 5,3 % - wenn auch verlangsamt - fort. Die stark gesunkenen Einfuhrpreise für Rohstoffe aus Drittländern mindern ebenso wie niedrigere Importvolumina die Einnahmen. Hingegen stieg das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer um 3,5 %. Neben der guten Entwicklung des inländischen Konsums trug auch das verringerte Anrechnungsvolumen aus der Einfuhrumsatzsteuer zu diesem Ergebnis bei.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz lag im Zeitraum Januar bis Juli 2013 um 0,8 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Aufgrund der erwarteten Zunahme der für das Aufkommen relevanten Aggregate der Inlandsnachfrage kann im Jahresverlauf von einer weiteren Verbesserung der Aufkommenssituation bei den Steuern vom Umsatz ausgegangen werden.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im Juli 2013 im Vorjahresvergleich Mehreinnahmen von 3,4 %. Zum überwiegenden Teil ist dies auf den Anstieg bei der Tabaksteuer (+ 6,2 %), der Energiesteuer (+ 0,6 %), dem Solidaritätszuschlag (+ 3,4 %), der Kraftfahrzeugsteuer (+ 3,9 %), der Stromsteuer (+ 6,5 %) sowie der Versicherungsteuer (+ 0,7 %) zurückzuführen. Bei der Tabaksteuer kam es zu dem erwarteten Ausgleich der Mindereinnahmen des Vormonats, die hauptsächlich buchungstechnisch begründet waren. Die Kernbrennstoffsteuer erzielte mit 31,0 % deutliche Zuwächse. Hier gingen drei Kernkraftwerke in Revision und generierten insgesamt 0,4 Mrd. €. Die anderen – überwiegend kleineren – Bundessteuern unterschritten ihre jeweiligen Vorjahresmonatsniveaus. Darunter fällt auch die Luftverkehrsteuer mit einem Rückgang um 0,3 %. Die Bundessteuern insgesamt konnten im Zeitraum Januar bis Juli 2013 ihr Volumen um + 0,6 % ausdehnen.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 21,1 %. Getragen wird dieses Ergebnis insbesondere von der nach wie vor positiven Entwicklung bei der Grunderwerbsteuer (+ 17,8 %), aber auch bei der Erbschaftsteuer (+ 31,8 %). Die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 26,2 %) und die Feuerschutzsteuer (+ 4,6 %) erzielten ebenfalls Mehreinnahmen. Bei der Rennwett- und Lotteriesteuer trug die Sportwettsteuer erheblich zu der guten Entwicklung bei - ohne sie hätte der Zuwachs bei 14,4 % gelegen. Bei der Biersteuer (- 12,1 %) waren Mindereinnahmen zu verbuchen. Im Zeitraum Januar bis Juli 2013 liegt das Aufkommen der Ländersteuern bei + 12,6 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JULI 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Juli 2013

Ausgabenentwicklung

Von Januar bis einschließlich Juli 2013 beliefen sich die Ausgaben des Bundes auf 185,8 Mrd. €. Sie lagen damit um 1,4 Mrd. € (+0,8 %) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres.

Einnahmeentwicklung

Bis einschließlich Juli 2013 konnten Einnahmen in Höhe von 156,3 Mrd. € erzielt werden. Die Einnahmen übertrafen das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 2,4 Mrd. € (+1,5 %). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 141,6 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 0,8 Mrd. € (+0,6 %)

an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 14,7 Mrd. € um 11,9 % über dem Ergebnis bis einschließlich Juli 2012.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist noch wenig belastbar. Eine Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem aktuellen Finanzierungsdefizit ableiten. Erst im Verlauf des späteren Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Im Juli 2013 betrug das Finanzierungsdefizit 29,4 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013 ¹	Ist - Entwicklung ² Juli 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	310,0	185,8
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,8
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	156,3
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	141,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-25,4	-29,4
Finanzierung durch:	22,8	25,4	29,4
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	30,3
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ³ (Mrd. €)	22,5	25,1	-1,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JULI 2013

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll ¹		Ist-Entwicklung Januar bis Juli 2013	
	2013			
	in Mio. €	Anteil in %		
Allgemeine Dienste	72 949	23,5	41 005	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	3 296	
Verteidigung	32 807	10,6	18 234	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,3	8 082	
Finanzverwaltung	3 878	1,3	2 146	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,1	10 400	
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	1 708	
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,4	4 861	
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	46,8	90 612	
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	31,9	63 532	
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 37	
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,3	19 139	
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,1	11 657	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 700	1,5	2 935	
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	3 879	
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	1 422	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	813	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,7	1 243	
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	0,6	1 134	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	289	
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	2 381	
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	306	
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	1 295	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,4	7 496	
Straßen	7 196	2,3	3 255	
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	2 026	
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 649	15,0	31 736	
Zinsausgaben	31 596	10,2	30 487	
Ausgaben zusammen	310 000	100,0	185 785	

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JULI 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist		Soll ¹		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	2012		2013		Januar bis Juli 2012	Januar bis Juli 2013	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	275 599	88,9	172 932	170 423	-1,5
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,2	16 818	17 271	+2,7
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,7	12 206	12 493	+2,4
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	4 612	4 778	+3,6
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	7,9	11 970	11 732	-2,0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 384	0,5	1 343	0,4	672	757	+12,6
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10 396	3,4	5 030	4 044	-19,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,2	6 269	6 931	+10,6
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,2	28 129	27 822	-1,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	190 271	61,4	115 701	113 250	-2,1
an Verwaltungen	17 090	5,6	27 419	8,8	10 226	10 858	+6,2
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	52,5	105 530	102 430	-2,9
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,3	14 435	15 355	+6,4
Renten, Unterstützungen u. a.	26 307	8,6	26 456	8,5	15 939	16 238	+1,9
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	33,4	71 276	66 209	-7,1
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	314	347	+10,5
Investive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,2	11 412	15 361	+34,6
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,6	8 307	12 482	+50,3
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14 692	4,7	7 177	7 289	+1,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	1 130	792	-29,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	3,4	8 862	2,9	0	4 400	X
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	3 104	2 879	-7,2
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	2 623	2 440	-7,0
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	387	357	-7,8
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	95	83	-12,6
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	310 000	100,0	184 344	185 785	+0,8

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH JULI 2013

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		Soll ¹		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	2012		2013		Januar bis Juli 2012	Januar bis Juli 2013	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	140 815	141 617	+0,6
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	115 772	119 631	+3,3
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104 528	36,7	56 457	59 846	+6,0
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	33 808	36 202	+7,1
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	7 641	9 134	+19,5
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10 028	3,5	7 742	2,7	7 241	6 255	-13,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	2 438	2 564	+5,2
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	5 328	5 692	+6,8
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	58 638	59 101	+0,8
Gewerbesteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	678	683	+0,7
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	17 403	17 453	+0,3
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	7 079	6 946	-1,9
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14 050	4,9	7 840	8 234	+5,0
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	7 756	8 048	+3,8
Stromsteuer	6 973	2,5	6 400	2,2	4 161	4 319	+3,8
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 305	2,9	5 332	5 363	+0,6
Kernbrennstoffsteuer	1 577	0,6	1 400	0,5	997	566	-43,2
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	1 245	1 222	-1,8
Kaffeesteuers	1 054	0,4	1 045	0,4	605	578	-4,5
Luftverkehrsteuer	948	0,3	970	0,3	506	505	-0,2
Ergänzungzuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10 842	-3,8	-5 671	-5 317	-6,2
BNE-Eigenmittel der EU	-19 826	-7,0	-23 950	-8,4	-12 595	-15 982	+26,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-1 272	-1 538	+20,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-4 133	-4 195	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-4 496	-4 496	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	13 142	14 704	+11,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 560	1,6	5 511	1,9	3 038	3 328	+9,5
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	144	84	-41,7
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	1 984	3 055	+54,0
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	153 957	156 321	+1,5

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS JUNI 2013

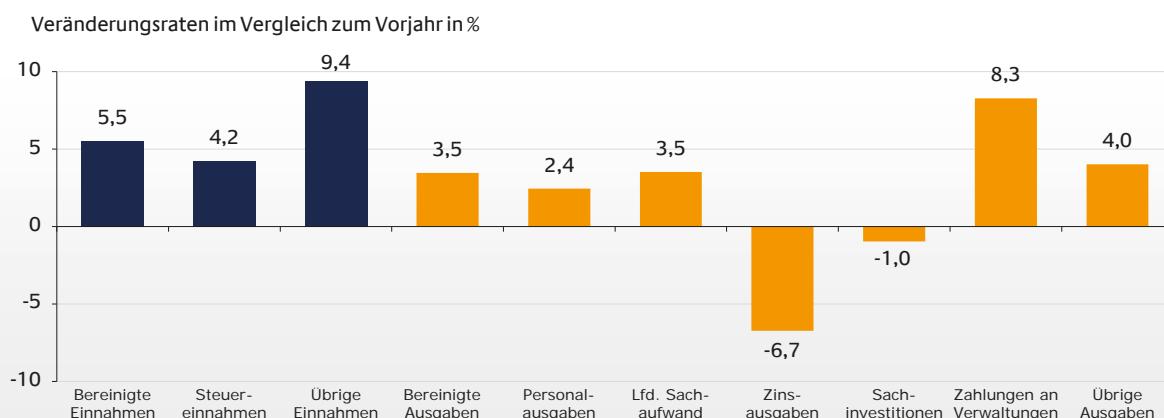
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juni 2013 vor.

Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 %, während die Einnahmen um 5,5 % zunahmen. Die

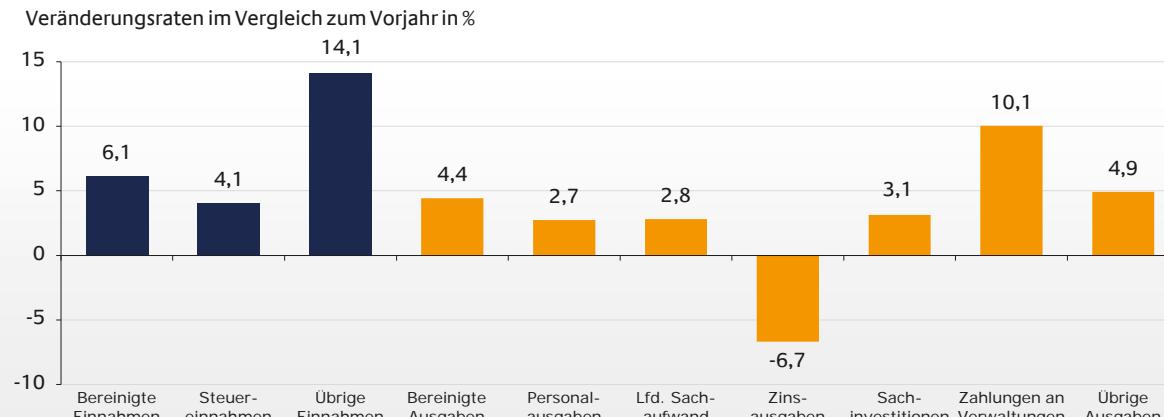
Steuereinnahmen erhöhten sich um 4,2 %. Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit fällt mit rund +0,1 Mrd. € um rund 2,8 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,8 Mrd. €.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013, Flächenländer (West)

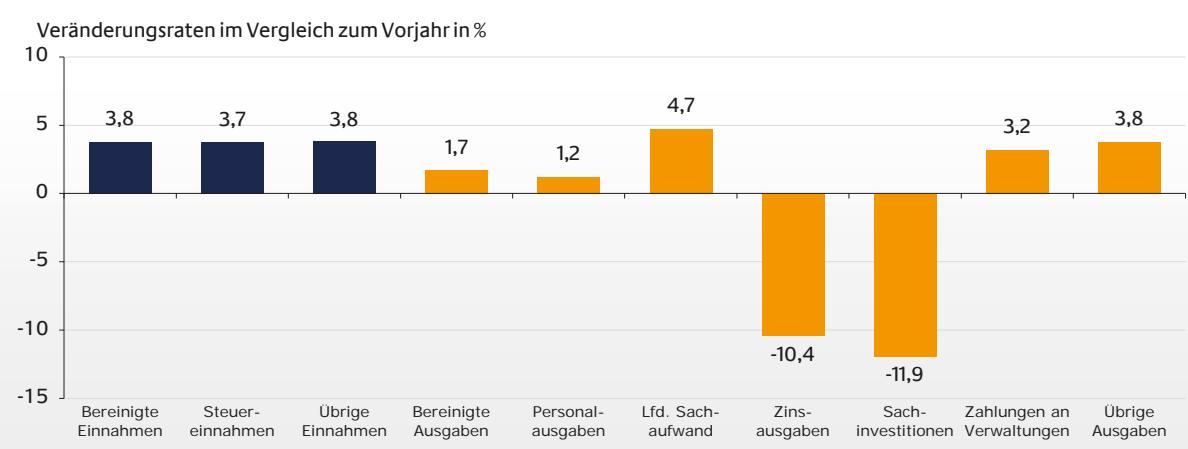


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

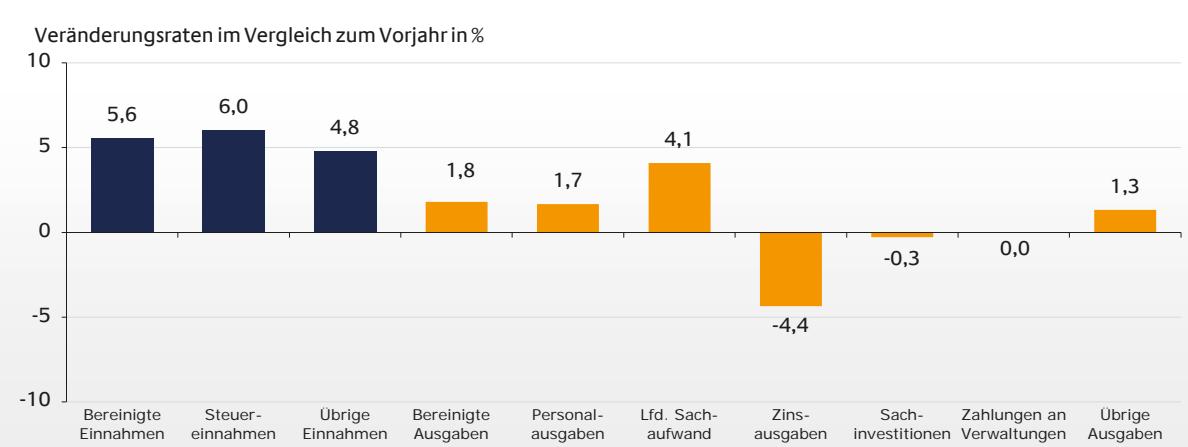
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS JUNI 2013

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juli durchschnittlich 2,99 % (2,94 % im Juni).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Juli 1,67 % (1,72 % Ende Juni).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Juli auf 0,23 % (0,22 % Ende Juni).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 1. August 2013 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spaltenrefinanzierungsfazilität und die

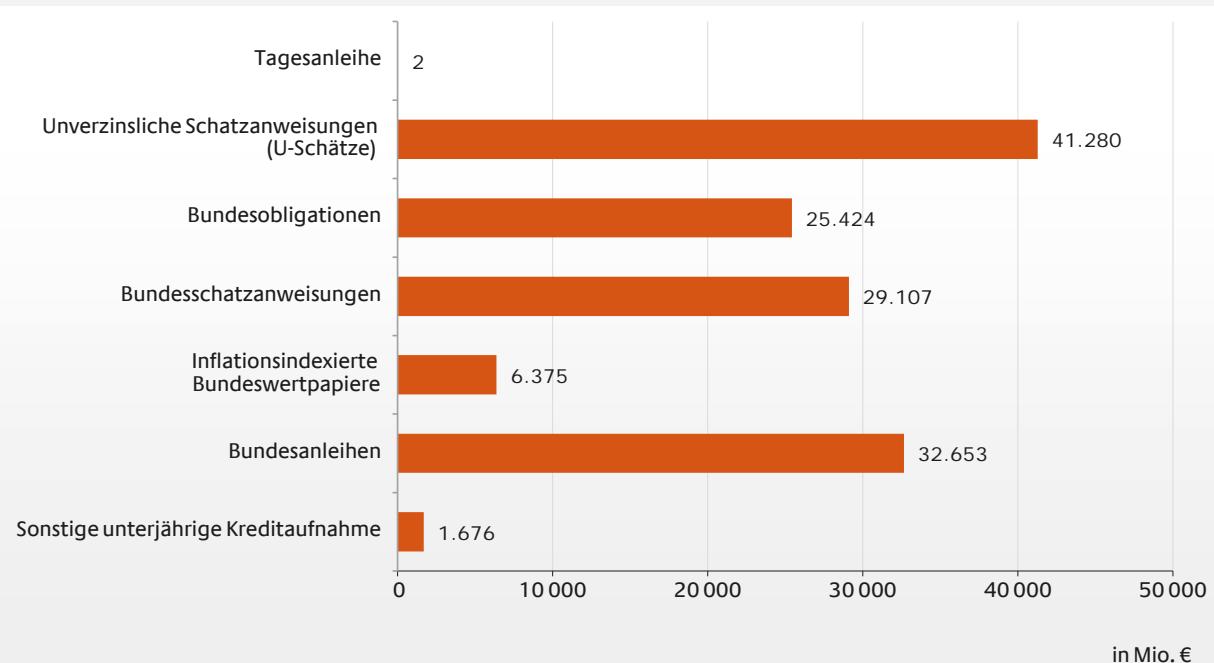
Einlagefazilität unverändert bei 0,50 %, 1,00 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 8 276 Punkte am 31. Juli (7 959 Punkte am 30. Juni). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 603 Punkten am 30. Juni auf 2 768 Punkte am 31. Juli.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juni bei 2,3 % nach 2,9 % im Mai und 3,2 % im April. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von April bis Juni 2013 bei 2,8 %, verglichen mit 2,9 % in der Vorperiode.

Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis Juni 2013¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: -1150 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat Juni auf -1,1% gegenüber -1,0% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,69 % im Juni gegenüber 1,32 % im Mai.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich Juni 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 136,5 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 130,0 Mrd. €, inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 6,0 Mrd. € und sonstige Instrumente in Höhe von 1,6 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Kauf

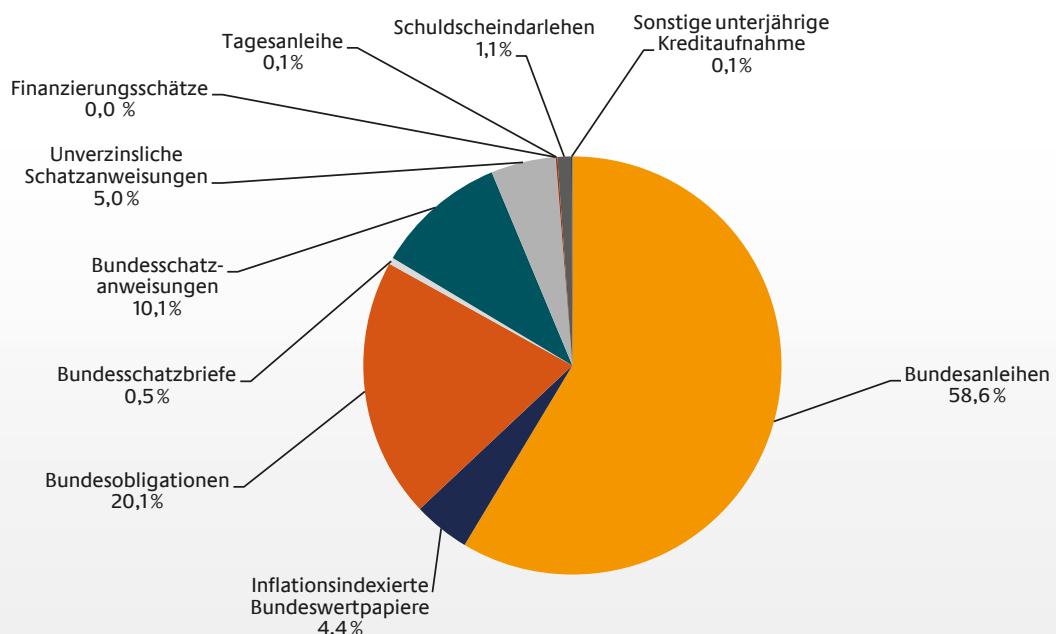
von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 1,1 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 140,6 Mrd. € (davon 125,1 Mrd. € Tilgungen und 15,5 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 4,1 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltssmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 127,4 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 6,5 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 2,6 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. Juni 2013



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1144,9 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 42,4 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
in Mrd. €													
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	11,0	-	-	11,0
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	24,0
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-	-	17,0	35,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0	3,0	3,0	34,0
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,9
Finanzierungsschätz	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-	-	0,0	0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-	-	2,2	2,9
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3	3,1	22,4	125,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
in Mrd. €													
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5	0,0	0,4	15,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141653 WKN 114165	Aufstockung	3. April 2013	5 Jahre/fällig 23. Februar 2018 Zinslaufbeginn 11. Januar 2013 erster Zinstermin 23. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137412 WKN 113741	Aufstockung	10. April 2013	2 Jahre/fällig 13. März 2015 Zinslaufbeginn 15. Februar 2013 erster Zinstermin 13. März 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102309 WKN 110230	Aufstockung	17. April 2013	10 Jahre/fällig 15. Februar 2023 Zinslaufbeginn 18. Januar 2013 erster Zinstermin 15. Februar 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	24. April 2013	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Neuemission	8. Mai 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN 113742	Neuemission	15. Mai 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Neuemission	22. Mai 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141661 WKN 114166	Aufstockung	5. Juni 2013	5 Jahre/fällig 13. April 2018 Zinslaufbeginn 13. April 2013 erster Zinstermin 13. April 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137420 WKN 113742	Aufstockung	12. Juni 2013	2 Jahre/fällig 12. Juni 2015 Zinslaufbeginn 17. Mai 2013 erster Zinstermin 12. Juni 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102317 WKN 110231	Aufstockung	19. Juni 2013	10 Jahre/fällig 15. Mai 2023 Zinslaufbeginn 15. Mai 2013 erster Zinstermin 15. Mai 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
2. Quartal 2013 insgesamt				44 Mrd. €	44 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119808 WKN 111980	Neuemission	8. April 2013	6 Monate/fällig 16. Oktober 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119816 WKN 111981	Neuemission	29. April 2013	12 Monate/fällig 30. April 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119824 WKN 111982	Neuemission	13. Mai 2013	6 Monate/fällig 13. November 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119832 WKN 111983	Neuemission	27. Mai 2013	12 Monate/fällig 28. Mai 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119840 WKN 111984	Neuemission	10. Juni 2013	6 Monate/fällig 11. Dezember 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119857 WKN 111985	Neuemission	24. Juni 2013	12 Monate/fällig 25. Juni 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
2. Quartal 2013 insgesamt				21 Mrd. €	21 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2013 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE000103534 WKN 103053	Aufstockung	9. April 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	7. Mai 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103542 WKN 103054	Aufstockung	11. Juni 2013	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
2. Quartal 2013 insgesamt				2 - 3 Mrd. €/ 3,0 Mrd. €	3,0 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

5./6. September 2013	G20-Gipfel in Sankt Petersburg
13./14. September 2013	Informeller ECOFIN in Litauen
10./11. Oktober 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
11. bis 13. Oktober 2013	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington
14./15. Oktober 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
24./25. Oktober 2013	Europäischer Rat in Brüssel
14./15. November 2013	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 und des Finanzplans bis 2017

16. Januar 2013	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
13. März 2013	Kabinettssitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2013	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
6. bis 8. Mai 2013	Steuerschätzung in Weimar
Ende Mai 2013	Sitzung des Stabilitätsrats
26. Juni 2013	Kabinettssitzung für Regierungsentwurf
9. August 2013	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
3. September 2013	1. Lesung Bundestag
20. September 2013	1. Durchgang Bundesrat

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe <http://dsbb.imf.org>.

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
broschueren@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805/77 80 90¹
Telefax: 01805/77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Minute aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>
<http://www.bmf.bund.de>

 Statistiken und Dokumentationen

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 88

1	Kreditmarktmittel	88
2	Gewährleistungen	89
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	90
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	92
5	Bundeshaushalt 2012 bis 2017	94
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017	95
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Ist 2012.....	97
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	101
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts.....	103
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	105
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	107
12	Entwicklung der Staatsquote.....	108
13	Schulden der öffentlichen Haushalte	109
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	115
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	116
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	117
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	118
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	119
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich.....	120
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	121

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte..... 122

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	122
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	122
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2013	123
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2013.....	124

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....129

1	Produktionslücken, Budgetseielastizität und Konjunkturkomponenten	130
2	Produktionspotenzial und -lücken	131
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum	132
4	Bruttoinlandsprodukt.....	133
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt.....	135
6	Kapitalstock und Investitionen.....	139
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität.....	140
8	Preise und Löhne	141

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	143
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.....	143
2 Preisentwicklung	144
3 Außenwirtschaft	145
4 Einkommensverteilung.....	146
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	147
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	148
7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	149
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	150
9 Übersicht Weltfinanzmärkte	151
Abb. Entwicklung von DAX und Dow Jones	152
10 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	153
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	157

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
in Mio. €

	Stand: 31. Mai 2013	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. Juni 2013
Gliederung nach Schuldenarten				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	49 000	1 000	0	50 000
Anleihen ¹	666 000	5 000	0	671 000
Bundesobligationen	226 000	4 000	0	230 000
Bundesschatzbriefe ²	6 027	0	138	5 890
Bundesschatzanweisungen	128 000	5 000	17 000	116 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	56 224	6 996	6 000	57 221
Finanzierungsschätz ³	123	0	20	103
Tagesanleihe	1 536	0	20	1 516
Schuldscheindarlehen	12 022	0	0	12 022
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	2 579	782	2 236	1 125
Kreditmarktmittel insgesamt	1 147 512			1 144 877
Gliederung nach Restlaufzeiten				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	207 541			205 135
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	377 104			366 991
langfristig (mehr als 4 Jahre)	562 867			572 752
Kreditmarktmittel insgesamt	1 147 512			1 144 877

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätz.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung		Belegung am 30. Juni 2012
		am 30. Juni 2013 in Mrd. €		
Ausfuhren	145,0	131,1		122,1
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	41,7		41,4
FZ-Vorhaben	12,5	5,6		4,0
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0		0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,4		108,2
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2		56,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0		1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0		8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4		22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	100,1		95,3

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations - Haushalt Bund

	Central Government Operations						Current financial market balance/Net borrowing
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme	
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin		
in Mio. €/€ m							
2013 Dezember	-	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-	-
September	-	-	-	-	-	-	-
August	-	-	-	-	-	-	-
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954	
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367	
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176	
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213	
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780	
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168	
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222	
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480	
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749	
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178	
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697	
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379	
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408	
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515	
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195	
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298	
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406	
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254	
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250	
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343	
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280	
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712	
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244	
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851	
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202	
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335	
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257	
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544	
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554	
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841	
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861	

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations - Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14 368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74 930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	-653	-115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14 862	-137	-9 118
2009 Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
Oktober	243 983	204 784	-39 150	-14 675	188	-24 287
September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
Juli	176 517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
Juni	141 466	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483
Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4 767
März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	-122	-1 513
Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	-117	167

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt - Schulden Bund

	Central Government Debt					Debt guaranteed			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen ¹				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	in Mio. €/€ m				
					in Mrd. €/€ bn				
2013 Dezember	-	-	-	-	-	-			
November	-	-	-	-	-	-			
Oktober	-	-	-	-	-	-			
September	-	-	-	-	-	-			
August	-	-	-	-	-	-			
Juli	-	-	-	-	-	-			
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474				
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-				
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-				
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472				
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-				
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-				
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470				
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-				
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-				
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508				
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-				
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-				
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459				
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-				
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-				
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454				
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-				
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-				
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378				
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-				
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-				
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376				
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-				
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-				
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361				
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-				
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-				
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348				
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-				
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-				

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt - Schulden Bund**

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹ Debt guaranteed			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Total outstanding debt in Mrd. €/€ bn				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term		in Mio. €/€ m				
2010									
Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343				
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-				
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-				
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336				
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-				
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-				
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335				
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-				
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-				
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311				
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-				
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-				
2009									
Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341				
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-				
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-				
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328				
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-				
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-				
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325				
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-				
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-				
März	214 171	306 352	482 537	1 003 060	319				
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-				
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-				

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2012 bis 2017
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplan		
	Mrd. €					
1. Ausgaben	306,8	310,0	292,4	299,6	308,3	317,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,6	+ 1,1	- 4,7	+ 1,4	+ 2,9	+ 3,0
2. Einnahmen²	284,0	284,6	289,0	299,3	308,0	317,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 2,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,2	+ 1,8	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,9	+ 2,6
3. Finanzierungssaldo	-22,8	-25,4	-6,5	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,4	8,2	2,2	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	245,2	240,1	216,5	201,6	178,8	220,3
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	9,9	9,2	-1,3	0,0	-2,6	0,7
6. Tilgungen (+)	232,6	224,2	209,0	201,6	176,2	221,0
7. Nettokreditaufnahme	22,5	25,1	6,2	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 43,0	- 4,8	- 14,8	- 15,2	- 1,1	- 0,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

²Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplan		
in Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 046	28 478	28 318	28 094	27 981	27 867
Aktivitätsbezüge	20 619	20 825	20 624	20 320	20 121	19 975
Ziviler Bereich	9 289	10 501	10 561	10 601	10 606	10 638
Militärischer Bereich	11 331	10 324	10 063	9 719	9 515	9 337
Versorgung	7 427	7 653	7 694	7 774	7 861	7 892
Ziviler Bereich	2 538	2 651	2 695	2 733	2 729	2 716
Militärischer Bereich	4 889	5 003	4 999	5 041	5 131	5 176
Laufender Sachaufwand	23 703	24 642	24 348	24 280	24 381	24 379
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 343	1 282	1 292	1 295	1 301
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	10 396	10 174	10 143	10 279	10 395
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	12 903	12 893	12 845	12 807	12 682
Zinsausgaben	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
an andere Bereiche	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
Sonstige	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 554	28 992	31 271	32 417	34 085
an Ausland	0	0	0	-	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	190 271	184 995	191 453	199 435	207 321
an Verwaltungen	17 090	27 419	20 792	21 073	26 429	31 196
Länder	11 529	13 498	14 158	14 318	14 595	15 012
Gemeinden	8	9	7	7	6	5
Sondervermögen	5 552	13 912	6 626	6 747	11 828	16 178
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	170 644	162 852	164 203	170 380	173 006	176 125
Unternehmen	24 225	25 872	26 256	26 264	26 236	26 219
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	26 307	26 456	26 492	26 885	27 114	27 264
an Sozialversicherung	113 424	103 453	103 796	110 051	112 318	115 603
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 697	1 865	1 871	1 874	1 878
an Ausland	5 017	5 372	5 792	5 307	5 462	5 160
an Sonstige	2	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	274 987	266 695	275 140	284 256	293 694

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplan		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 760	8 248	7 408	7 229	7 220	7 208
Baumaßnahmen	6 147	6 703	5 917	5 776	5 719	5 562
Erwerb von beweglichen Sachen	983	964	928	926	904	900
Grunderwerb	629	581	563	528	596	746
Vermögensübertragungen	16 005	15 304	16 631	16 759	16 590	16 408
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 692	16 019	16 150	15 982	15 799
an Verwaltungen	5 789	4 800	4 788	4 761	4 712	4 651
Länder	5 152	4 737	4 709	4 676	4 624	4 566
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	62	78	84	87	85
Sondervermögen	581	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	9 735	9 892	11 230	11 389	11 271	11 148
Sonstige - Inland	6 234	6 396	6 379	6 550	6 475	6 362
Ausland	3 501	3 497	4 851	4 839	4 795	4 786
Sonstige Vermögensübertragungen	480	612	612	609	608	609
an andere Bereiche	480	612	612	609	608	609
Unternehmen - Inland	4	42	30	30	30	30
Sonstige - Inland	129	146	134	132	129	129
Ausland	348	424	449	447	449	450
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	13 040	11 864	6 230	1 774	1 669	1 724
Darlehensgewährung	2 736	3 002	1 744	1 773	1 668	1 629
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 735	3 001	1 744	1 772	1 668	1 629
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	1 380	1 330	1 384	1 269	1 204
Ausland	1 666	1 621	414	388	399	425
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 862	4 486	1	1	95
Inland	0	175	143	1	1	95
Ausland	10 304	8 687	4 343	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 804	35 415	30 270	25 762	25 478	25 340
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	34 804	29 658	25 153	24 871	24 731
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 402	-1 565	-1 302	-1 434	-1 334
Ausgaben zusammen	306 775	310 000	295 400	299 600	308 300	317 700

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	-	14 045
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1 520	-	7 900
02	Auswärtige Angelegenheiten	17 950	4 885	541	183	-	4 161
03	Verteidigung	32 807	32 607	15 327	16 244	-	1 036
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 525	4 039	2 470	1 235	-	334
05	Rechtsschutz	459	427	291	110	-	26
06	Finanzverwaltung	3 878	3 798	2 614	597	-	587
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	-	14 165
13	Hochschulen	4 794	3 880	11	10	-	3 859
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	2 675	2 672	-	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	-	126
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 315	485	854	-	6 976
19	Übrige Bereiche aus 1	751	539	1	5	-	533
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	-	143 981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	-	98 807
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	-	6 469
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	-	1 976
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	-	31 727
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	-	315
29	Übrige Bereiche aus 2	5 089	5 082	135	260	-	4 687
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	-	324
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	-	59
32	Sport und Erholung	132	115	-	4	-	110
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	-	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	-	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	-	804
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	805	-	2	-	804
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	-	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	-	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	-	58
529	Übrige Bereiche aus 52	786	374	-	102	-	271
599	Übrige Bereiche aus 5	27	24	13	9	-	2

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Sach-investitionen	Vermögens-übertragungen	Darlehns-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe					
0	Allgemeine Dienste	1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
02	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
03	Verteidigung	135	59	7	201	174
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
05	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
06	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport und Erholung	-	17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus 5	3	1	-	3	3

¹Inklusive Nachtrag 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	-	1 938
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	-	1 543
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	-	272
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	-	57
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	-	65
69	Regionale Fördermaßnahmen	601	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	79	77	66	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	-	1 086
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	-	72
75	Luftfahrt	363	194	54	23	-	116
799	Übrige Bereiche aus 7	2 871	1 810	407	722	-	681
8	Finanzwirtschaft	46 649	47 013	1 418	402	31 596	13 598
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 598	13 598	-	-	-	13 598
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	31 596	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-	-
88	Globalposten	448	850	850	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	395	395	-	395	-	0
Summe aller Hauptfunktionen		310 000	274 987	28 478	24 642	31 596	190 271

¹Inklusive Nachtrag 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Sachin-vestitionen	Vermögens-übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 350	1 380	1 380
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 396	25	4 421	4 421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus 7	931	130	-	1 062	1 062
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe aller Hauptfunktionen		8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

¹Inklusive Nachtrag 2013.

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	-1,4	-1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	-1,5	-0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	-1,7	-1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	-6,2	-4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	-4,4	-0,5	+8,4	+8,8	-1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2013**
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹
		Ist-Ergebnisse						Soll	
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	1,1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-25,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-25,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,4
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12,8
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41,2
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	-2,7	43,1	-4,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38,1
Steuereinnahmen²	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	-4,8	-0,7	9,7	3,2	1,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-25,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	8,1
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	72,1
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	-68,8	-2 254,1	-111,2	-37,1	-54,5	-67,9	-84,9	-126,9
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0	.	.
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0	.	.

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 Deutschland.

⁴ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	776,2
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	749,9
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-26,2
davon:							
Bund ²							
Kernhaushalt							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	75,4	63,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	80,6	65,1
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	5,3	1,3
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	357,0	353,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	344,5	331,7
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-12,4	-21,4
Länder ³							
Kernhaushalt							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	296,7	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,4	293,5
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,2	-5,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	48,4	44,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	48,0	44,8
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-0,4	0,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	319,6	323,6
Einnahmen	-	-	-	-	-	308,9	317,9
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-10,6	-5,6
Gemeinden ⁴							
Kernhaushalt							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7	1,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	12,3	12,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	11,1	11,3
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-1,2	12,2
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	194,2	196,6
Einnahmen	-	-	-	-	-	191,3	197,5
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-2,9	0,9

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,5
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,5
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-15,4
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-19,3
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-1,1
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-3,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	3,3	0,9
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-8,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-6,7
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,3
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	2,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7	0,9
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7	2,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,8
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,8

¹ Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011 und 2012: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2010 Rechnungsergebnisse; 2011 und 2012: Kassenergebnisse.

Stand: Juli 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen					
	insgesamt	davon				
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
in Mrd. €						
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990						
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4	
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7	
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2	
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7	
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4	
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2	
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5	
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7	
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2	
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3	
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1	
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0	
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7	
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9	
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6	
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5	
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3	
Bundesrepublik Deutschland						
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1	
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0	
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8	
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7	
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2	
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8	
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6	
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0	
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1	

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	615,2	314,3	300,9	51,1	48,9
2014 ²	638,5	330,7	307,8	51,8	48,2
2015 ²	661,9	347,8	314,1	52,6	47,4
2016 ²	683,7	363,2	320,5	53,1	46,9
2017 ²	704,5	378,6	325,9	53,7	46,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,2
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,6	22,7	16,9	38,0	22,1	15,9
2012	40,4	23,4	17,0	38 1/2	22 1/2	16

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.³ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³	
in Relation zum BIP in %				
1960	32,9	21,7		11,2
1965	37,1	25,4		11,6
1970	38,5	26,1		12,4
1975	48,8	31,2		17,7
1980	46,9	29,6		17,3
1985	45,2	27,8		17,4
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,2	28,2		18,0
1992	47,1	27,9		19,2
1993	48,1	28,2		19,9
1994	48,0	28,0		20,0
1995 ⁴	48,2	27,7		20,6
1995	54,9	34,3		20,6
1996	49,1	27,6		21,4
1997	48,2	27,0		21,2
1998	48,0	26,9		21,1
1999	48,2	27,0		21,3
2000 ⁵	47,6	26,4		21,2
2000	45,1	23,9		21,2
2001	47,6	26,3		21,4
2002	47,9	26,2		21,7
2003	48,5	26,4		22,0
2004	47,1	25,8		21,3
2005	46,9	26,0		20,9
2006	45,3	25,4		19,9
2007	43,5	24,5		19,0
2008	44,1	25,0		19,1
2009	48,2	27,1		21,1
2010	47,7	27,4		20,3
2011	45,3	25,7		19,6
2012	45,1	25,5		19,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 383 767	1 454 116	1 524 802	1 573 816	1 583 661	1 652 598	1 768 919
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Schulden (Mio. €)							
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,5	68,0	65,2	66,8	74,5
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,2
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹
Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	in Mio. €				in % der Schulden insgesamt		
Öffentlicher Gesamthaushalt²	.	2 011 677	2 025 438	2 068 289	100,0	100,0	100,0
Bund							
Kern- und Extrahaushalte	.	1 287 460	1 279 583	1 287 517	64,0	63,2	62,3
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270	1 273 179	63,2	62,8	61,6
Kassenkredite	.	16 256	7 313	14 338	0,8	0,4	0,7
Kernhaushalte	.	1 035 647	1 043 401	1 072 882	51,5	51,5	51,9
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088	1 058 939	50,8	51,2	51,2
Kassenkredite	.	13 454	7 313	13 943	0,7	0,4	0,7
Extrahaushalte	.	251 813	236 181	214 635	12,5	11,7	10,4
Wertpapierschulden und Kredite	62 531	249 012	236 181	214 240	12,4	11,7	10,4
Kassenkredite	2 998	2 802	-	395	0,1	0,0	0,0
im Einzelnen:							
Entschädigungsfonds	0	-	-	-	-	-	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	15 500	14 500	11 000	11 000	0,7	0,5	0,5
SoFFin (FMS)	36 540	28 552	17 292	20 450	1,4	0,9	1,0
Investitions- und Tilgungsfonds	7 493	13 991	21 232	21 265	0,7	1,0	1,0
FMS-Wertmanagement	0	191 968	186 480	161 520	9,5	9,2	7,8
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	.	-	177	5	-	0,0	0,0
Kassenkredite	.	2 802	-	395	0,1	0,0	0,0
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	.	2 802	-	395	0,1	0,0	0,0
Länder							
Kern- und Extrahaushalte	526 357	600 110	615 399	644 929	29,8	30,4	31,2
Wertpapierschulden und Kredite	.	595 180	611 651	638 626	29,6	30,2	30,9
Kassenkredite	.	4 930	3 748	6 304	0,2	0,2	0,3
Kernhaushalte	.	524 162	532 591	538 389	26,1	26,3	26,0
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371	535 322	25,8	26,1	25,9
Kassenkredite	.	4 835	3 220	3 067	0,2	0,2	0,1
Extrahaushalte	.	75 948	82 808	106 541	3,8	4,1	5,2
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280	103 303	3,8	4,1	5,0
Kassenkredite	.	95	528	3 237	0,0	0,0	0,2

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹
 Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	in Mio. €				in % der Schulden insgesamt		
Gemeinden							
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte	82 787	123 569	129 633	135 178	6,1	6,4	6,5
Wertpapierschulden und Kredite	.	84 363	85 613	87 758	4,2	4,2	4,2
Kassenkredite	.	39 206	44 020	47 419	1,9	2,2	2,3
Kernhaushalte	.	115 253	121 092	126 331	5,7	6,0	6,1
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 283	79 169	3,8	3,8	3,8
Kassenkredite	.	38 927	43 808	47 162	1,9	2,2	2,3
Zweckverbände ³	.	1 602	1 675	1 680	0,1	0,1	0,1
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626	1 632	0,1	0,1	0,1
Kassenkredite	.	52	49	48	0,0	0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden	.	6 713	6 867	7 166	0,3	0,3	0,3
Wertpapierschulden und Kredite	6 322	6 486	6 704	6 957	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite	.	227	163	210	0,0	0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung							
Kern- und Extrahaushalte	567	539	823	665	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	.	539	765	661	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0	58	4	0,0	0,0	0,0
Kernhaushalte	.	506	735	627	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735	627	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0	0	0	0,0	0,0	0,0
Extrahaushalte ⁴	.	32	88	38	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30	34	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0	58	4	0,0	0,0	0,0
Schulden insgesamt (Euro)							
je Einwohner	.	24 607	24 771	25 725			
Maastricht-Schuldenstand	1 768 919	2 056 089	2 085 181	2 166 278			
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2374,2	2495,0	2609,9	2666,4			
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81 750 716	80 233 104	80 399 253			

¹ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

² Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012
	in % des BIP			
Öffentlicher Gesamthaushalt²	.	80,6	77,6	77,6
Bund				
Kern- und Extrahaushalte	.	51,6	49,0	48,3
Wertpapierschulden und Kredite	43,5	51,0	48,7	47,7
Kassenkredite	.	0,7	0,3	0,5
Kernhaushalte	.	41,5	40,0	40,2
Wertpapierschulden und Kredite	41,0	41,0	39,7	39,7
Kassenkredite	.	0,5	0,3	0,5
Extrahaushalte	.	10,1	9,0	8,0
Wertpapierschulden und Kredite	2,6	10,0	9,0	8,0
Kassenkredite	.	0,1	0,0	0,0
im Einzelnen:	.			
Entschädigungsfonds	0,0	-	-	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	.	0,6	0,4	0,4
SoFFin (FMS)	.	1,1	0,7	0,8
Investitions- und Tilgungsfonds	.	0,6	0,8	0,8
FMS-Wertmanagement	.	7,7	7,1	6,1
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	.	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite		0,1	0,0	0,0
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	.	0,1	0,0	0,0
Länder				
Kern- und Extrahaushalte	22,2	24,1	23,6	24,2
Wertpapierschulden und Kredite	.	23,9	23,4	24,0
Kassenkredite	.	0,2	0,1	0,2
Kernhaushalte	.	21,0	20,4	20,2
Wertpapierschulden und Kredite	21,0	20,8	20,3	20,1
Kassenkredite	.	0,2	0,1	0,1
Extrahaushalte	.	3,0	3,2	4,0
Wertpapierschulden und Kredite	1,2	3,0	3,2	3,9
Kassenkredite	.	0,0	0,0	0,1

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2011	2012
	in % des BIP			
Gemeinden				
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte	3,5	5,0	5,0	5,1
Wertpapierschulden und Kredite	.	3,4	3,3	3,3
Kassenkredite	.	1,6	1,7	1,8
Kernhaushalte	.	4,6	4,6	4,7
Wertpapierschulden und Kredite	3,2	3,1	3,0	3,0
Kassenkredite	.	1,6	1,7	1,8
Zweckverbände ³	.	0,1	0,1	0,1
Wertpapierschulden und Kredite	0,1	0,1	0,1	0,1
Kassenkredite	.	0,0	0,0	0,0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden	.	0,3	0,3	0,3
Wertpapierschulden und Kredite	0,3	0,3	0,3	0,3
Kassenkredite	.	0,0	0,0	0,0
Gesetzliche Sozialversicherung				
Kern- und Extrahaushalte	.	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	.	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0,0	0,0	0,0
Kernhaushalte	.	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0,0	0,0	0,0
Extrahaushalte ⁴	.	0,0	0,0	0,0
Wertpapierschulden und Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0
Kassenkredite	.	0,0	0,0	0,0
Maastricht-Schuldenstand	74,5	82,4	79,9	81,2

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

²Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
							in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,3	-15,9	18,3	0,1	-0,6	0,7	-26 1/2	-1

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

2009 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012. 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2013.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010 Rechnungsergebniss; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	-0,2	0,0
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-5,6	-3,8	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,0	0,2	1,2	-0,3	-0,3	0,2
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-15,6	-10,7	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-11,2	-9,7	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,5	-7,1	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,7	1,7	-13,9	-30,8	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-5,5	-4,5	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-6,1	-5,3	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,7	-3,6	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,6	-5,1	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,1	-4,5	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-10,2	-9,8	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-8,0	-7,7	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-6,2	-5,9	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-2,5	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,4	-6,2	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-4,3	-3,1	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-9,8	-8,1	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,4	-7,9	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-9,0	-6,8	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	-0,7	0,3	0,2	-0,5	-1,1	-0,4
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-5,8	-4,8	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,6	-4,3	4,3	-1,9	-3,0	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,6	-3,4	-11,5	-10,2	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,9	-6,5	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,8	-8,3	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-11,9	-11,3	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose und Statistischer Annex, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	74,5	82,4	80,4	81,9	81,1	78,6
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	95,5	97,8	99,6	101,4	102,1
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	7,2	6,7	6,2	10,1	10,2	9,6
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	129,7	148,3	170,3	156,9	175,2	175,0
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	53,9	61,5	69,3	84,2	91,3	96,8
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	79,2	82,4	85,8	90,2	94,0	96,2
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	64,8	92,1	106,4	117,6	123,3	119,5
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	116,4	119,3	120,8	127,0	131,4	132,2
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	58,5	61,3	71,1	85,8	109,5	124,0
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	15,3	19,2	18,3	20,8	23,4	25,2
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,4	67,4	70,3	72,1	73,9	74,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	60,8	63,1	65,5	71,2	74,6	75,8
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	69,2	72,0	72,5	73,4	73,8	73,7
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	83,7	94,0	108,3	123,6	123,0	124,3
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	35,6	41,0	43,3	52,1	54,6	56,7
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	35,0	38,6	46,9	54,1	61,0	66,5
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	43,5	48,6	49,0	53,0	56,2	57,7
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	80,0	85,6	88,0	92,7	95,5	96,0
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	14,6	16,2	16,3	18,5	17,9	20,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	40,7	42,7	46,4	45,8	45,0	46,4
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	36,9	44,4	41,9	40,7	43,2	40,1
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	29,3	37,9	38,5	40,7	40,1	39,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	50,9	54,8	56,2	55,6	57,5	58,9
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	23,6	30,5	34,7	37,8	38,6	38,5
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	42,6	39,4	38,4	38,2	40,7	39,0
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	34,2	37,8	40,8	45,8	48,3	50,1
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	79,8	81,8	81,4	79,2	79,7	78,9
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	67,8	79,4	85,5	90,0	95,5	98,7
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	74,6	80,2	83,1	86,9	89,8	90,6
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	210,2	215,0	232,0	237,5	243,6	242,9
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	89,5	98,7	103,1	107,6	110,6	111,3

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose und Statistischer Annex, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP								
	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP											
	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	44,1	48,2	47,7	45,3	45,0	45,4	45,1
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	49,7	53,6	52,4	53,2	54,7	54,1	54,2
Estland	—	—	41,3	36,1	33,6	39,7	45,5	40,7	38,3	40,5	39,6	37,6
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	49,2	55,9	55,5	54,7	55,6	56,3	56,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	53,3	56,8	56,5	55,9	56,6	57,2	57,1
Griechenland	—	45,2	46,2	47,1	44,4	50,5	54,0	51,3	51,9	54,7	47,3	46,5
Irland	52,5	42,3	41,0	31,2	33,9	43,1	48,6	66,1	48,2	42,2	42,3	39,4
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	48,6	52,0	50,5	50,0	50,7	51,1	50,2
Luxemburg	—	37,8	39,7	37,6	41,5	39,1	44,6	42,9	41,8	43,0	43,1	43,4
Malta	—	—	38,5	39,5	43,6	43,2	42,4	42,0	42,1	43,9	44,6	44,7
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	46,2	51,4	51,3	49,9	50,4	50,9	50,8
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	49,3	52,6	52,6	50,5	51,2	51,3	50,8
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,7	49,7	51,5	49,4	47,4	48,6	46,6
Slowakei	—	—	48,6	52,1	38,0	34,9	41,6	40,0	38,3	37,4	36,9	36,3
Slowenien	—	—	52,3	46,5	45,3	44,3	49,3	50,4	50,8	49,0	50,3	49,1
Spanien	—	—	44,5	39,2	38,4	41,5	46,3	46,3	45,1	47,0	43,3	42,9
Zypern	—	—	33,4	37,1	43,1	42,1	46,2	46,2	46,0	46,3	47,1	47,5
Bulgarien	—	—	45,6	41,3	37,3	38,4	41,4	37,4	35,6	35,7	37,5	38,2
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,6	58,0	57,5	57,5	59,5	57,8	56,8
Lettland	—	31,5	38,4	37,6	35,8	39,1	43,8	43,4	38,4	36,4	35,5	34,7
Litauen	—	—	34,4	38,9	33,2	37,2	44,9	42,4	38,8	36,1	35,6	34,8
Polen	—	—	47,7	41,1	43,4	43,2	44,6	45,4	43,4	42,3	41,6	41,0
Rumänien	—	—	34,1	38,6	33,6	39,3	41,1	40,1	39,4	36,4	36,6	36,8
Schweden	—	—	65,0	55,1	53,6	51,7	54,7	52,0	51,0	51,8	52,2	51,5
Tschechien	—	—	53,0	41,6	43,0	41,2	44,7	43,8	43,0	44,5	43,4	43,3
Ungarn	—	—	55,8	47,7	50,1	49,3	51,5	49,7	49,5	48,4	49,6	50,3
Vereinigtes Königreich	48,4	40,8	43,4	36,8	43,8	47,7	51,4	50,5	48,6	48,5	48,5	47,8
Euroraum	—	—	52,8	46,2	47,3	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,7	49,3
EU-27	—	—	51,9	44,8	46,7	47,1	51,1	50,6	49,1	49,4	49,2	48,8
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	39,1	42,8	42,7	41,7	40,3	39,6	39,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	36,9	41,9	40,7	42,0	42,5	42,8	42,3

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	EU-Haushalt 2011 ¹				EU-Haushalt 2012 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8
4. EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2 360,9

 Statistiken und Dokumentationen

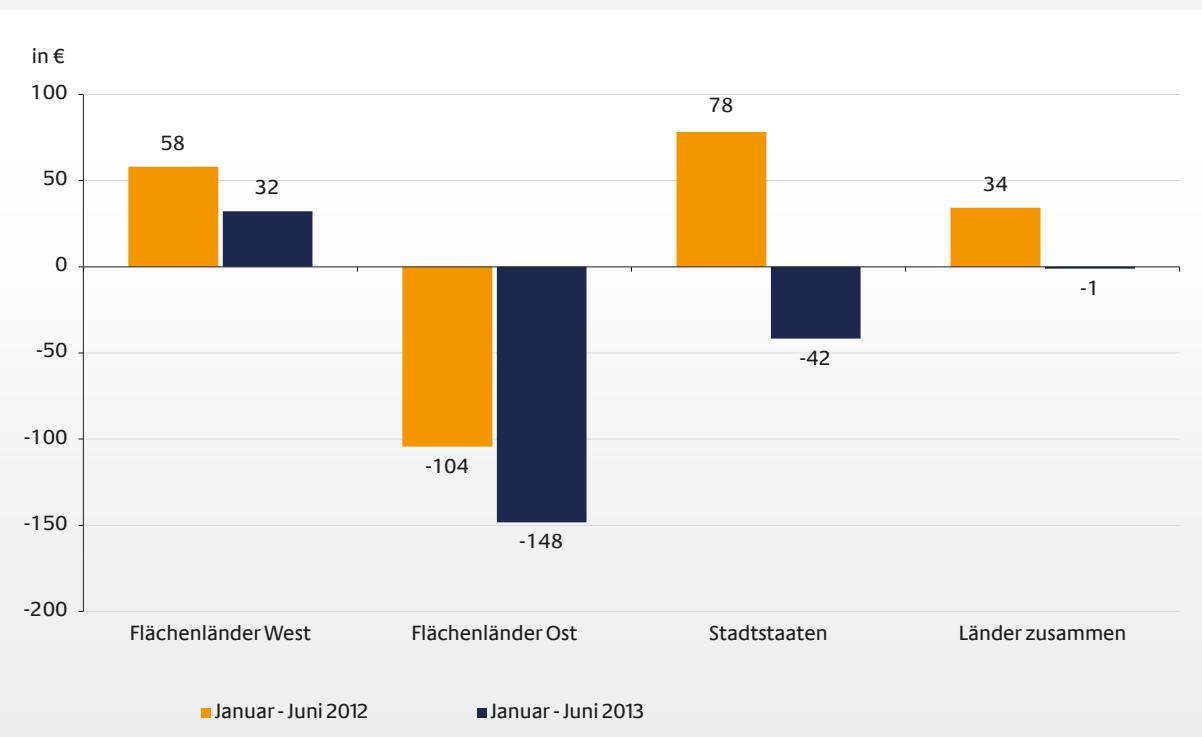
ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
Bereinigte Einnahmen	213 600	108 996	52 488	26 028	36 915	19 571	296 383	150 902
darunter:								
Steuereinnahmen	167 466	84 836	30 145	14 986	23 565	12 150	221 176	111 972
Übrige Einnahmen	46 134	24 160	22 343	11 042	13 350	7 421	75 207	38 930
Bereinigte Ausgaben	224 362	111 000	52 944	24 169	38 531	19 332	309 217	150 808
darunter:								
Personalausgaben	87 640	44 126	13 032	6 343	11 146	6 099	111 819	56 569
Lf.d. Sachaufwand	14 449	6 566	3 808	1 688	8 334	4 593	26 591	12 846
Zinsausgaben	13 019	7 405	2 635	1 424	3 948	2 089	19 601	10 918
Sachinvestitionen	4 401	1 310	1 755	431	799	251	6 955	1 992
Zahlungen an Verwaltungen	65 309	32 059	18 220	8 719	814	450	77 723	37 536
Übrige Ausgaben	39 544	19 534	13 495	5 564	13 489	5 849	66 528	30 947
Finanzierungssaldo	-10 762	-2 004	- 456	1 859	-1 605	239	-12 823	94

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013



Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2013

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Juni 2012			Mai 2013			Juni 2013			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	129 741	143 019	264 592	103 903	118 669	214 595	132 239	150 902	273 365	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	128 283	137 723	266 006	101 712	113 627	215 339	129 947	145 263	275 210	
111	Steuereinnahmen	119 123	107 419	226 542	93 892	88 002	181 894	120 691	111 972	232 663	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 334	24 647	25 982	832	20 407	21 239	1 057	27 121	28 179	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 367	1 367	-	535	535	-	1 398	1 398	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 458	5 296	6 754	2 191	5 042	7 233	2 292	5 639	7 931	
121	Veräußerungserlöse	720	566	1 286	1 476	144	1 620	1 486	171	1 658	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	624	375	999	1 399	69	1 468	1 397	69	1 466	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	179	2 799	2 978	286	2 736	3 022	288	2 877	3 165	
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	148 013	145 767	285 613	128 869	122 918	243 810	150 687	150 808	291 719	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	138 800	134 516	273 316	117 537	114 398	231 935	137 596	139 362	276 958	
211	Personalausgaben	14 303	55 221	69 524	12 466	47 341	59 807	14 904	56 569	71 473	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 215	16 130	20 345	3 666	13 973	17 639	4 433	16 835	21 268	
212	Laufender Sachaufwand	9 356	12 410	21 766	7 526	10 811	18 337	9 224	12 846	22 070	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	4 991	7 957	12 948	4 698	6 892	11 590	5 606	8 211	13 817	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	15 844	11 706	27 550	15 178	9 880	25 058	15 776	10 918	26 694	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7 211	30 892	38 103	7 370	24 824	32 194	9 321	33 560	42 881	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	42	42	-	-46	-46	-	-167	-167	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	28 819	28 824	3	23 190	23 193	4	31 646	31 650	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	9 213	11 251	20 465	11 332	8 521	19 852	13 091	11 446	24 537	
221	Sachinvestitionen	2 333	2 011	4 344	1 519	1 567	3 086	2 142	1 992	4 134	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 909	3 773	5 682	1 740	2 824	4 563	1 842	3 976	5 818	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	8 988	11 023	20 011	11 082	8 245	19 327	12 829	11 126	23 955	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juni 2013

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Juni 2012			Mai 2013			Juni 2013			
Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-18 231 ²	-2 749	-20 980	-24 939 ²	-4 250	-29 189	-18 410 ²	94	-18 316	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentialtigung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	134 069	38 179	172 248	101 139	34 595	135 734	119 219	38 709	157 928	
42	Schuldentialtigung am Kreditmarkt	117 554	52 366	169 920	98 962	48 830	147 792	120 586	54 921	175 507	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	16 515	-14 188	2 328	2 176	-14 234	-12 058	-1 367	-16 213	-17 580	
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-26 440	4 558	-21 882	278	6 922	7 200	-3 439	5 224	1 785	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	18 112	18 112	-	17 395	17 395	-	19 758	19 758	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	26 522	-1 970	24 552	-277	-8 736	-9 014	3 449	-2 677	771	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2013

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	19 447	24 418 ^a	5 312	10 993	3 458	13 582	28 234	6 614	1 468	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	18 972	23 442 ^b	4 835	10 712	3 234	13 169	27 389	6 344	1 440	
111	Steuereinnahmen	14 544	18 710	2 961	8 825	1 870	10 407 ⁴	22 717	4 887	1 171	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 445	2 276	1 539	1 284	1 165	1 669	3 305	1 011	208	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	110	-	88	92	- 22	44	22	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	259	-	230	152	79	90	38	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	475	975 ^c	477	281	225	413	844	270	29	
121	Veräußerungserlöse	0	0	3	5	2	3	4	57	4	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	2	-	57	3	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	295	484	95	239	70	335	490	117	21	
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	20 500	22 597 ^d	4 835	11 203	3 383	13 026	29 945	7 365	2 019	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	19 010	20 789 ^d	4 346	10 419	3 033	12 360	27 444	6 719	1 884	
211	Personalausgaben	8 546	10 112	1 242	4 081	861	4 994 ²	10 601 ²⁾	3 044	782	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 862	2 991	114	1 359	62	1 641	3 657	978	313	
212	Laufender Sachaufwand	879	1 600 ^e	263	804	206	876	1 608	490	86	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	819	1 283 ^e	225	643	182	676	1 194	414	77	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 101	670 ^f	285	949	203	912	2 305	674	337	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 921	6 181	1 743	3 020	1 126	3 542	7 475	1 554	299	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	1 063	2 014	-	865	-	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4 755	4 130	1 482	2 115	959	3 425	7 403	1 521	295	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 490	1 808	489	784	350	667	2 502	647	135	
221	Sachinvestitionen	214	563	24	242	75	86	119	26	18	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	665	586	148	336	115	132	1 076	209	35	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 426	1 779	489	754	350	667	2 412	602	124	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2013

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 054	1 820 ^g	477	- 211	75	556	-1 712	- 751	- 551
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 155	1 191 ^h	1 400	2 203	680	709	9 572	2 983	794
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 262	2 669 ⁱ	3 279	4 471	753	2 428	10 635	4 822	792
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 107	-1 478 ⁱ	-1 879	-2 268	-73	-1 719	-1 063	-1 839	2
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	310	270	20	-	150	1 301	156
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 112	6 130	88	1 173	439	2 142	2 118	2	502
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 167	-	-873	-1 306	682	558	2 395	1 301	-47

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Juli-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 730,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 279,3 Mio. €, d 239,1 Mio. €, e 0,4 Mio. €, f 238,7 Mio. €,
g 491,4 Mio. €, h 121,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j -4,0 Mio. €.

⁴ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2013

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	8 187	4 593	4 657	4 478	11 875	1 899	5 791	150 902
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	7 717	4 420	4 521	4 200	11 408	1 856	5 709	145 263
111	Steuereinnahmen	4 971	2 606	3 574	2 578	6 297	1 153	4 700	111 972
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 440	1 590	651	1 408	4 115	483	533	27 121
1121	darunter: Allgemeine BEZ	200	110	51	110	532	89	- 26	1 398
1122	Länderfinanzausgleich ¹	482	271	58	274	1 951	221	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	470	173	136	278	467	44	82	5 639
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	4	82	0	6	171
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	0	1	0	5	69
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	237	97	70	107	128	34	58	2 877
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	7 240	4 655	4 759	4 057	11 145	2 389	5 793	150 808
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	6 463	4 348	4 594	3 782	10 665	2 221	5 390	139 362
211	Personalausgaben	1 906	1 184	1 968	1 150	3 649	717	1 733	56 569
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	116	100	722	86	961	249	624	16 835
212	Laufender Sachaufwand	448	489	222	282	2 632	383	1 579	12 846
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	323	155	185	170	1 128	173	564	8 211
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	184	391	457	361	1 279	380	430	10 918
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 411	1 405	1 405	1 281	145	79	76	33 560
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	- 5	- 167
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 024	1 158	1 287	1 073	4	6	11	31 646
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	777	306	165	275	480	168	403	11 446
221	Sachinvestitionen	191	70	41	71	76	16	159	1 992
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung) nachrichtlich: Investitionsausgaben	287	125	40	79	37	68	39	3 976
223		777	306	164	275	433	166	403	11 126

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juni 2013

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	947	- 62	- 102	421	730	- 490	- 1	94
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 125	1 026	963	2 764	5 786	2 359	38 709
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	676	2 492	1 801	1 097	5 086	5 324	2 335	54 921
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-676	633	- 775	- 134	-2 322	462	24	-16 213
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	2 040	-	-	774	203	-	5 224
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 550	86	-	100	422	511	1 384	19 758
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 156	- 871	612	- 764	- 64	23	-2 677

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Juli-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 730,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 279,3 Mio. €, d 239,1 Mio. €, e 0,4 Mio. €, f 238,7 Mio. €, g 491,4 Mio. €, h 121,0 Mio. €, i 125,0 Mio. €, j -4,0 Mio. €.

⁴ NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) i. H. v. 0,1 Mio. €.

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetseimielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (s. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclicallyadjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die

gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2013 der Bundesregierung.
6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes

ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturrell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturrell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetseimielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden. (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_123210/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetseimielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹ in Mrd. € (nominal)
2014	2 813,7	2 791,4	-22,3	0,210	-4,7
2015	2 890,7	2 875,0	-15,7	0,210	-3,3
2016	2 968,3	2 961,1	-7,2	0,210	-1,5
2017	3 049,8	3 049,8	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,5		835,2		32,3	2,3	19,5	2,3
1981	1 413,9	+2,2	889,2	+6,5	9,4	0,7	5,9	0,7
1982	1 442,2	+2,0	948,5	+6,7	-24,5	-1,7	-16,1	-1,7
1983	1 470,7	+2,0	994,5	+4,8	-30,8	-2,1	-20,8	-2,1
1984	1 500,7	+2,0	1 034,9	+4,1	-20,1	-1,3	-13,9	-1,3
1985	1 531,7	+2,1	1 078,8	+4,2	-16,7	-1,1	-11,8	-1,1
1986	1 566,6	+2,3	1 136,4	+5,3	-16,9	-1,1	-12,3	-1,1
1987	1 603,4	+2,4	1 178,0	+3,7	-32,0	-2,0	-23,5	-2,0
1988	1 643,4	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,8	-0,8	-10,3	-0,8
1989	1 689,4	+2,8	1 298,5	+5,8	3,8	0,2	2,9	0,2
1990	1 739,8	+3,0	1 382,6	+6,5	42,4	2,4	33,7	2,4
1991	1 793,2	+3,1	1 469,1	+6,3	80,0	4,5	65,5	4,5
1992	1 847,7	+3,0	1 595,5	+8,6	61,3	3,3	52,9	3,3
1993	1 896,3	+2,6	1 702,7	+6,7	-6,4	-0,3	-5,8	-0,3
1994	1 936,2	+2,1	1 781,8	+4,6	0,4	0,0	0,4	0,0
1995	1 970,8	+1,8	1 850,2	+3,8	-1,8	-0,1	-1,7	-0,1
1996	2 002,2	+1,6	1 891,7	+2,2	-17,6	-0,9	-16,7	-0,9
1997	2 031,8	+1,5	1 924,6	+1,7	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,7	-0,2	-4,4	-0,2
1999	2 093,3	+1,5	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1
2000	2 126,7	+1,6	2 016,6	+0,9	32,5	1,5	30,9	1,5
2001	2 159,6	+1,5	2 070,9	+2,7	32,3	1,5	31,0	1,5
2002	2 190,7	+1,4	2 130,8	+2,9	1,5	0,1	1,4	0,1
2003	2 219,1	+1,3	2 182,1	+2,4	-35,2	-1,6	-34,6	-1,6
2004	2 247,2	+1,3	2 233,3	+2,3	-37,9	-1,7	-37,6	-1,7
2005	2 274,6	+1,2	2 274,6	+1,8	-50,2	-2,2	-50,2	-2,2
2006	2 304,2	+1,3	2 311,4	+1,6	2,5	0,1	2,5	0,1
2007	2 334,2	+1,3	2 379,6	+3,0	47,9	2,1	48,9	2,1
2008	2 362,4	+1,2	2 427,1	+2,0	45,5	1,9	46,7	1,9
2009	2 384,0	+0,9	2 478,0	+2,1	-99,5	-4,2	-103,5	-4,2
2010	2 408,3	+1,0	2 526,5	+2,0	-28,9	-1,2	-30,3	-1,2
2011	2 438,1	+1,2	2 578,4	+2,1	13,4	0,6	14,2	0,6
2012	2 472,4	+1,4	2 648,8	+2,7	-4,6	-0,2	-4,9	-0,2
2013	2 506,4	+1,4	2 731,5	+3,1	-27,4	-1,1	-29,9	-1,1
2014	2 539,8	+1,3	2 813,7	+3,0	-20,2	-0,8	-22,3	-0,8
2015	2 568,9	+1,1	2 890,7	+2,7	-14,0	-0,5	-15,7	-0,5
2016	2 597,1	+1,1	2 968,3	+2,7	-6,3	-0,2	-7,2	-0,2
2017	2 627,1	+1,2	3 049,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,4	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,4	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,5	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,2	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,4	0,4	0,4
2012	+1,4	0,4	0,6	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,3	0,5	0,4	0,4
2015	+1,1	0,6	0,2	0,4
2016	+1,1	0,6	0,0	0,4
2017	+1,2	0,7	0,0	0,4

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 467,7	+0,7	2 643,9	+2,0
2013	2 478,9	+0,5	2 701,6	+2,2
2014	2 519,6	+1,6	2 791,4	+3,3
2015	2 555,0	+1,4	2 875,0	+3,0
2016	2 590,8	+1,4	2 961,1	+3,0
2017	2 627,1	+1,4	3 049,8	+3,0

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100).

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 632	.	.	59,9	32 275	.
1961	54 667	+0,1	.	60,4	32 725	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 603	+0,6
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 164	+1,4
2012	63 205	-0,0	69,4	69,5	41 613	+1,1
2013	63 108	-0,2	69,7	69,8	41 813	+0,5
2014	62 884	-0,4	70,0	70,0	41 933	+0,3
2015	62 587	-0,5	70,3	70,3	42 016	+0,2
2016	62 250	-0,5	70,6	70,6	42 100	+0,2
2017	61 957	-0,5	70,9	70,9	42 184	+0,2
2018	61 734	-0,4	71,1	71,1	.	.
2019	61 507	-0,4	71,4	71,3	.	.
2020	61 381	-0,2	71,6	71,6	.	.

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
1960	.	.	2 165		25 095		1,4	.
1961	.	.	2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	.
1965	2 065	.	2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	.
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	.
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,1
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,5
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1 811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,6
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,1
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,7
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,2
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,2
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,2

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert			in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.			
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 406	-0,4	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,4
2010	1 402	-0,3	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,8
2011	1 399	-0,2	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,3
2012	1 396	-0,2	1 397	-0,7	37 067	+1,2	5,3	5,7
2013	1 395	-0,1	1 389	-0,6	37 287	+0,6	5,1	5,1
2014	1 394	-0,0	1 393	+0,3	37 375	+0,2	4,8	4,5
2015	1 394	+0,0	1 394	+0,1	37 450	+0,2	4,5	4,2
2016	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 524	+0,2	4,2	4,1
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37 599	+0,2	4,0	4,0
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1
2020	1 401	+0,1	1 400	+0,1

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.²NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

█ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote tatsächlich bzw. prognostiziert	
	preisbereinigt		preisbereinigt			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4	
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2	
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3	
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5	
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5	
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6	
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7	
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7	
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7	
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8	
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9	
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6	
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4	
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3	
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5	
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4	
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5	
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5	
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6	
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7	
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7	
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7	
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7	
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9	
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0	
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1	
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2	
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2	
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2	
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0	
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4	
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5	
2012	12 392,5	+1,1	427,8	-2,5	2,4	
2013	12 528,5	+1,1	426,9	-0,2	2,3	
2014	12 661,0	+1,1	444,3	+4,1	2,5	
2015	12 798,6	+1,1	456,7	+2,8	2,5	
2016	12 947,8	+1,2	469,4	+2,8	2,5	
2017	13 106,0	+1,2	482,5	+2,8	2,5	

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität log
	log	
1980	-7,4285	-7,4395
1981	-7,4270	-7,4295
1982	-7,4314	-7,4191
1983	-7,4141	-7,4076
1984	-7,3961	-7,3952
1985	-7,3814	-7,3820
1986	-7,3718	-7,3679
1987	-7,3662	-7,3529
1988	-7,3450	-7,3365
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2838
1992	-7,2459	-7,2676
1993	-7,2510	-7,2533
1994	-7,2351	-7,2406
1995	-7,2238	-7,2295
1996	-7,2171	-7,2195
1997	-7,2052	-7,2101
1998	-7,2001	-7,2010
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1631
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1469
2005	-7,1532	-7,1395
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1256
2008	-7,1081	-7,1201
2009	-7,1476	-7,1159
2010	-7,1254	-7,1114
2011	-7,1084	-7,1070
2012	-7,1083	-7,1026
2013	-7,1071	-7,0978
2014	-7,0982	-7,0924
2015	-7,0900	-7,0865
2016	-7,0822	-7,0801
2017	-7,0745	-7,0734

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	24,2	.	27,7	.	83,9	.
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,1	+1,3	110,2	+1,6	1 375,5	+3,7
2013	109,0	+1,7	112,1	+1,7	1 416,3	+3,0
2014	110,8	+1,7	114,2	+1,9	1 459,7	+3,1
2015	112,5	+1,6	116,2	+1,7	1 499,4	+2,7
2016	114,3	+1,6	118,2	+1,7	1 539,8	+2,7
2017	116,1	+1,6	120,2	+1,7	1 581,3	+2,7

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Jahr	in Mio.				gesamt	je Erwerbs- täti gen	je Erwerbs- täti gen- stunde	
1991	38,7	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2012	41,6	+1,0	53,6	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,2	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,2	3,0	6,8	+0,7	-0,2	+0,2	17,9

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p.a.						
1991
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,1	+1,2
2012	+2,0	+1,3	-0,7	+1,7	+1,7	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,7	+1,0	-0,6	+1,3	+1,5	+1,6	+2,1

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p.a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2012	+4,9	+3,9	149,3	177,5	51,6	46,0	5,6	6,7
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,6	+4,5	143,8	158,7	47,8	42,0	5,8	6,3

¹In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2013.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
				in %			
1991	.	.	.	70,8	70,8	.	.
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5
2012	+2,5	+0,1	+3,7	68,1	69,0	+2,7	+0,6
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,6	-1,0	+3,0	66,3	67,6	+2,1	+0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährige Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	-5,1	+4,2	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8
Belgien	+1,7	+3,1	+22,9	+3,7	+1,8	-2,8	+2,4	+1,8	-0,3	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-14,1	+3,3	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+3,5	+2,3	-3,1	-4,9	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-3,7	-0,3	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-3,1	+1,7	+2,0	+0,0	-0,1	+1,1
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,7	+5,9	-5,5	-0,8	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-5,5	+1,7	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	-1,9	+1,3	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	-4,1	+2,9	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	-2,6	+2,9	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8
Niederlande	+2,5	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	-3,7	+1,6	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	-3,8	+2,1	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	-2,9	+1,9	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	-4,9	+4,4	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	-7,8	+1,2	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	-8,5	+3,3	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	-4,4	+2,0	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2
Bulgarien	-	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-5,7	+1,6	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+5,7	+10,1	-17,7	-0,9	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	-14,8	+1,5	+5,9	+3,7	+3,1	+3,6
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+1,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-6,6	-1,1	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-5,0	+6,6	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	-4,5	+2,5	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	-6,8	+1,3	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,2	+2,8	-4,0	+1,8	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7
EU	-	-	+2,6	+3,9	+2,1	-4,3	+2,1	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-5,5	+4,7	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-3,1	+2,4	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose und Statistischer Annex, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6
Belgien	+4,5	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6
Estland	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1
Griechenland	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4
Spanien	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8
Frankreich	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7
Irland	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3
Italien	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5
Zypern	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2
Luxemburg	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7
Malta	+4,7	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9
Niederlande	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5
Österreich	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8
Portugal	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0
Slowakei	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0
Slowenien	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4
Finnland	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2
Euroraum	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5
Bulgarien	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6
Dänemark	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6
Lettland	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1
Litauen	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7
Polen	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0
Rumänien	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1
Schweden	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4
Tschechien	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2
Ungarn	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5
EU	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7
Japan	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8
USA	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,8	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,9	8,3	7,2	7,6	8,0	8,0
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	13,8	16,9	12,5	10,2	9,7	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	9,5	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	18,0	20,1	21,7	25,0	27,0	26,4
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,5	9,7	9,6	10,2	10,6	10,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	12,0	13,9	14,7	14,7	14,2	13,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	7,8	8,4	8,4	10,7	11,8	12,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	5,4	6,3	7,9	11,9	15,5	16,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	5,1	4,6	4,8	5,1	5,5	5,8
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,9	6,5	6,4	6,3	6,1
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,7	4,5	4,4	5,3	6,9	7,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,3	4,7	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	10,6	12,0	12,9	15,9	18,2	18,5
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	12,1	14,5	13,6	14,0	14,5	14,1
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	5,9	7,3	8,2	8,9	10,0	10,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,2	8,4	7,8	7,7	8,1	8,0
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	9,6	10,1	10,2	11,4	12,2	12,1
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,8	10,3	11,3	12,3	12,5	12,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	6,0	7,5	7,6	7,5	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	18,2	19,8	16,2	14,9	13,7	12,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	13,6	18,0	15,3	13,3	11,8	10,5
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	8,1	9,7	9,7	10,1	10,9	11,4
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	6,9	7,3	7,4	7,0	6,9	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,3	8,6	7,8	8,0	8,3	8,1
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	6,7	7,3	6,7	7,0	7,5	7,4
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	10,0	11,2	10,9	10,9	11,4	11,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,6	7,8	8,0	7,9	8,0	7,9
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,0	9,7	9,7	10,5	11,1	11,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	5,1	4,6	4,3	4,3	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,3	9,6	8,9	8,1	7,7	7,2

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose und Statistischer Annex, Mai 2013.

Stand: Mai 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+3,4	+4,0	+10,1	+6,5	+6,8	+6,5	4,5	3,2	1,9	0,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+3,4	+3,8	+8,4	+5,1	+6,9	+6,2	5,2	4,0	2,5	1,6
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,0	+2,8	+8,0	+0,6	+0,5	+4,7	-6,3	-8,2	-7,9	-7,8
Asien	+8,1	+6,6	+7,1	+7,3	+6,4	+4,5	+5,0	+5,0	1,6	1,1	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,8	+8,0	+8,2	+5,4	+2,6	+3,0	+3,0	2,8	2,6	2,6	2,9
Indien	+7,7	+4,0	+5,7	+6,2	+8,9	+9,3	+10,8	+10,7	-3,4	-5,1	-4,9	-4,6
Indonesien	+6,5	+6,2	+6,3	+6,4	+5,4	+4,3	+5,6	+5,6	0,2	-2,8	-3,3	-3,3
Malaysia	+5,1	+5,6	+5,1	+5,2	+3,2	+1,7	+2,2	+2,4	11,0	6,4	6,0	5,7
Thailand	+0,1	+6,4	+5,9	+4,2	+3,8	+3,0	+3,0	+3,4	1,7	0,7	1,0	1,1
Lateinamerika	+4,6	+3,0	+3,4	+3,9	+6,6	+6,0	+6,1	+5,7	-1,3	-1,7	-1,7	-2,0
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+2,8	+3,5	+9,8	+10,0	+9,8	+10,1	-0,4	0,1	-0,1	-0,5
Brasilien	+2,7	+0,9	+3,0	+4,0	+6,6	+5,4	+6,1	+4,7	-2,1	-2,3	-2,4	-3,2
Chile	+5,9	+5,5	+4,9	+4,6	+3,3	+3,0	+2,1	+3,0	-1,3	-3,5	-4,0	-3,6
Mexiko	+3,9	+3,9	+3,4	+3,4	+3,4	+4,1	+3,7	+3,2	-0,8	-0,8	-1,0	-1,0
Sonstige												
Türkei	+8,5	+2,6	+3,4	+3,7	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-5,9	-6,8	-7,3
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,8	+3,3	+5,0	+5,7	+5,8	+5,5	-3,4	-6,3	-6,4	-6,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.08.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
Dow Jones	15 112	13 104	+15,3	12 101	15 658
Euro Stoxx 50	2 836	2 636	+7,6	2 069	2 852
Dax	8 376	7 612	+10,0	5 969	8 531
CAC 40	4 093	3 641	+12,4	2 950	4 114
Nikkei	13 753	10 395	+32,3	8 296	15 627
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.08.2013	2012	US-Bond	2012/2013	2012/2013
USA	2,79	1,77	-	1,39	2,79
Deutschland	1,84	1,32	-1,0	1,14	2,05
Japan	0,75	0,79	-2,0	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	2,70	1,83	-0,1	1,42	2,70
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.08.2013	2012	zu Ende 2012	2012/2013	2012/2013
US-Dollar/Euro	1,33	1,32	+0,7	1,21	1,36
Yen/US-Dollar	97,35	86,74	+12,2	76,18	103,18
Yen/Euro	130,48	113,61	+14,8	94,63	133,26
Pfund/Euro	0,85	0,82	+4,1	0,78	0,88

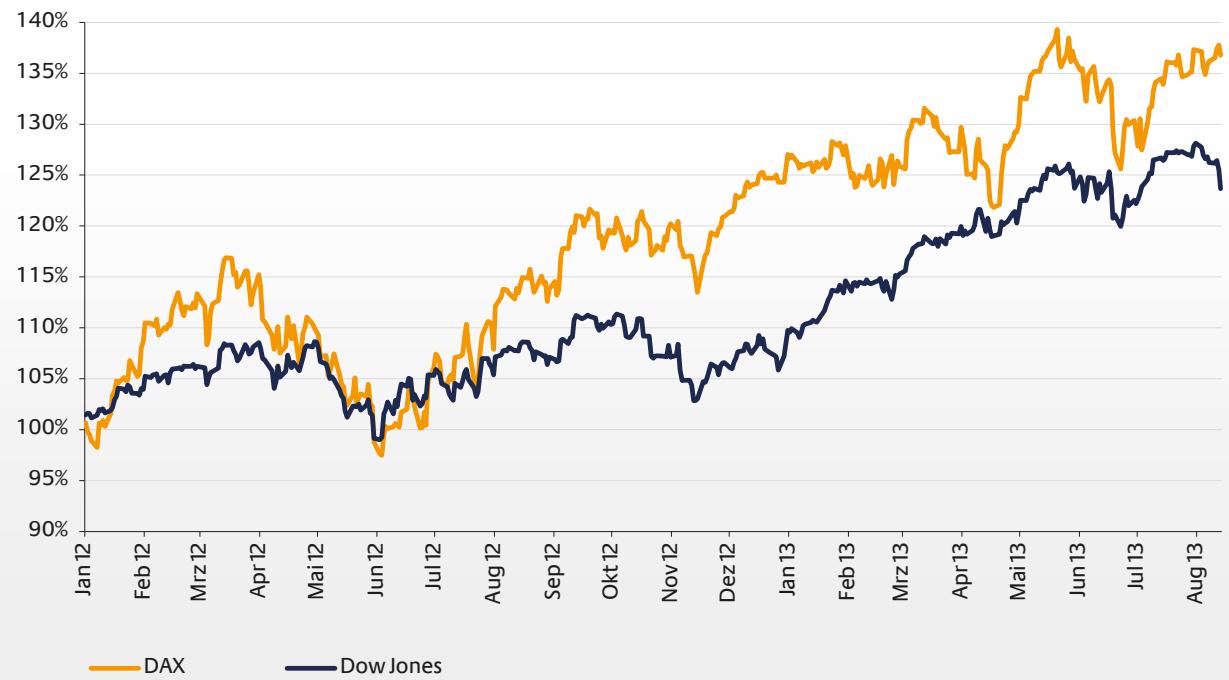
Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2012 = 100 %

(3. Januar 2012 bis 15. August 2013)



 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	+3,0	+0,7	+0,4	+1,8	+2,5	+2,1	+1,8	+1,6	5,9	5,5	5,4	5,3
OECD	+3,1	+0,9	+0,4	+1,9	+2,5	+2,1	+1,6	+2,0	5,7	5,3	5,0	4,8
IWF	+3,1	+0,9	+0,3	+1,3	+2,5	+2,1	+1,6	+1,7	6,0	5,5	5,7	5,6
USA												
EU-KOM	+1,8	+2,2	+1,9	+2,6	+3,2	+2,1	+1,8	+2,1	8,9	8,1	7,7	7,2
OECD	+1,8	+2,2	+1,9	+2,8	+3,1	+2,1	+1,6	+1,9	8,9	8,1	7,5	7,0
IWF	+1,8	+2,2	+1,7	+2,7	+3,1	+2,1	+1,8	+1,7	8,9	8,1	7,7	7,5
Japan												
EU-KOM	-0,6	+2,0	+1,4	+1,6	-0,3	+0,0	+0,2	+1,8	4,6	4,3	4,3	4,2
OECD	-0,6	+2,0	+1,6	+1,4	-0,3	-0,0	-0,1	+1,8	4,6	4,3	4,2	4,1
IWF	-0,6	+1,9	+2,0	+1,2	-0,3	-0,0	+0,1	+3,0	4,6	4,4	4,1	4,1
Frankreich												
EU-KOM	+1,7	+0,0	-0,1	+1,1	+2,3	+2,2	+1,2	+1,7	9,6	10,2	10,6	10,9
OECD	+1,7	+0,0	-0,3	+0,8	+2,3	+2,2	+1,1	+1,0	9,2	9,9	10,7	11,1
IWF	+2,0	+0,0	-0,2	+0,8	+2,1	+2,0	+1,6	+1,5	9,6	10,2	11,2	11,6
Italien												
EU-KOM	+0,4	-2,4	-1,3	+0,7	+2,9	+3,3	+1,6	+1,5	8,4	10,7	11,8	12,2
OECD	+0,5	-2,4	-1,8	+0,4	+2,9	+3,3	+1,6	+1,2	8,4	10,6	11,9	12,5
IWF	+0,4	-2,4	-1,8	+0,7	+2,9	+3,3	+2,0	+1,4	8,4	10,6	12,0	12,4
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,0	+0,3	+0,6	+1,7	+4,5	+2,8	+2,8	+2,5	8,0	7,9	8,0	7,9
OECD	+1,0	+0,3	+0,8	+1,5	+4,5	+2,8	+2,8	+2,4	8,1	7,9	8,0	7,9
IWF	+1,0	+0,3	+0,9	+1,5	+4,5	+2,8	+2,7	+2,5	8,0	8,0	7,8	7,8
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,6	+1,8	+1,4	+2,3	+2,9	+1,5	+1,3	+1,7	7,5	7,3	7,1	6,9
IWF	+2,5	+1,7	+1,7	+2,2	+2,9	+1,5	+1,5	+1,8	7,5	7,3	7,3	7,2
Euroraum												
EU-KOM	+1,4	-0,6	-0,4	+1,2	+2,7	+2,5	+1,6	+1,5	10,2	11,4	12,2	12,1
OECD	+1,5	-0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,5	+1,2	10,0	11,2	12,1	12,3
IWF	+1,5	-0,6	-0,6	+0,9	+2,7	+2,5	+1,7	+1,5	10,2	11,4	12,3	12,3
EZB	+1,5	+0,5	-0,6	+1,1	+2,7	+2,5	+1,4	+1,3	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+1,6	-0,3	-0,1	+1,4	+3,1	+2,6	+1,8	+1,7	9,7	10,5	11,1	11,1
IWF	+1,7	-0,2	-0,1	+1,2	+3,1	+2,6	+1,9	+1,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013; Aktualisierung WEO: BIP/Advanced Economies vom 2. Juli 2013.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Juni 2013 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 und 2014 Mittelwertberechnung)

Stand: Juli 2013.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	+1,8	-0,2	+0,0	+1,2	+3,4	+2,6	+1,3	+1,6	7,2	7,6	8,0	8,0
OECD	+1,9	-0,3	+0,0	+1,1	+3,4	+2,6	+1,4	+1,2	7,2	7,6	8,4	8,8
IWF	+1,8	-0,2	+0,2	+1,2	+3,4	+2,6	+1,7	+1,4	7,2	7,3	8,0	8,1
Estland												
EU-KOM	+8,3	+3,2	+3,0	+4,0	+5,1	+4,2	+3,6	+3,1	12,5	10,2	9,7	9,0
OECD	+8,3	+3,2	+1,5	+3,6	+5,1	+4,2	+3,4	+2,9	12,5	10,1	9,7	9,3
IWF	+8,3	+3,2	+3,0	+3,2	+5,1	+4,2	+3,2	+2,8	11,7	9,8	7,8	6,2
Finnland												
EU-KOM	+2,8	-0,2	+0,3	+1,0	+3,3	+3,2	+2,4	+2,2	7,8	7,7	8,1	8,0
OECD	+2,8	-0,2	-0,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,6	+2,4	7,8	7,7	8,2	8,1
IWF	+2,8	-0,2	+0,5	+1,2	+3,3	+3,2	+2,9	+2,5	7,8	7,7	8,1	8,1
Griechenland												
EU-KOM	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,7	24,3	27,0	26,0
OECD	-7,1	-6,4	-4,8	-1,2	+3,1	+1,0	-0,7	-1,7	17,7	24,2	27,8	28,4
IWF	-7,1	-6,4	-4,2	+0,6	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	17,5	24,2	27,0	26,0
Irland												
EU-KOM	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,7	14,7	14,2	13,7
OECD	+1,4	+0,9	+1,0	+1,9	+1,2	+1,9	+1,0	+1,1	14,6	14,7	14,3	14,1
IWF	+1,4	+0,9	+1,1	+2,2	+1,2	+1,9	+1,3	+1,3	14,6	14,7	14,2	13,7
Luxemburg												
EU-KOM	+1,7	+0,3	+0,8	+1,6	+3,7	+2,9	+1,9	+1,7	4,8	5,1	5,5	5,8
OECD	+1,7	+0,3	+0,8	+1,7	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	5,6	6,1	6,7	6,7
IWF	+1,7	+0,1	+0,1	+1,3	+3,7	+2,9	+1,9	+1,9	5,7	6,0	6,3	6,4
Malta												
EU-KOM	+1,7	+0,8	+1,4	+1,8	+2,5	+3,2	+1,9	+1,9	6,5	6,4	6,3	6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,7	+0,8	+1,3	+1,8	+2,5	+3,2	+2,4	+2,0	6,5	6,3	6,4	6,3
Niederlande												
EU-KOM	+1,0	-1,0	-0,8	+0,9	+2,5	+2,8	+2,8	+1,5	4,4	5,3	6,9	7,2
OECD	+1,1	-1,0	-0,9	+0,7	+2,5	+2,8	+2,7	+1,5	4,3	5,2	6,4	7,0
IWF	+1,0	-0,9	-0,5	+1,1	+2,5	+2,8	+2,8	+1,7	4,4	5,3	6,3	6,5
Österreich												
EU-KOM	+2,7	+0,8	+0,6	+1,8	+3,6	+2,6	+2,0	+1,8	4,2	4,3	4,7	4,7
OECD	+2,7	+0,8	+0,5	+1,7	+3,6	+2,6	+2,0	+1,5	4,1	4,3	4,7	4,7
IWF	+2,7	+0,8	+0,8	+1,6	+3,6	+2,6	+2,2	+1,9	4,2	4,4	4,6	4,5

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,9	15,9	18,2	18,5
OECD	-1,6	-3,2	-2,7	+0,2	+3,6	+2,8	-0,0	+0,2	12,7	15,6	18,2	18,6
IWF	-1,6	-3,2	-2,3	+0,6	+3,6	+2,8	+0,7	+1,0	12,7	15,7	18,3	18,5
Slowakei												
EU-KOM	+3,2	+2,0	+1,0	+2,8	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,5	14,1
OECD	+3,2	+2,0	+0,8	+2,0	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	13,5	14,0	14,6	14,7
IWF	+3,2	+2,0	+1,4	+2,7	+4,1	+3,7	+1,9	+2,0	13,6	14,0	14,3	14,3
Slowenien												
EU-KOM	+0,6	-2,3	-2,0	-0,1	+2,1	+2,8	+2,2	+1,4	8,2	8,9	10,0	10,3
OECD	+0,6	-2,3	-2,3	+0,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,2	8,2	8,8	10,2	10,3
IWF	+0,6	-2,3	-2,0	+1,5	+1,8	+2,6	+1,8	+1,9	8,2	9,0	9,8	9,4
Spanien												
EU-KOM	+0,4	-1,4	-1,5	+0,9	+3,1	+2,4	+1,5	+0,8	21,7	25,0	27,0	26,4
OECD	+0,4	-1,4	-1,7	+0,4	+3,1	+2,4	+1,5	+0,4	21,6	25,0	27,3	28,0
IWF	+0,4	-1,4	-1,6	+0,0	+3,1	+2,4	+1,9	+1,5	21,7	25,0	27,0	26,5
Zypern												
EU-KOM	+0,5	-2,4	-8,7	-3,9	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	7,9	11,9	15,5	16,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,5	-2,4	-	-	+3,5	+3,1	-	-	7,9	12,1	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	+1,8	+0,8	+0,9	+1,7	+3,4	+2,4	+2,0	+2,6	11,3	12,3	12,5	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,8	+0,8	+1,2	+2,3	+3,4	+2,4	+2,1	+1,9	11,4	12,4	12,4	11,4
Dänemark												
EU-KOM	+1,1	-0,5	+0,7	+1,7	+2,7	+2,4	+1,1	+1,6	7,6	7,5	7,7	7,6
OECD	+1,1	-0,5	+0,4	+1,7	+2,8	+2,4	+0,8	+1,4	7,6	7,5	7,4	7,3
IWF	+1,1	-0,6	+0,8	+1,3	+2,8	+2,4	+2,0	+2,0	7,6	7,6	7,6	7,2
Kroatien												
EU-KOM	+0,0	-2,0	-1,0	+0,2	+2,2	+3,4	+3,1	+2,0	13,5	15,9	19,1	20,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,0	-2,0	-0,2	+1,5	+2,3	+3,4	+3,2	+2,3	13,7	15,0	15,2	14,7
Lettland												
EU-KOM	+5,5	+5,6	+3,8	+4,1	+4,2	+2,3	+1,4	+2,1	16,2	14,9	13,7	12,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,5	+5,6	+4,2	+4,2	+4,2	+2,3	+1,8	+2,1	16,2	14,9	13,3	12,0
Litauen												
EU-KOM	+5,9	+3,6	+3,1	+3,6	+4,1	+3,2	+2,1	+2,7	15,3	13,3	11,8	10,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,9	+3,6	+3,0	+3,3	+4,1	+3,2	+2,1	+2,5	15,2	13,2	12,0	11,0
Polen												
EU-KOM	+4,5	+1,9	+1,1	+2,2	+3,9	+3,7	+1,4	+2,0	9,7	10,1	10,9	11,4
OECD	+4,5	+2,0	+0,9	+2,2	+4,2	+3,6	+0,7	+1,0	9,6	10,1	10,8	11,3
IWF	+4,3	+2,0	+1,3	+2,2	+4,3	+3,7	+1,9	+2,0	9,6	10,3	11,0	11,0
Rumänien												
EU-KOM	+2,2	+0,7	+1,6	+2,2	+5,8	+3,4	+4,3	+3,1	7,4	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,2	+0,3	+1,6	+2,0	+5,8	+3,3	+4,6	+2,9	7,4	7,0	7,0	6,9
Schweden												
EU-KOM	+3,7	+0,8	+1,5	+2,5	+1,4	+0,9	+0,9	+1,4	7,8	8,0	8,3	8,1
OECD	+3,8	+1,2	+1,3	+2,5	+3,0	+0,9	+0,2	+1,3	7,8	8,0	8,2	8,1
IWF	+3,8	+1,2	+1,0	+2,2	+3,0	+0,9	+0,3	+2,3	7,8	7,9	8,1	7,8
Tschechien												
EU-KOM	+1,9	-1,3	-0,4	+1,6	+2,1	+3,5	+1,9	+1,2	6,7	7,0	7,5	7,4
OECD	+1,8	-1,2	-1,0	+1,3	+1,9	+3,3	+1,6	+1,3	6,7	7,0	7,3	7,5
IWF	+1,9	-1,2	+0,3	+1,6	+1,9	+3,3	+2,3	+1,9	6,7	7,0	8,1	8,4
Ungarn												
EU-KOM	+1,6	-1,7	+0,2	+1,4	+3,9	+5,7	+2,6	+3,1	10,9	10,9	11,4	11,5
OECD	+1,6	-1,8	+0,5	+1,3	+3,9	+5,7	+2,8	+3,5	10,9	10,9	11,4	11,5
IWF	+1,7	-1,7	-0,0	+1,2	+3,9	+5,7	+3,2	+3,5	11,0	11,0	10,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrspрогнозе, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland												
EU-KOM	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,4	81,9	81,1	78,6	5,6	6,4	6,3	6,1
OECD	-0,8	0,2	-0,2	0,0	80,5	81,9	80,6	77,8	6,2	7,1	6,7	6,0
IWF	-0,8	0,2	-0,3	-0,1	80,5	82,0	80,4	78,3	6,2	7,0	6,1	5,7
USA												
EU-KOM	-10,1	-8,9	-6,9	-5,9	103,1	107,6	110,6	111,3	-3,3	-3,0	-2,8	-3,0
OECD	-10,2	-8,7	-5,4	-5,3	102,3	106,3	109,1	110,4	-3,1	-3,0	-3,1	-3,3
IWF	-10,0	-8,5	-6,5	-5,4	102,5	106,5	108,1	109,2	-3,1	-3,0	-2,9	-3,0
Japan												
EU-KOM	-8,9	-9,9	-9,5	-7,6	232,0	237,5	243,6	242,9	2,0	1,1	1,8	2,5
OECD	-8,9	-9,9	-10,3	-8,0	210,6	219,1	228,4	233,1	2,0	1,0	1,0	1,9
IWF	-9,9	-10,2	-9,8	-7,0	230,3	237,9	245,4	244,6	2,0	1,0	1,2	1,9
Frankreich												
EU-KOM	-5,3	-4,8	-3,9	-4,2	85,8	90,2	94,0	96,2	-2,6	-1,8	-1,6	-1,7
OECD	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5	86,0	90,7	94,5	97,2	-1,9	-2,3	-2,2	-1,9
IWF	-5,2	-4,6	-3,7	-3,5	86,0	90,3	92,7	94,0	-2,0	-2,4	-1,3	-1,4
Italien												
EU-KOM	-3,8	-3,0	-2,9	-2,5	120,8	127,0	131,4	132,2	-3,1	-0,5	1,0	1,1
OECD	-3,7	-2,9	-3,0	-2,3	120,8	127,0	131,7	134,3	-3,1	-0,6	0,9	2,0
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,3	120,8	127,0	130,6	130,8	-3,1	-0,5	0,3	0,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-7,8	-6,3	-6,8	-6,3	85,5	90,0	95,5	98,7	-1,3	-3,7	-2,7	-2,0
OECD	-7,9	-6,5	-7,1	-6,5	85,5	90,0	93,9	97,9	-1,3	-3,7	-2,9	-2,5
IWF	-7,9	-8,3	-7,0	-6,4	85,4	90,3	93,6	97,1	-1,3	-3,5	-4,4	-4,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-4,0	-3,2	-2,9	-2,1	83,4	85,5	85,2	85,3	-3,0	-3,7	-3,7	-3,4
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,3	83,4	85,6	87,0	84,6	-3,0	-3,7	-3,5	-3,4
Euroraum												
EU-KOM	-4,2	-3,7	-2,9	-2,8	88,0	92,7	95,5	96,0	0,3	1,8	2,5	2,7
OECD	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	88,1	92,8	95,4	96,3	0,7	1,9	2,5	2,8
IWF	-4,1	-3,6	-2,9	-2,6	88,1	92,9	95,0	95,3	0,6	1,8	2,3	2,3
EU-27												
EU-KOM	-4,4	-4,0	-3,4	-3,2	83,1	86,9	89,8	90,6	0,1	0,9	1,6	1,9
IWF	-4,4	-4,1	-3,4	-3,0	82,8	87,0	89,0	89,6	0,4	1,0	1,2	1,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Belgien												
EU-KOM	-3,7	-3,9	-2,9	-3,1	97,8	99,6	101,4	102,1	1,0	0,9	1,4	1,4
OECD	-3,9	-4,0	-2,6	-2,3	97,7	99,8	100,4	100,2	-1,1	-1,4	-1,2	-0,8
IWF	-3,9	-4,0	-2,6	-2,1	97,8	99,6	100,3	99,8	-1,4	-0,5	-0,1	0,2
Estland												
EU-KOM	1,2	-0,3	-0,3	0,2	6,2	10,1	10,2	9,6	0,6	-3,1	-2,2	-2,0
OECD	1,2	-0,3	0,0	0,3	6,2	10,1	11,4	10,8	2,1	-1,2	-3,0	-2,6
IWF	1,7	-0,2	0,4	0,4	6,1	8,5	9,7	9,1	2,1	-1,2	0,0	0,1
Finnland												
EU-KOM	-0,8	-1,9	-1,8	-1,5	49,0	53,0	56,2	57,7	-1,3	-1,6	-1,7	-1,8
OECD	-1,1	-2,3	-2,3	-1,8	49,0	53,1	56,0	59,7	-1,6	-1,9	-1,6	-0,9
IWF	-0,9	-1,7	-2,0	-1,3	49,0	53,3	56,9	58,4	-1,6	-1,7	-1,7	-1,8
Griechenland												
EU-KOM	-9,5	-10,0	-3,8	-2,6	170,3	156,9	175,2	175,0	-11,7	-5,3	-2,8	-1,7
OECD	-9,6	-10,0	-4,1	-3,5	170,3	157,0	175,1	180,6	-9,9	-3,4	-1,1	0,9
IWF	-9,4	-6,4	-4,6	-3,4	170,6	158,5	179,5	175,6	-9,9	-2,9	-0,3	0,4
Irland												
EU-KOM	-13,4	-7,6	-7,5	-4,3	106,4	117,6	123,3	119,5	1,1	5,0	3,1	4,0
OECD	-13,3	-7,5	-7,5	-4,6	106,4	117,6	123,6	120,7	1,1	4,9	5,0	5,2
IWF	-13,4	-7,7	-7,5	-4,5	106,5	117,1	122,0	120,2	1,1	4,9	3,4	3,9
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	-0,8	-0,2	-0,4	18,3	20,8	23,4	25,2	7,1	5,6	6,3	6,4
OECD	-0,2	-0,8	-0,7	-0,6	18,3	20,8	22,8	24,4	7,1	5,6	4,1	5,5
IWF	-0,3	-1,9	-1,0	-1,3	18,3	21,1	23,3	25,7	7,1	6,0	6,6	6,8
Malta												
EU-KOM	-2,8	-3,3	-3,7	-3,6	70,3	72,1	73,9	74,9	-0,5	-0,8	0,0	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,7	-3,0	-2,9	-2,9	70,3	72,5	73,3	73,0	-0,5	0,3	0,5	0,8
Niederlande												
EU-KOM	-4,5	-4,1	-3,6	-3,6	65,5	71,2	74,6	75,8	8,3	8,2	8,6	8,9
OECD	-4,4	-4,0	-3,7	-3,6	65,4	71,1	72,8	74,2	10,1	9,9	9,4	9,0
IWF	-4,5	-4,1	-3,4	-3,7	65,5	71,7	74,5	75,9	9,7	8,3	8,7	9,0
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,2	-1,8	72,5	73,4	73,8	73,7	2,1	3,0	3,1	3,2
OECD	-2,4	-2,5	-2,3	-1,7	72,5	73,5	75,3	75,5	1,4	1,8	2,4	2,9
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,5	72,4	73,7	74,2	73,7	0,6	2,0	2,2	2,3

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Portugal												
EU-KOM	-4,4	-6,4	-5,5	-4,0	108,3	123,6	123,0	124,3	-7,2	-1,9	0,1	0,1
OECD	-4,4	-6,4	-6,4	-5,6	108,3	123,6	127,7	132,1	-7,0	-1,5	-0,9	0,5
IWF	-4,4	-4,9	-5,5	-4,0	108,0	123,0	122,3	123,7	-7,0	-1,5	0,1	-0,1
Slowakei												
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,0	-3,1	43,3	52,1	54,6	56,7	-2,5	2,0	2,5	3,3
OECD	-5,1	-4,3	-2,6	-2,2	43,3	52,1	54,4	55,8	-2,1	2,3	2,1	2,3
IWF	-4,9	-4,9	-3,2	-3,0	43,3	52,3	55,3	56,4	-2,1	2,3	2,2	2,7
Slowenien												
EU-KOM	-6,4	-4,0	-5,3	-4,9	46,9	54,1	61,0	66,5	0,1	2,7	4,8	4,7
OECD	-6,4	-4,0	-7,8	-3,4	46,9	54,1	63,8	68,1	0,0	2,5	4,1	4,8
IWF	-5,6	-3,2	-6,9	-4,3	46,9	52,6	68,8	71,7	0,0	2,3	2,7	2,5
Spanien												
EU-KOM	-9,4	-10,6	-6,5	-7,0	69,3	84,2	91,3	96,8	-3,7	-0,9	1,6	2,9
OECD	-9,4	-10,6	-6,9	-6,4	69,3	84,1	91,4	97,0	-3,7	-1,1	2,1	3,5
IWF	-9,4	-10,3	-6,6	-6,9	69,1	84,1	91,8	97,6	-3,7	-1,1	1,1	2,2
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-6,3	-6,5	-8,4	71,1	85,8	109,5	124,0	-4,8	-4,8	-1,9	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-5,6	-	-	71,1	86,2	-	-	-4,7	-4,9	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Bulgarien												
EU-KOM	-2,0	-0,8	-1,3	-1,3	16,3	18,5	17,9	20,3	0,1	-1,1	-2,6	-3,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-0,5	-1,4	-0,6	15,4	18,5	17,8	20,2	0,3	-0,7	-1,9	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-1,8	-4,0	-1,7	-2,7	46,4	45,8	45,0	46,4	5,6	5,2	4,5	5,0
OECD	-2,0	-4,1	-1,8	-1,8	46,4	45,7	45,5	45,2	5,6	5,6	5,0	4,7
IWF	-2,0	-4,4	-2,8	-2,3	46,4	50,1	51,8	52,4	5,6	5,3	4,7	4,7
Kroatien												
EU-KOM	-5,7	-3,8	-4,7	-5,6	46,7	53,7	57,9	62,5	-0,9	-0,1	0,4	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,2	-4,1	-4,0	-4,5	47,2	56,3	59,5	61,9	-1,0	-0,1	0,0	-0,5
Lettland												
EU-KOM	-3,6	-1,2	-1,2	-0,9	41,9	40,7	43,2	40,1	-2,4	-1,7	-2,1	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,2	0,1	-1,3	-0,8	37,5	36,4	41,0	36,7	-2,1	-1,7	-1,8	-1,9
Litauen												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,9	-2,4	38,5	40,7	40,1	39,4	-3,7	-0,5	-1,0	-1,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	-3,0	-2,6	-2,3	38,5	39,6	40,0	39,8	-3,7	-0,9	-1,3	-1,7
Polen												
EU-KOM	-5,0	-3,9	-3,9	-4,1	56,2	55,6	57,5	58,9	-4,5	-3,3	-2,5	-2,4
OECD	-5,0	-3,9	-3,4	-2,7	56,3	55,6	57,7	58,7	-4,8	-3,5	-3,1	-2,6
IWF	-5,0	-3,5	-3,4	-2,9	56,4	55,2	56,8	56,2	-4,9	-3,6	-3,6	-3,5
Rumänien												
EU-KOM	-5,6	-2,9	-2,6	-2,4	34,7	37,8	38,6	38,5	-4,5	-4,0	-3,9	-3,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,3	-2,5	-2,1	-1,7	34,2	37,0	36,9	36,6	-4,5	-3,8	-4,2	-4,5
Schweden												
EU-KOM	0,2	-0,5	-1,1	-0,4	38,4	38,2	40,7	39,0	7,3	7,0	7,0	7,2
OECD	0,0	-0,7	-1,6	-1,1	38,4	38,2	42,1	42,1	7,0	7,2	7,1	7,0
IWF	0,1	-0,4	-0,8	-0,5	38,3	38,0	37,7	36,5	7,0	7,1	6,0	6,8
Tschechien												
EU-KOM	-3,3	-4,4	-2,9	-3,0	40,8	45,8	48,3	50,1	-3,9	-2,6	-2,4	-2,5
OECD	-3,3	-4,4	-3,3	-3,0	41,1	45,9	49,3	51,9	-2,7	-2,5	-3,0	-2,9
IWF	-3,2	-5,0	-2,9	-2,8	40,8	43,1	44,8	46,1	-2,9	-2,7	-2,1	-1,8
Ungarn												
EU-KOM	4,3	-1,9	-3,0	-3,3	81,4	79,2	79,7	78,9	1,0	1,9	2,5	2,6
OECD	4,2	-2,0	-2,8	-3,2	81,1	79,0	78,7	78,7	0,8	1,5	2,4	3,2
IWF	4,3	-2,5	-3,2	-3,4	81,4	79,0	79,9	80,3	0,9	1,7	2,1	1,8

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2013.

Stand: Juli 2013.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
oder
<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de
Berlin, August 2013

Lektorat und Satz:

heimbüchel pr,
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Gestaltung:

heimbüchel pr Köln
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des
Bundesministeriums der Finanzen:
telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹
per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom,
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.